

Debatte

mit Beiträgen von

**Warnfried Dettling, Adalbert Evers,
Paul Nolte, Elisabeth Schweeger,
Karl Heinrich Greune, Mariam Lau
und Christa Sturmfels**

Politik und Moderne

Band VI

Herausgeber:

Heinrich Böll Stiftung • Bremen / Mecklenburg-Vorpommern

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Warnfried Dettling Staat, Markt und Gesellschaft	5
Adalbert Evers Von sozialen Dienstleistungen zu Sozialen Unternehmen ..	15
Paul Nolte Sozialstaat, Gesundheit und Gerechtigkeit: Plädoyer für eine neue Sozialpolitik in veränderter Welt ...	27
Elisabeth Schweeger Schnittstellen der Kunst	40
Karl Heinrich Greune Die Zeitlichkeit der Bilder	55
Mariam Lau Das Unbehagen im Postfeminismus	60
Christa Sturmfels Frauen, Körper, Karriere	72
Die Autoren	92

Vorwort

Drei größere Projekte der Heinrich Böll Stiftung Bremen liegen diesem Band zu Grunde. Es waren die Tagung „Staat, Markt und Gesellschaft“, die im April 2003 in der Bremischen Bürgerschaft stattfand, das Symposium „Sinn versus Oberfläche“, das sich vom Oktober 2002 bis zum Januar 2003 hinzog, und die „Genderdialoge“, mit denen im Herbst 2002 begonnen wurde.

1. Staat, Markt und Gesellschaft

Der Sozialversicherungsstaat steht zunehmend in Frage. Das Verhältnis der 3 Akteure muss sich neu bestimmen, wobei es weniger um ein mehr oder weniger des einen oder anderen geht, sondern darum, qualitativ darüber nachzudenken, wie der Staat sein Handeln neu definiert und welche Rollen künftig bürgerschaftliches Engagement und private Eigenverantwortung spielen sollen.

2. Sinn versus Oberfläche

Präsent waren auf dem Symposium die ganze Palette: Konzert, Ausstellung, Vortrag und Installation, immer um die Frage herum, im welchem ergänzenden oder ausschließenden Verhältnis Sinn und Oberfläche zueinander stehen bis zu der Frage, ob hinter der inhaltlichen Dechiffrierung eine weitere Vertiefungsmöglichkeit besteht und sich erschließt, ob eine künstlerische Umsetzung des Inhalts aus der Sicht des Künstlers über die Faszination des Mediums hinausgehen kann und ob metaphysische Kategorien wie Idee, Tiefe, Identität, Unbewusstes, aber auch Entstehungsgeschichte, Kontext und Sinnlichkeit noch von Bedeutung sind.

3. Genderdialoge

Gender war ein Leitmotiv der Linken nach 1968, mit dem sich der Machtzusammenhang zwischen Sexualität und Patriarchat umschreiben ließ. Die Theoretisierung der Sexualität unter dem Aspekt der Macht- und Gewaltfrage, die in den 70er und 80er Jahren vor sich ging, verdrängte jede Rhetorik von der sexuellen Befreiung. Von „Sex“ ist kaum noch die Rede, jedenfalls im akademischen Diskurs. Was das wiederum bedeuten kann, damit beschäftigen sich die beiden Beiträge in diesem Band.

Peter Rüdel

Staat, Markt und Gesellschaft

Das Rahmenthema „Staat, Markt und Gesellschaft“ haben die Veranstalter einfach aber keineswegs banal formuliert. Denn es enthält, wenn man richtig hinschaut, im Grunde die Aussage, dass viele Probleme in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ihren Grund darin haben, dass die Balance gestört ist zwischen diesen drei Mächten und Steuerungselementen und dass die politischen Akteure und die politischen Parteien der Bundesrepublik jeweils zuviel oder zuwenig oder das Falsche vom Staat oder Markt oder der Bürgergesellschaft erwarten.

Dass früher fast alle und heute immer noch viel zu viele im Vertrauen auf die Stärken des Staates oder des Marktes, also auf das, was nur der Staat oder nur der Markt kann, die Steuerungsinstrumente absolut setzen und ihre Grenzen nicht beachten, also das, was auch im besten Falle der Markt nicht bewerkstelligen und der Staat nicht leisten kann. Und im Grunde war ja das auch in den letzten 50 Jahren der Gegenstand großer politischer Wahlkämpfe und Auseinandersetzungen, im Grunde sind sie, ob in Frankreich, in England oder in Deutschland immer mit dem Slogan mehr Staat, mehr Markt oder umgekehrt in die Schlachten gezogen.

Ich denke, um das vorwegzunehmen, dass das 20. Jahrhundert das Zeitalter der großen ideologischen Gegensätze war, und dass das 21. Jahrhundert entweder die Zeit neuer Balancen zwischen Staat, Markt und Bürgergesellschaft wird oder ein langsamer, aber stetiger Niedergang in Deutschland und anderswo unvermeidlich sein wird. Ich will das Thema, das sehr grundsätzliche aber auch sehr politische Thema, aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten, bzw. unterschiedliche Blicke darauf werfen.

Und da ist ein kurzer historischer Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nun mal wichtig. Wenn Sie sich ganz einfach fragen, die Bundesrepublik Deutschland war ja alles in allem eine sehr erfolgreiche Gesellschaft, worin der Erfolg dieser 50 Jahre der Bundesrepublik gründete, dann kön-

nen Sie zwei einfache Antworten geben: Erfolgreich war die Bundesrepublik Deutschland als Staatsgesellschaft und zum anderen als Wirtschaftsgesellschaft. Den Menschen ging es immer besser, und das Land stabilisierte sich, es demokratisierte sich und es entwickelte auch eine kollektive Identität durch das soziale Modell, durch den Sozialstaat, die Nation ist gegangen, der Sozialstaat ist gekommen. Beide hatten sehr vergleichbare Funktionen der kollektiven Identitäten, der Integration erfüllt. Das Wirtschaftswunder, also immer mehr Wachstum auf allen Gebieten, lieferte für beides: Wirtschaft und Sozialstaat befriedigende bis gute Ergebnisse. In Deutschland war von Bürgergesellschaft nicht die Rede, das ist der ganz entscheidende Punkt. Man hat sich gewissermaßen auf vorgegebene, natürliche soziale Ressourcen verlassen, man hat sich darauf verlassen, dass die Gesellschaft ihren Zusammenhalt bekommt durch vorgegebene Mechanismen der Integration, insbesondere durch Arbeit (Vollbeschäftigung), durch Familie und im politischen Bereich durchaus auch durch die Parteien. Und das war die große Zeit der bundesrepublikanischen Inklusion, als die Gesellschaft zusammengehalten wurde durch die Integration in der Familie. Das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen, dass in den 50er, 60er Jahren 95% eines Altersjahrgangs verheiratet waren und davon wiederum 95% Kinder hatten. Dass Vollbeschäftigung Realität war, wenn auch eine nicht allzu lange Phase nur für die eine Hälfte der Menschheit: die Männer, und zum anderen erreichbares Ziel bis weit ins Ende des 20. Jahrhundert und dann natürlich die Integration durch die Parteien. In den 70er Jahren hatten die beiden großen Volksparteien bei einer Wahlbeteiligung von über 90% gemeinsam über 90% der Stimmen auf sich vereinen können.

Also der historische Rückblick soll die These ganz kurz andeuten, erfolgreich war die deutsche Gesellschaft als Wirtschafts- und als Staatsgesellschaft, das hat sich erst geändert, als die Ausfallerscheinungen auf vielen Gebieten nicht mehr zu übersehen waren: Arbeitslosigkeit, wachsende soziale Probleme trotz eines wachsenden Sozialbudgets und die Zufriedenheit der Bürger mit der real existierenden Demokratie, mit den Akteuren, den Politikern hat ja im Laufe der Zeit nicht zu -

sondern abgenommen. Und erst in dieser Situation, als sich auf allen möglichen Gebieten die Ausfallerscheinungen nicht mehr übersehen ließen, hat der Begriff Bürger Karriere gemacht, hat man sich besonnen auf soziale Ressourcen, hat man über Aktivierung der Menschen nachgedacht, hat zaghaft begonnen, Gesellschaft nicht nur als Ort sozialer Probleme zu sehen, sondern auch als Ort sozialer Lösungen zu denken.

Das ist der eine Blick zurück, der Blick zurück zeigt aber noch etwas anderes, was lange Zeit sorgfältig tabuisiert worden ist in Deutschland: Er zeigt nämlich, dass es wohl zwischen den beiden großen Parteien SPD und CDU große ideologische Schlachten gegeben hat, Markt versus Staat, Freiheit statt Sozialismus und wie diese Schlagworte noch alle hießen, dass aber völlig unabhängig von diesen großen ideologischen Gegensätzen oder gerade deshalb in der Realität im politischen Alltag natürlich beide großen Parteien Hüter und Wächter eines sozialen Kooperatismus in Deutschland waren. Beide Parteien haben in Deutschland trotz ihrer ideologischen Bekenntnisse in wichtigen Feldern dem Markt und dem Wettbewerb nicht über den Weg getraut und an eine Gesellschaft, eine mögliche Bürgergesellschaft, schon gleich gar nicht gedacht.

Meine These ist also, beide großen Parteien waren und sind noch weitgehend Repräsentanten eines sozialen Etatismus. Und das heißt nun wiederum sehr präzise, dass sie wichtige Themen, an prominenter Stelle Bildung und Arbeitsmarkt, als Soziale Fragen traktiert haben und das heißt zweitens, dass sie bei diesen wichtigen Fragen dem Markt nicht über den Weg getraut haben, dass sie gedacht haben, dass Soziales und Bildung so hohe Güter sind, dass sie beim Staat am besten aufgehoben sind, und dass sie auch nicht die Differenzierung gemacht haben, die für eine zukünftige Sozial- und Bildungspolitik ganz entscheidend ist, nämlich die Differenzierung zwischen öffentlicher Verantwortung, die natürlich beim Staat bleiben muss, und der staatlichen Regie, also der Durchführung, der Produktion von Bildungs- und von Sozialgütern.

Das ist also eine These, über die man streiten kann, aber meine These ist die, dass beide großen Parteien wichtige Repräsentanten eines sozialen Etatismus sind und d.h. wirklich sehr präzise und nicht nur allgemein, dass wichtige Themen

wie Arbeitsmarkt und Bildung als soziale Themen traktiert werden und beim Staat am Besten aufgehoben sind.

Da ist natürlich die andere These gleich mitenthaltend, dass man in vielen Bereichen zu Fortschritten erst dann kommen wird, wenn man dieses mind-set, diese Programmierung in den Köpfen aufgibt und relativiert. Und so kann man schon fragen, ob die Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht deshalb ein unlösbares Problem ist, weil sie 25 Jahre in aller erster Linie sozialpolitisch angegangen worden ist, und unter dieser Perspektive ist es natürlich völlig richtig, dass hohe Transfers und eine lange Bezugsdauer von Transfers Fortschritte sind und nur positiv zu begrüßen ist, dass Arbeitslosigkeit deshalb unlösbar war, weil sie nicht unter dem Gesichtspunkt der Aktivierung thematisiert worden ist. Und damit meine ich nicht nur die Aktivierung der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, sondern auch der wirtschaftlichen Kräfte und auch der gesellschaftlichen Kräfte, Bündnisse lokaler Akteure für mehr Beschäftigung beispielsweise, und an eine andere Perspektive – meinetwegen einer sozial-ökologischen Politik auch zur Bekämpfung langfristiger Armut und Arbeitslosigkeit – hat man überhaupt nicht gedacht.

Obwohl man in der Theorie und der Soziologie längst weiß, dass die sog. Netzwerkarmut, das Fehlen von sozialen Kontakten, Integration, also die Voraussetzung überhaupt ist für viele Fälle von materieller Armut und auch von Arbeitslosigkeit. Deutschland ist ein hervorragendes Land, was die Bekämpfung materieller Armut angeht, aber das Problem von Netzwerkarmut als Voraussetzung für die andere ist noch kaum in den Köpfen drin. Wenn man diesen Blick zurück durch eine ordnungspolitische Perspektive ergänzt, dann kommt man zu einem sehr einfachen, aber weitreichenden Befund: Dominant war und ist immer noch in Deutschland ein ordnungspolitischer Dualismus, der nur Markt und Staat kannte und kennt, und der sich unbewusst auf die traditionellen sozialen Ressourcen Familie, Vereine und das klassische Ehrenamt verlässt.

Meine These ist die, dass wir uns auf die Mobilisierung und Pflege sozialer Ressourcen, Bürgergesellschaft, aber auch anderer Dinge im Bildungs- und Arbeitsmarktbereich noch in der Situation befinden, in der sich die Debatte um den Umwelt-

schutz noch vor 1972 befand, gewissermaßen vor dem Bericht des Club of Rome, dass die sozialen Ressourcen betrachtet werden als a) natürlich, als b) gegeben und als solche, die sich immer wieder erneuern.

Das war der eine Punkt, ordnungspolitisch betrachtet, ein ordnungspolitischer Dualismus Markt und Staat und dann die traditionellen sozialen Ressourcen, dass die hinreichend seien und dass sie sich beliebig und von selbst erneuern.

Unterentwickelt, nicht vorhanden oder zumindest schwach blieb eine Position bei uns in Wissenschaft, in Politik und in der öffentlichen Debatte, die sich ganz unverkrampft diese drei Mächte der Gesellschaft: Staat, Markt und Bürgergesellschaft vornöpft und fragt, wo liegen ihre Stärken, die des Staates, des Marktes und der Bürgergesellschaft, und wo ihre Grenzen, was können sie gut und was können sie nicht, unter welchen Rahmenbedingungen liefern sie befriedigende Ergebnisse und wie kann man sich intelligente Kombinationen von Markt, Staat und Bürgergesellschaft vorstellen? Wie soll der Staat agieren, um eine solche Kombination von Lösungsmöglichkeiten wahrscheinlicher zu machen, wie soll er etwa agieren, damit er Markt und Gesellschaft nicht lahm legt sondern aktiviert?

Das heißt, mit dieser neuen Perspektive ist natürlich auch eine intelligenterere Staatsdebatte gemeint, diese übliche Staatsdebatte bei uns, mehr oder weniger Staat, ist ja eine relativ dürftige Diskussion, wie die meisten rein quantitativen Fragen dumme Fragen sind. Es kommt ja nicht nur auf mehr oder weniger Staat an, sondern es kommt darauf an, wie der Staat seine Aufgaben erfüllt, damit er seine Ziele tatsächlich erreicht. Nun wäre das ein eigener Vortrag von über einer Stunde, wenn man Staat, Markt und Gesellschaft durchgeht, was sie können und was sie nicht können, aber es ist doch ganz offensichtlich, dass der Staat beispielsweise ein schlechter Produzent von ökonomischen Gütern ist, und man kann fragen, ob er unbedingt der beste Produzent von Bildungsgütern ist.

Der Staat hat nur relativ begrenzte Möglichkeiten, seine Ziele zu erreichen: Geld und Recht, aber natürlich bleibt der Staat völlig unverzichtbar, um gewisse Verteilungsfragen zu lösen, um eine Umverteilung in einem zu definierenden Ausmaß hinzubekommen, dass niemand ausgegrenzt wird, dass

die Modernisierungsverlierer auch etwas haben von den Modernisierungsgewinnern usw., Innere und Äußere Sicherheit, der Staat bleibt notwendig für Finanzierungsfragen, auch in einem zu erneuerndem Sozialstaat hat er dafür zu sorgen, dass auch jene als Nachfrager in Erscheinung treten können, die sonst vom Markt ausgeschlossen bleiben, usw.

Beim Markt ist es evident, dass der Markt nur jene Währungen kennt, die einen Preis haben, die in monetäre Einheiten verrechnet werden können, dass auf dem Markt bei diesem wirtschaftlichen Spiel nur derjenige mitspielen kann, der Kaufkraft hat. Was nicht gegen den Markt spricht, das ist genau wie man mit einem Messer kein Heu in die Scheune tragen kann, so kann man ganz bestimmte Dinge mit dem Markt nicht machen. Das gleiche gilt auch für die Bürgergesellschaft, sie kann auf der Grundlage der Bürgergesellschaft die zentralen sozialen Fragen des Sozialstaates nicht lösen, sie kann Umverteilungsfragen nicht vergesellschaften usw.

Mein Punkt ist nur der, dass sie unterentwickelt war, und dass es Not tut, eine intellektuelle Bewegung, eine politische Bewegung, die relativ unbefangen diese drei Akteure Staat, Markt und Bürgergesellschaft hernimmt und in der Öffentlichkeit auf ihre Vor- und Nachteile, auf ihre Stärken und Grenzen abklopft, damit diese alternativ-radikale Diskussion, die nicht mehr angemessen ist, überwunden werden kann.

Was es gibt bei uns, ist eine eindimensionale alternativ-radikale Ordnungspolitik, was es nicht gibt, ist eine mehrdimensionale, eine komplexe und differenzierte Ordnungspolitik. Und indem man das so sagt, ist natürlich relativ schnell klar, wo die Vorteile und wo die Nachteile dieser beiden Betrachtungsweisen sind, alternativradikale Ordnungspolitik ist natürlich wunderbar für Politik als politischen Betrieb, für die „Politics“, für Wahlkämpfe, weil man da polarisieren und auf den anderen einschlagen kann, aber sie ist nicht in der Lage, die Zukunftsprobleme angemessen analytisch auf einen Begriff zu bringen oder politisch anzugehen.

Ich möchte das, was ich jetzt meine, durch einen kleinen intellektuellen Umweg etwas illustrieren.

Es ist ja gegenwärtig oft die Rede vom aktivierenden Staat und das ist sicher gut, denn ein aktivierender Staat ist sicher

besser als einer, der Sie passiviert. Nur hat man vergessen und auch das akademische Gedächtnis ist ein kurzes, dass vor 35 Jahren ganz ähnlich ein fulminantes soziologisches Werk erschienen ist von Anziani mit dem Begriff „Active Society“, und in diesem Buch stellt er eine ganz einfache Frage, die immer noch aktuell ist: Was zeichnet denn eine erfolgreiche Gesellschaft aus?

Und er gibt drei Antworten darauf, er sagt, eine erfolgreiche Gesellschaft muss in der Lage sein, sich auf gemeinsame Ziele zu verständigen. Was sind eigentlich die Ziele der Veranstaltung, die wir gemeinsam erreichen wollen? Wenn Sie die Frage stellen, bei jeder Partei, aber auch bei der Agenda 2010, wenn Sie fragen, was sind denn die Ziele? – Stummheit, Schweigen, aber keine Antwort.

Also die erste Voraussetzung, dass sich die Gesellschaft auf Ziele verständigen kann, das zweite, dass sie die dazu notwendigen Ressourcen mobilisieren kann und da kann man an alles denken: finanzielle Ressourcen, ökonomische, mentale, soziale, kulturelle, und drittens, dass dies alles, Zielverständigung und Ressourcensmobilisierung, jetzt nicht zentralistisch, autoritär von oben geschieht, sondern auf demokratische Weise unter Teilhabe und Inklusion der Bürger.

Ziele, Ressourcen, Teilhabe, das sind also die drei Aufgaben oder Funktionen einer erfolgreichen Gesellschaft, und nun können Sie diese drei Aufgaben ihrem Thema entsprechend ansiedeln, vorwiegend beim Staat oder beim Markt oder bei der Gesellschaft, dann haben Sie idealtypisch drei unterschiedliche Modelle: einmal das etatistische Modell oder zum zweiten das neoliberale Modell, von dem man dann und nur dann sprechen darf, wenn der Glaube gemeint ist, dass der Markt aus sich heraus eine gute Gesellschaft hervorbringt, also die Ziel-, die Ressourcen- und die Teilhabefrage für sich befriedigend löst. Wenn man der Meinung ist, dass der Markt allein das kann, dann kann man von einer neoliberalen Position reden.

Was heute als Vorwurf des Neoliberalismus in die Welt geschleudert wird, ist meist etwas völlig anderes, ich schlage eigentlich immer vor, dass man zwei Begriffe aus dem Verkehr zieht, einmal den Begriff des Neoliberalismus und zum anderen

den Begriff des Zeitgeistes. Denn das, was konservative Politiker meiner Partei (CDU) mit dem Begriff des Zeitgeistes in der Debatte machen, ist genau das, was viele Linke mit dem Begriff des Neoliberalismus machen. Immer, wenn sich konkrete Argumente nicht einstellen, wird dieser Bannfluch in die Welt gestellt, weil natürlich kein konservativer Politiker offen sagen möchte, dass die Familie der 50er Jahre restauriert werden kann und auch sollte, aber wenn, dann sagt er etwas vom Zeitgeist, dem man nicht hinterherlaufen darf, und auch kein linker Politiker sagt, dass ökonomisches Denken, also mit Mitteln möglichst sparsam umgehen, oder ein Ziel mit möglichst wenig Mitteln erreichen oder mit wenig Mitteln möglichst viel erreichen, ökonomisches Denken nicht nur im wirtschaftlichen Bereich notwendig ist, sondern auch im kulturellen oder sozialen.

Nach Etatismus und Neoliberalismus wäre das dritte Modell, das die Gesellschaft verabsolutieren würde, dann die ideale Anarchie oder der reale Kooperatismus in Deutschland, das Recht des Stärkeren oder wenn Sie es ideal beschreiben wollen, das Gemeinwohl als Resultante des Parallelogramms pluralistischer Kräfte.

Diese drei Typen sind also idealtypische Modelle in Entweder-oder-Kategorien formuliert, der andere Ansatz, der meiner Meinung für die Probleme der Gegenwart und der Zukunft angemessen ist, wäre ein Sowohl-als-auch-Ansatz, dass man fragt und überlegt, wie könnte eine Kombination von Ordnungen aussehen, die die Stärken aller drei: Staat, Markt und Gesellschaft, optimal ins Spiel bringt, und auf diese Weise die Grenzen jeder dieser Einzelordnungen überwinden kann.

Dann sind wir von diesem Neuen Denken – Adalbert Evers hat es im Bereich der Dienstleistungen vorexerziert – aber insgesamt sind wir im politischen Kurs von diesem Neuen Denken: Wie kann man die unterschiedlichen Ordnungen so kombinieren, dass die Stärken zur Entfaltung kommen und die Schwächen dadurch überwunden werden, weit entfernt.

Was wir haben, ist ein etatistisch gestützter Kooperatismus oder brutaler formuliert, unter staatlichen Patriarchen. Der Triumph der Gegenwart über die Zukunft, der Sieg derer, die

drin sind über die, die draußen sind, und wir haben eine völlig ungleiche Verteilung von Chancen, Sicherheiten und Zugängen zu Arbeitsmarkt und Bildung.

Die Folgen dieses Sachverhalts sind bereits in der Gegenwart zu besichtigen. Kein Land dieser Welt hat vermutlich soviel Geld ausgegeben zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie Deutschland mit sowenig Erfolg wie Deutschland. Kaum ein Land der Welt gibt soviel Geld aus für direkte finanzielle Transfers an die Familien, kein Land der Welt hat sowenig Kinder wie Deutschland und auch im Bildungsbereich liegt es wohl nicht am Geld sondern am völlig gestörten Gleichgewicht zwischen Staat, Markt und Wettbewerb und bürgergesellschaftlicher Aktivierung auf der anderen Seite, damit das Ergebnis so ist, wie wir es im Moment haben.

Und wenn Sie jetzt nicht nur die gegenwärtigen Probleme nehmen, ich meine, dass muss man ganz elementar und simpel formulieren, wenn jetzt immer von Reform und Agenda 2010 die Rede ist, dann ist etwas, was ich überhaupt nicht verstehe, sowohl für die SPD, etwas weniger auch für die Grünen, dass diejenigen, die diese Agenda 2010 aus sozialen Gründen ablehnen, nicht ganz einfach konfrontiert werden mit dem real existierenden Status Quo. Also nicht gefragt werden, was eigentlich sozialer ist, jemanden für 32 Monate Arbeitslosengeld zu zahlen oder alles dafür zu tun, dass jemand nicht für 32 Monate darauf angewiesen ist – was eigentlich sozialer ist.

Aber unser Bildungsstaat sozialisiert die Bildungskosten und privatisiert die Bildungsgewinne, also der Staat als Akteur gesellschaftlicher Ungleichheit und viele dieser Dinge mehr.

Und wenn man über die Gegenwart hinaus blickt, nicht nur bis 2010, die Agenda 2010 ist auch deshalb ein sehr geschickter Begriff von Bundeskanzler Gerhard Schröder, weil das laufende Jahrzehnt bis 2010 ja noch ein relativ harmloses Jahrzehnt ist, weil die demographische Entwicklung sich noch nicht zugespitzt hat, weil die starken Babyboomer in Saft und Kraft stehen und in Arbeit sind, aber wenn sie mal diesen zeitlichen Horizont bis 2030 sehen, dann wird eine ganz andere Entwicklung sichtbar, vor der jeder die Augen zumacht, weil kein Mensch eine Antwort darauf hat. Das ist eine Entwicklung, wo sich eine Problemlawine so zusammen ballen wird aus

den Folgen der hohen Arbeitslosigkeit und der Wachstumschwäche, aus der Alterung der Gesellschaft, die 2030 ihren Höhepunkt erreichen wird, und aus den angesammelten Rechten und Ansprüchen der Vergangenheit – eine Problemlawine, die dann wirklich alles unter sich begraben wird, was uns heute noch lieb und teuer ist, die dann ganz sicher kein Sozialstaat und keine Bürgergesellschaft mehr aufhalten kann.

Deshalb meine ich, dass es nicht nur normativ schön und wünschenswert ist, wenn wir hier über solche Dinge diskutieren, sondern dass das ganz realpolitisch die Voraussetzung ist und unverzichtbar ist für eine nachhaltige Politik, die verhindert, dass ab dem Jahre 2030 Zustände eintreten werden, die dann in der Tat zu einer sozialen Spaltung und einer Ausgrenzung ungeahnten Ausmaßes führen werden.

Fazit unter dem Strich: Die gegenwärtigen und die künftigen Probleme können nur erfolgreich angegangen werden, wenn die Zusammenhänge zwischen Staat, Markt und Gesellschaft neu gedacht und neu gestaltet werden. Weder der Staat, noch der Markt, noch die Bürgergesellschaft können diese Probleme alleine lösen und die Frage ist, ob man eine entkrampfte, ideologiefreie, aber trotzdem wertorientierte Kombination und Balance zwischen diesen drei Mächten hinbekommt.

„Leere Kassen sind schlimm“, hat mal einer in Berlin gesagt, der es da ganz besonders gut wissen muss. Aber noch schlimmer für die künftige Entwicklung sind leere Köpfe.

Von sozialen Dienstleistungen zu Sozialen Unternehmen

**Ein Vorschlag, das Thema „Bürgergesellschaft“
in den Mainstream der Debatten
zur Zukunft des Sozialstaats einzubringen**

In der Debatte über die Zukunft des Sozialstaates gibt es mittlerweile zwei Lager, die einander zum Teil kaum noch wahrnehmen. Für die einen geht es – auch bei sozialen Dienstleistungen – vor allem um mehr Markt. Für die anderen sollen mehr Bürgergesellschaft und die Stärkung eines dritten Sektors eine Schlüsselrolle spielen. Im Folgenden wird nun eine spezielle Art der Verbindung beider Debatten vorgeschlagen. Wenn dabei von dem großen Bereich sozialer Dienstleistungen die Rede ist, dann meint „sozial“ hier Dienstleistungen mit besonderer öffentlicher Bedeutung. Nach dieser Definition zählen dazu also auch Einrichtungen und Dienste in Politikfeldern wie Gesundheit, Bildung, Schulversorgung und Kultur. Damit wird also auch mit einem weit gefassten Begriff des Sozialstaates operiert, der über dessen Rolle als Garant sozialer Sicherheit hinausgeht.

Meine erste These ist, dass wir auf dem Gebiet sozialer Dienstleistungen Zeugen einer Entwicklung sind, bei der sich das Verhältnis von Wohlfahrtsstaat, Markt und Bürgergesellschaft, also das, wofür vor etwa einem Jahrzehnt der Begriff des „Wohlfahrtsmixes“ geprägt wurde, mit einem noch ungewissen Ausgang verschiebt. Es geht heute bei der Entwicklung und Trägerschaft sozialer Dienstleistungen in vielen Fällen nicht um ein Entweder-Oder, sondern um Erscheinungsformen eines Sowohl-als-Auch von interagierenden staatlichen, marktlichen und bürgergesellschaftlichen Elementen.

Meine zweite These ist, dass dieses Sowohl-als-Auch jedoch nicht nur als eine Überlagerung von Sektoren zu denken ist, sondern die interne Struktur sozialer Dienste und Einrichtungen betrifft. Neben Strukturelementen klassischer Staatlichkeit und der Wirksamkeit von Marktelementen spielt dabei die Prä-

senz eines dritten, zivilgesellschaftlichen Elements für das, was hier als die *hybride* Struktur eines großen Teils sozialer Dienstleistungen bezeichnet werden soll, eine Rolle. In dieser Überlegung steckt auch ein Vorschlag an die Politik: Wenn es gelingt, Elemente der Einbettung in die Bürgergesellschaft und staatliche Einflüsse mit einem aktiven Aufgreifen von Marktelementen positiv zu vermitteln, dann bieten solche Hybride als *soziale Unternehmen* neue Chancen für soziale Dienstleistungen in öffentlicher Verantwortung.

1. Veränderungen in der Entwicklung des Sozialstaats – Antriebsmomente der Herausbildung hybrider Organisationsformen

Das erste klassische Merkmal des Sozialstaats lässt sich umschreiben als das klare *Primat des Staates mit zentralisierten Strukturen* beim Aufbau professioneller sozialer Dienstleistungssysteme. Gerade die bis heute größten Dienstleistungsbereiche – Gesundheit, Bildungs- und Arbeitsmarktverwaltung – sind als überlokale und hierarchisierte Versorgungssysteme konzipiert worden. Bis in die jüngste Zeit hatten sie eine Art Vorbildfunktion für die kleineren und weniger gefestigten sozialen Dienstleistungsbereiche bei Kommunen und freien Trägern. Seit einigen Jahren steht aber nun „Devolution“, die Dezentralisierung und Deregulierung zentralisierter Versorgungsstrukturen, auf der Tagesordnung. Das zeigt sich bei der gegenwärtigen Reform der Arbeitsmarktverwaltung, der Forderung nach mehr Autonomie der Schulen oder auch bei der Forderung nach mehr Autonomie für Kassen, Krankenhäuser und andere Gesundheitsanbieter. Interessanterweise geraten damit die schon immer durch Vielfalt und Dezentralität geprägten sozialen Dienstleistungsbereiche wie etwa die Kindertagesbetreuung in eine andere Position. Der Trend geht heute in Richtung eines Bedeutungszuwachses von Vielfalt und Autonomie einzelner Einrichtungen. Das ist zugleich ein wichtiger Faktor, der Raum gibt für die Entwicklung öffentlicher Einrichtungen zu so etwas wie relativ eigenständigen sozialen Unternehmen.

Bei der Skizzierung eines zweiten Merkmals des klassischen Wohlfahrtsstaates kann man sich kürzer fassen. Er betrifft die

bis in die jüngste Zeit *klare Trennung von Einflussphären und Strukturprinzipien* zwischen dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor. Verwaltungs- und Managementtechniken, Ethos und Denkschemata, Handeln im „öffentlichen Auftrag“ und private Wettbewerbsorientierung, öffentliche Wirtschaft und Privatwirtschaft – all diese Begriffe standen nicht nur für zwei scharf getrennte Sektoren, sie markierten beinahe zwei Welten. Seit etwa einem Vierteljahrhundert haben wir es aber bei sozialen Dienstleistungen im öffentlichen und dritten Sektor mit einem Trend zur immer stärkeren *Vermischung* von Strukturelementen des Marktes und der Staatlichkeit zu tun. Dafür, dass der Sozialstaat immer mehr dazu übergeht, sich als Finanzier und Regulator privatwirtschaftlicher Angebote zu definieren, gibt es zahlreiche Belege. Gleichzeitig lösen auf der Ebene der einzelnen Organisationen und Träger Managementkonzepte nach privatwirtschaftlichem Vorbild bei Finanzierung, Personalentwicklung, Zielbildung und Evaluation die Verwaltungs-Prinzipien des öffentlichen Dienstes immer mehr ab. Lange Zeit prägten bürokratische Regeln Märkte; nun wandern Marktlogiken in den öffentlichen und dritten Sektor ein. In zahlreichen Bereichen öffentlicher Dienstleistungen, z.B. dem Gesundheits- und Pflegebereich, treten wir in ein Zeitalter ein, das durch die Überlagerung und Ko-Präsenz verschiedener Steuerungsprinzipien gekennzeichnet ist: hierarchische Kontrolle, Steuerung durch Kooperation unter Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteure und Steuerung durch Wettbewerb. Von dorthin liegt es nahe, Organisationen, die derartigen Mehrfachsteuerungen unterliegen, auch selbst als Hybride zu verstehen.

Ein drittes Merkmal betrifft die *Rolle der Bürgergesellschaft* bei der Entwicklung von Wohlfahrtsstaat und sozialen Dienstleistungen. Mit Blick darauf muss zum besseren Verständnis zunächst vorausgeschickt werden, wie hier Bürgergesellschaft (ein Begriff, der im Folgenden als gleichbedeutend mit dem der Zivilgesellschaft verwendet wird) verstanden werden soll. Zwei verschiedene Dimensionen gilt es u.E. zu unterscheiden:

- Bürger-/Zivilgesellschaft ist einerseits ein öffentlicher politischer Raum des kritischen Raisonnements, von Interessenskämpfen und Aushandlungsprozessen, mit denen man mit-

telbar auf die Entwicklung staatlicher Politiken und Dienste Einfluss nimmt

- andererseits ist sie aber auch Feld der bürgerschaftlichen Selbstorganisation und der unmittelbaren sozialen (Mit)trägerschaften von sozialen Einrichtungen wie etwa dem Verein und dem Ehrenamt.

Im Rückblick kann man sagen, dass der Einfluss der Bürgergesellschaft in der ersten Dimension, nämlich einer Gesellschaft, die nicht nur eine demokratische Öffentlichkeit hervorbrachte, sondern beim Aufbau sozialstaatlicher Einrichtungen und Dienste auch ihren Einfluss über Berufsverbände und Fachorganisationen, heute aber auch über Konsumentenvereinigungen geltend macht, gestärkt wurde. Mit der Entwicklung traditioneller Sozialstaatlichkeit und ihrer professionalisierten Großstrukturen verlor hingegen die zweite Dimension an Bedeutung: unmittelbares soziale Engagement, Mitarbeit von Laien, soziales und ehrenamtliches Engagement. Bei Organisationen wie den Genossenschaften, Wohlfahrtsverbänden oder auch Sozialkassen, die einmal Vehikel der Verbindung der beiden Dimensionen – politische Einflussnahme und unmittelbare soziale Mitträgerschaft – waren, haben sie sich entflochten; die früher kennzeichnende lokale und vielfältige Einbettung in soziale Milieus und Gewebe hat gegenüber der Dimension der Interessenverhandlung an Bedeutung verloren (Evers und Olk, 2002). Trotzdem kann man sich fragen, inwieweit nicht die Bürgergesellschaft auch unter dem Gesichtspunkt von sozialem Engagement und Mitwirkung und damit auch dem der lokalen Einbettung sozialer Dienstleistungsstrukturen aufgewertet worden ist. Die Enquete-Kommission zur Zukunft bürgerschaftlichen Engagements (2002) hat für zahlreiche Politik- und Dienstleistungsbereiche Fakten zusammengetragen, die darauf hindeuten, dass lokale Partnerschaften und Netzwerke, Partizipationen und die Ausrichtung an örtlichen Besonderheiten an Bedeutung gewonnen haben. Sicherlich ist der Bürger heute in erster Linie Konsument standardisierter Produkte und der Dienste von Großorganisationen; seine Rolle als Koproduzent und Mitbeteiligter ist in vielen Bereichen sozialer Dienstleistungen damit aber nicht verschwunden. Diese Präsenz von Bürgergesellschaft kann als eine

Art „dritte Dimension“ vieler öffentlicher Einrichtungen verstanden werden. Ihr Gesicht wird damit nicht nur von staatlicher Politik, Markt und Management, sondern auch von zivilgesellschaftlichen Kooperationsformen und direkter Teilhabe bestimmt – die Einrichtungen erscheinen als Hybride.

2. Soziale Dienstleistungen als Hybride – ein analytisches Konzept

Im Rahmen einer von der Hans Böckler Stiftung geförderten Untersuchung (Evers/Rauch/Stitz, 2002) wurde ein spezielles analytisches Konzept zur Erfassung einer im Inneren von Organisationen wirkenden Vermischung von staatlichen, marktlichen und bürgerschaftlichen Elementen entwickelt. Die untersuchten Beispiele stammen dabei aus den Bereichen von Schulen, der Kultur und Freizeit sowie der Altenhilfe. Ein kurzer illustrativer Einstieg mag verdeutlichen, worum es geht.

Im Schulbereich sind in jüngster Zeit unter dem Eindruck des „PISA-Schocks“ vor allem Modellbeispiele in den Vordergrund gerückt worden, die Marktelemente im weitesten Sinne stärken sollen: mehr Entscheidungsfreiheit der einzelnen Schule, auch in finanziellen Angelegenheiten; ein größeres eigenes Budget; Raum für ein eigenes Personalmanagement, im Rahmen dessen man nicht nur Lehrer, sondern auch andere, z.T. nur vorübergehend benötigte Fachkräfte, anstellen kann (für Kinderbetreuung, ein Theaterprojekt o.Ä.); Ausbildung spezifischer Schulprofile, so dass Schulen im Wettbewerb miteinander Qualität definieren können. Weitere Entwicklungen werden in der schulinternen Diskussion unter der Überschrift „Öffnung der Schule nach innen und nach außen“ diskutiert (dazu auch: Hurrelmann, 2001). Öffnung nach innen meint vor allem, alle Beteiligten, insbesondere aber auch die Schüler, tatsächlich an der alltäglichen Verwaltung der Schule zu beteiligen – jenseits eingefahrener Rituale der Schülerselbstverwaltung; Öffnung nach außen meint die Aufwertung von Beziehungen zu Elternfördervereinen, die materiell zu den Ressourcen der Schule beitragen, z. B. zum Aufbau von Kapazitäten zur Tagesbetreuung von Schülern; Fördervereine und andere Beteiligungsangebote bieten aber auch symbolische Identifikationsmöglichkeiten; „Öffnung nach außen“ meint weiterhin Partnerschaften mit Be-

trieben als späterer potenzieller Ausbilder der Schüler und den Erwerb von Qualifikationen wie Gemeinschaftsfähigkeit und Bürgersinn durch die Beteiligung an Initiativen im Stadtteil. Aus der Schulanstalt wird so eine Institution, die das soziale Kapital vor Ort nutzt und die sich „lokalisiert“ – vor Ort vernetzt und einbindet (für Fallbeispiele vgl. Evers/Rauch/Stitz, 2002: 72f.). Soweit zum Bedeutungsgewinn von Strukturelementen des Marktes und der Bürgergesellschaft am Beispiel der Schule.

Besonders illustrativ für den Bedeutungsgewinn von Markt und Bürgergesellschaft ist aber auch der Bereich öffentlicher Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Hier haben hybride Organisationsformen zwischen Markt, Staat/Kommunen und Bürgern am meisten Selbstverständlichkeit gewonnen (dazu auch: Röbbke und Wagner, 2001).

- Ein Theater modernisiert sein Management, stärkt seinen Förderverein, betreibt mehr Öffentlichkeitsarbeit, sucht nach Sponsoren und baut entsprechende Ressourcen in seinen Arbeitsablauf ein
- ein Museum baut auf der Suche nach zusätzlichen Einnahmen einen kommerziellen Museumsshop auf, den es dann mit Ehrenamtlichen betreibt, die ein lokaler Förderverein für Engagement vermittelt
- ein Schwimmbad, das sonst hätte geschlossen werden müssen, wird einem lokalen Trägerverein überantwortet – die Stadt verpflichtet sich zu einem festen Zuschuss; zur Schlüsselgröße der weiteren Entwicklung wird nun die Fähigkeit des Vereins, Unterstützer zu gewinnen und zu halten u.a. durch die Entwicklung unternehmerischer Initiative zur Verbesserung von Management und Angeboten; Markt *und* Bürgergesellschaft halten Einzug (zu diesen und anderen Beispielen: Evers/Rauch/Stitz, 2002: 113f.).

Solche Beispiele legen nun ein Analysekonzept für Organisationsformen sozialer Dienstleistungen nahe, das von der gleichzeitigen Präsenz verschiedener Strukturprinzipien ausgeht. So unterschiedlich das spezifische Gewicht staatlicher, marktlicher und bürgergesellschaftlicher Elemente in der Organisationswirklichkeit einzelner Dienste auch sein mag, der Wert des von uns entwickelten analytischen Ansatzes liegt

darin, sich auch für die Rolle des zunächst weniger sichtbaren Elements zu sensibilisieren (meistens sind es Elemente des „sozialen Kapitals“ der Bürgergesellschaft). Die organisationsinterne Koexistenz und Verschränkung verschiedener Prinzipien haben wir unter vier Aspekten behandelt.

Der erste Aspekt betrifft die Vermischung verschiedener *Ressourcen*. Am Beispiel der Einrichtung Schule sieht man z. B., dass neben der klassischen staatlichen Zuweisung Wettbewerbselemente an Bedeutung gewinnen wie etwa die Ausschreibung öffentlicher Mittel für bestimmte Zusatzleistungen. Das, was wir als das „soziale Kapital“ der Bürgergesellschaft bezeichnet haben, Kooperation und freiwillige Mitwirkung als Ressource, hat eine ganze Reihe von Formen. Es geht nicht nur um die oft zitierte Rolle von Spenden und individueller freiwilliger Mitarbeit; weitere wesentliche Elemente sozialen Kapitals sind aber auch Partnerschaften mit der Wirtschaft und anderen Vereinen, Fördervereine und Netzwerke, mit denen die (bürger)gesellschaftliche „Einbettung“ der Organisation verstärkt wird.

Zwei weitere Aspekte betreffen *Steuerungsprinzipien* und *Ziele*, deren Koexistenz und Verträglichkeit. Steuerung vollzieht sich einerseits durch den Markt, z. B. im Wettbewerb um Schüler mittels Schulprofil- und Qualitätsentwicklung; sie vollzieht sich außerdem hierarchisch durch landesweite oder sogar zentralstaatliche Vorgaben in Hinblick auf Lehrinhalte und Standards, aber schließlich auch durch kooperative bürgergesellschaftliche Bezüge, etwa durch die Elternschaft, die über Beiratsstrukturen und Fördervereine Einfluss nimmt.

Die Verknüpfung von verschiedenen Ressourcen, Steuerungsprinzipien und Zielen kann schließlich, viertens, zur Suche nach einer neuen *corporate identity* führen, in der die multiplen Rollen und Merkmale der Organisation Berücksichtigung finden. „Wir wollen ein gut gemanagtes Unternehmen und eine Einrichtung sein, die im Bereich der Altenpflege das diakonische Prinzip einer Hilfe und Zuwendung, die Zeit beansprucht, stärkt“, so die Leiterin einer Sozialstation. „Wir müssen lernen, die kommerzielle Dimension zu beachten, mit staatlichen Vorgaben umzugehen und doch gleichzeitig durch mehr fund- and friendraising uns vor Ort bei den Bürgern stärker verankern“,

erklärte der Leiter eines Museums. Beide Zitate (aus: Evers/Rauch/Stitz, 2002) thematisieren Suchbewegungen in Hinblick auf die Identität von Organisationen, die – ungeachtet der jeweiligen rechtlichen Form der Trägerschaft – sich immer noch als öffentliche Einrichtungen verstehen, sich aber auch Wettbewerb- und Managementtherausforderungen stellen und zugleich Bezüge zu bestimmten eigenen Leitwerten und Unterstützerguppen – eine wichtige bürgergesellschaftliche Dimension – bewahren oder stärken wollen.

3. Die politische Perspektive: Einrichtungen im öffentlichen Bereich in soziale Unternehmen transformieren

Die gegenwärtige Debatte um die Zukunft sozialer Dienstleistungen scheint in vieler Hinsicht allein von der Frage bestimmt, welche Balance von staatlichen und marktlichen Elementen gefunden werden soll. Das heißt allerdings nicht, dass die Bürgergesellschaft dabei völlig außer Betracht bleibt. Sie kommt heute in der Regel als Frage der Stärkung kritischer Öffentlichkeit und von Interessen- und Konsumentenorganisationen ins Spiel. Sie sollen dafür zu sorgen, dass soziale Einrichtungen sich an den Interessen der Nutzer und den Kriterien dieser Öffentlichkeit orientieren. Eine solche Orientierung gewinnt auch in der gegenwärtigen Gesellschafts- und Sozialpolitik der rot-grünen Koalition praktische Gestalt. Sie spiegelt sich dort z. B. in der Betonung der Aufgabe der Stärkung von Patienten- und Konsumentenrechten in der Gesundheitspolitik. Das Versprechen lautet: Bürgergesellschaft als Macht der mündigen Konsumenten und der öffentlichen Verhandlung wird in der Lage sein, die Folgen von mehr Markt und Wettbewerb wieder auszubalancieren. Demgegenüber insistiert das Konzept von öffentlichen Einrichtungen als „sozialen Unternehmen“ darauf, dass das nicht ausreicht. Auch die andere, zweite Dimension von Bürgergesellschaft, sollte eine Rolle spielen – die der Selbstorganisation, der direkten Beteiligung und Mitverantwortung der Bürger. Aus dieser Perspektive besteht der Beitrag der Bürgergesellschaft zu einer guten Schule eben nicht nur in der Fähigkeit der Gesellschaft darüber, eine kritische und öffentliche Debatte über bessere Schulen zu führen, die schließlich auch politikwirksam wird; sondern es geht auch darum, ob es

genug Chancen zur effektiven direkten Beteiligung am Projekt Schule gibt und folglich Erfahrungs- und Lernmöglichkeiten. Eine gute Schule ist davon doppelt abhängig: Sie braucht direkte Partner vor Ort für ein qualitativ besseres Angebot aber auch, weil erst auf Basis direkter eigener Beteiligungsmöglichkeiten viele Bürger und gesellschaftliche Organisationen an einer öffentlichen Debatte ein verstärktes Interesse gewinnen und auch die Fähigkeit, kompetent mitzureden.

Doch auch dann, wenn man soziales Engagement und direkte Teilhabe als eine Dimension von Bürgergesellschaft anerkennt, können Reformperspektiven durchaus noch einmal divergieren. Denn für viele kommt dieses Engagement allein oder vor allem in *alternativen* Ansätzen, also Organisationen eines Dritten Sektors „jenseits von Staat und Markt“, in Projekten, Vereinen, Stiftungen u.Ä. zur Geltung. Im Unterschied zu denen, die den „Dritten Sektor“ gewissermaßen mit Bürgergesellschaft gleichsetzen, wird im hier skizzierten Konzept von sozialen Dienstleistungen als hybriden Organisationen vorgeschlagen, Bürgergesellschaft nicht über einen *Sektor* mit ihm eigenen Merkmalen zu definieren. Sie sollte eher als ein Set von Orientierungen, Praktiken und Prinzipien verstanden werden, die *im gesamten öffentlichen Bereich* Dienste und Einrichtungen mitzuprägen vermögen. Warum sollte eine kommunale Schule grundsätzlich weniger partnerschaftlich und offen zur Gemeinde sein als das Schulprojekt eines freien Trägers? Folgt man dem Konzept hybrider Organisationsformen, dann ist die Grenzlinie zwischen staatlichem und drittem „Sektor“ also zweitrangig. Wichtiger wäre die Entwicklung bestimmter Praktiken und Qualitäten in dem aus beiden konstituierten *öffentlichen Bereich*. (Für eine anschauliche Illustration von Politikansätzen in diese Richtung vgl.: Städtenetzwerk NRW, 2002.)

Was ist die Konsequenz? Eine Sozialpolitik, die sich zu Markt und Wettbewerb öffnet, sollte Bürgergesellschaft nicht nur im Sinne von Konsumentenmacht und kritischer Öffentlichkeit, sondern auch mit Blick auf die Wahrung direkter Teilhabemöglichkeiten und einer entsprechenden gesellschaftlichen Öffnung und Einbettung sozialer Dienstleistungen im Blick behalten. Sie sollten deshalb nicht wie private Unternehmen (in

staatlich/kommunalem Rahmen) funktionieren, sondern als soziale Unternehmen neben politischen Aufträgen auch direkte soziale Beteiligungsmöglichkeiten integrieren. Unter einer solchen Perspektive geht es beim Thema Zivilgesellschaft denn auch um die Zukunft des gesamten öffentlichen Bereiches und nicht allein um die der Organisationen eines „Dritten Sektors“.

Von sozialen Unternehmen kann unseres Erachtens also gesprochen werden, wenn Organisationen im öffentlichen Bereich in staatlicher, kommunaler oder freier Trägerschaft über ein gehöriges Maß an Handlungsautonomie verfügen, im Rahmen dessen sie – auch auf eigenes Risiko – unternehmerisch handeln und zwar zunehmend unter Wettbewerbsbedingungen. „Sozial“ sind solche Unternehmen, wenn das Soziale in einem doppelten Sinne eine Rolle spielt: einerseits in Hinblick auf die Bedeutung unmittelbarer Beteiligung und Einflussnahme sozialer und lokaler Akteure und andererseits auch in Hinblick auf die Präsenz sozialstaatlicher Vorgaben.

4. Potenziale und Probleme von hybriden „sozialen Unternehmen“

Soziale Dienste und Angebote in freier, kommunaler oder staatlicher Trägerschaft in eine derartige Richtung zu verändern beinhaltet Vorteile und Möglichkeiten, aber auch spezielle Probleme und Risiken. Einige davon sind struktureller Natur. Dienstleistungen und Einrichtungen, die mehrere Dimensionen aufweisen und kultivieren, können den Vorzug haben, verschiedene Erwartungen einzulösen oder doch wenigstens zum Ausgleich zu bringen, die, absolut gesetzt, sonst nur auf Kosten der jeweils anderen realisierbar erscheinen. Warum z. B. sollte eine Schule nicht mit eigenem Budget als selbstständiges Unternehmen geführt werden, durch verlässliche staatlich festgelegte Standards und Zuwendungen sozialstaatlichen Qualitäts- und Gleichheitsansprüchen genügen und durch die Nutzung der Selbstständigkeit zur Etablierung von Kooperationsbezügen mit Elternvereinen, der Jugendarbeit und der lokalen Wirtschaft zusätzliche Ressourcen und Qualitäten aktivieren können? Aber auch das Gegenbild solcher struktureller Potenziale lässt sich denken – Konsequenz einer mit einem Mix von Leitprinzipien auf Dauer gestellten internen Spannung und Instabilität.

Neben solchen Fragen nach strukturellen Vorzügen und Schwächen stellen sich aber vor allem Fragen, die mit dem Einfluss des gegenwärtigen gesellschafts- und sozialpolitischen Kontextes zu tun haben. Vorzüge und Nachteile des sich vor unseren Augen vollziehenden Verwandlungsprozesses öffentlicher Einrichtungen zu Hybriden sind oft nur schwer auseinanderzuhalten. In vielen Fällen – so konnten wir in unserer Studie (Evers u. a., 2002, 217f.) feststellen – handelt es sich gleichzeitig um:

Überwälzung und Bereicherung: Kultureinrichtungen, die ihre Suche nach Spenden und Sponsoren intensivieren, statt sich weiterhin allein auf den „mäzenatischen Staat“ zu verlassen, finden hier ein Mittel, ihre Angebote zu bereichern. Ähnliches gilt z. B. bei lokalen Sozialstationen, die in Kooperation mit Organisationen ehrenamtlicher Hilfe haushaltsbezogene Dienste einbeziehen und kommunikative Hilfeangebote machen können. Gleichzeitig relativieren sich diese Vorteile in dem Maße, wie z. B. die Unfähigkeit von Kommunen zur Erhaltung von Schulbauten die Selbsthilfe von Malerkolonnen betroffener Eltern erzwingt. Hier handelt es sich um Lastenüberwälzung. Auch die Aufwertung von Publikum/Konsumenten und Sponsoren bei immer weitergehendem Rückzug von Staat und Kommunen aus der Kulturförderung kann einen Kommerzialisierungsdruck auslösen, der das Spektrum der Angebote verarmen lässt.

Vielfalt und Ungleichheit: Gibt man z. B. dafür Raum, dass selbstständige Schulen ihre Qualität nach Maßgabe unternehmerischen Geschicks in der Mobilisierung von Ressourcen in ihrem Umfeld entwickeln, so kann das unbestreitbare Vorteile haben. Aber was soll mit jenen Schulen geschehen, die in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemen liegen und aufgrund ihres Schülerspektrums nun im Wettbewerb strukturell benachteiligt sind? Für die Bewältigung derartiger Folgeprobleme von mehr Vielfalt durch Aufwertung von Wettbewerb und bürgergesellschaftlichem Kontext gibt es sicher *denkmögliche* Antworten und Konzepte. Die schwierige Frage lautet aber, ob und inwieweit auch in der Realität eine staatliche Politik, die für mehr Wettbewerb und Autonomie einzelner Einrichtungen votiert, bereit ist, derartige Folgeprobleme zu bearbeiten, statt allein den Vorteil der Anspruchsentlastung wahrzunehmen.

Partizipation und Klientelismus: Mehr Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort einräumen, Adressaten als Koproduzenten und nicht nur als Konsumenten aktivieren, den Einfluss ortsferner Bürokratien zurückdrängen, dem Wettbewerb um die lokal besten Lösungen mehr Platz einräumen – die Liste derartiger Forderungen ließe sich noch beliebig verlängern. Wie weit soll man aber z.B. dadurch, dass man Entscheidungs- und Beteiligungsrechte für gesellschaftliche „Stakeholder“ erweitert – für Elternvertretungen an Schulen, Sponsoren bei Museen und Theatern, Fördervereine bei Pflegestationen u.a.m – das Zugriffsrecht von Lokalparlamenten und öffentlichen Verwaltungen auf Einrichtungen beschneiden? Und wann mutiert, was als mehr politische Einflussnahme einer Bürgergesellschaft gedacht war, zur Ausbreitung des Filzes einer Gesellschaft von Lobbyisten?

Alle diese Chancen und Schwierigkeiten verdeutlichen, wie sehr eine positive Ausgestaltung der sich herausbildenden Hybridformen zu sozialen Unternehmen nach entsprechenden Politikkonzepten verlangt. Quer durch alle politischen Lager ist man heute bereit, Markt und Management im öffentlichen Bereich mehr Einfluss zu geben. Die Frage nach der Rolle der bürgerschaftlichen Dimension wird hingegen nicht oder nur halbherzig gestellt.

Literatur

Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag 2002: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen.

Evers, Adalbert und Thomas Olk, 2002: Bürgerengagement im Sozialstaat – Randphänomen oder Kernproblem? Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B9, März, 6–14.

Evers, Adalbert, Ulrich Rauch und Uta Stitz, 2002: Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Hybride Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistungen. Berlin.

Heinze, Rolf G. und Thomas Olk (Hg.), 2001: Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen.

Hurrelmann, Klaus, 2001: Von der volkseigenen zur bürgerschaftlichen Schule. Bringt die Privatisierung ein modernes Schulsystem? Pädagogik, 7–8, 44–47.

Röbke, Thomas und Bernd Wagner (Hg.), 2001: Jahrbuch für Kulturpolitik (2000). Band 1, Thema: Bürgerschaftliches Engagement, 131–136, Essen.

Städte-Netzwerk NRW 2002: Bausteine für die Weiterentwicklung sozialer und kultureller Einrichtungen in NRW (www.netzwerk.nrw.de).

Sozialstaat, Gesundheit und Gerechtigkeit:

Plädoyer für eine neue Sozialpolitik in veränderter Welt

Im Frühjahr und Sommer 2003 hat die lange hinausgezögerte Debatte über die Reform des deutschen Sozialstaats, über einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme einen Höhepunkt erreicht. Wenn auch viele Entscheidungen noch ausstehen, ist doch immerhin etwas geschehen, was noch vor einem Jahr nicht recht denkbar erschien: Der Tanker bewegt sich, die Reformblockade, die politische Lähmung, über die jahrelang geklagt worden ist, scheint sich ein Stück weit aufzulösen. Den meisten ist inzwischen klar, dass sich etwas Grundlegendes ändern muss – nicht einmal so sehr wegen der aktuellen wirtschaftlichen, der konjunkturellen Lage, die immer größere Löcher in die Sozialkassen frisst, sondern vor allem wegen der langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen, wegen der Veränderung von Bevölkerung und Lebenserwartung, Arbeits- und Konsumwelt, Familienstrukturen und Wertvorstellungen. Nur wer hartnäckig realitätsblind ist, kann noch meinen, im Grunde könnte, im Grunde sollte doch alles so weitergehen wie bisher.

Dennoch ist die Debatte über die Sozialreformen, so wichtig die Schritte der letzten Wochen und Monate auch sind, in eine bedenkliche Schieflage geraten. Die Alternative scheint zu sein: Wie weit gelingt es uns, an dem alten, im großen und ganzen doch bewährten Sozialstaat festzuhalten, den wir uns nur, leider, leider, nicht mehr so wie früher leisten können, oder wie weit müssen wir hier und da abbauen, einschränken, kürzen, um die Grundsubstanz lebensfähig zu halten? Auf eigentlich verblüffende Weise haben die traditionalistischen Gegner der Reformen, zumal in der SPD und in den Gewerkschaften, die „Diskurshoheit“ in dieser Frage erobert. Denn auch die Befürworter von Reformen geben sich im Grunde defensiv – nach dem Motto: Es geht nicht anders, und ganz so schlimm wird es nicht sein. Mehrere Wochen lang saß die ganze Nation

gebannt vor den innerparteilichen Auseinandersetzungen der SPD wie das Kaninchen vor der Schlange, anstatt die Absurdität der Tatsache anzuprangern, dass Grundentscheidungen über die Zukunft unseres Landes von der Mitgliedschaft einer Partei abhängig gemacht werden, statt sie im Parlament zu treffen .

Wer sich darüber ärgert, muss sich jedoch auch an die eigene Nase fassen. Denn während dieses Schauspiel abläuft, legen die anderen politischen Parteien ebenso wie viele Intellektuelle die Hände in den Schoß. Von den Grünen hörte man lange Zeit nur Appelle an den Kanzler, bei diesen Auseinandersetzungen doch bitte in seiner „Agenda 2010“ standhaft zu bleiben. Wo bleiben die eigenen Ideen? Ist die Regierungserklärung vom 14. März denn eine Ausbuchstabilisierung grünen Gedankenguts in der Sozial- und Gesellschaftspolitik? Das mag man kaum glauben. In der Opposition sieht es freilich auch kaum besser aus. Die FDP hat sich aufgrund ihrer eigenen Probleme ohnehin als ernsthafter Diskussionspartner aus der politischen Arena verflüchtigt. In den Unionsparteien herrscht weithin programmatischer Stillstand, ja geradezu Verwirrung, weil die alten Frontlinien zwischen Sozialpolitikern und Ordoliberalen, zwischen Reformern und Traditionalisten nur vorübergehend ruhig gestellt sind und der Mut zu konstruktiven Entwürfen jenseits dieser alten Gegensätze fehlt.

Das ist es überhaupt, was in der gegenwärtigen Situation fehlt: Die Bereitschaft, den Sozialstaat auf eine Weise neu zu denken, die dem 21. Jahrhundert angemessen ist, die Fähigkeit, substantielle Gründe für eine Neuausrichtung der sozialen Sicherung geben zu können, jenseits des Verweises auf leere Kassen. Wenn die Reformer dem Vorwurf der Traditionalisten, es ginge letztlich nur um „Sozialabbau“, wirkungsvoll begegnen wollen, dann müssen sie auch Konzepte für einen neuen Sozialstaat vorstellen, Wertpräferenzen deutlich machen und sozialwissenschaftliche Argumente heranziehen können. Auch an diesen „Diskursverknüpfungen“ zwischen Wissenschaft und Politik mangelt es: Wissenschaftlich sind die Befunde längst bekannt, die Optionen erschlossen. Aber sie finden kaum Eingang in die eingekapselten, von kurzfristigen Opportunitäts-

gesichtspunkten geleiteten politischen Debatten, woran beide Seiten eine Mitschuld tragen.

Die folgenden Überlegungen hoffen deshalb auch einen kleinen Beitrag zu dieser „Diskursverknüpfung“ zu leisten. Teils pointiert und ein wenig polemisch, in jedem Fall abgekürzt und stichwortartig, werden zehn Thesen zur Diskussion gestellt. Im wesentlichen gehe ich dabei in drei Schritten vor. Erstens erinnere ich an den massiven gesellschaftlichen Wandel der letzten Jahrzehnte und frage nach den Konsequenzen, die sich daraus für die soziale Sicherung ergeben. Zweitens geht es um Mentalitäten und Wertentscheidungen, die einer künftigen Sozialpolitik, insbesondere Gesundheitspolitik, unter diesen veränderten Rahmenbedingungen zugrundeliegen könnten. Dabei steht unter anderem das Problem der „Gerechtigkeit“ neu zur Diskussion. Drittens schließlich geht es um die konkreten Konsequenzen, um Vorschläge zu einer Reform des Wohlfahrtsstaates im allgemeinen, der Krankenversicherung im besonderen – einer Reform, die sich an den Prinzipien von Gerechtigkeit, Verantwortung und Klientenmündigkeit orientiert.

1. Gesellschaftlicher Wandel

Die westlichen Industriegesellschaften haben sich seit den späten 70er Jahren, seit dem Ende des „goldenen Zeitalters“ der prosperierenden, zukunfts gewissen Nachkriegszeit, fundamental gewandelt. Wandel der Arbeitsgesellschaft und Massenarbeitslosigkeit – demographische Verschiebungen durch Alterung und Kinderlosigkeit – Einwanderung und Ethnisierung der Gesellschaft, besonders in den Unterschichten: Das sind einige zentrale Stichworte dafür. Aber gerade in Deutschland gibt es immer noch Blockaden, die Reichweite, man könnte auch sagen, die historische Dimension dieses gesellschaftlichen Wandels zu erkennen. Dazu kommt: Die Erwartungen an Wohlstand und Konsum sind beständig weiter gewachsen, und es gibt Gruppen und Verbände, die von der Kontinuität der bestehenden Institutionen der sozialen Sicherung profitieren. Entsprechend fehlt es an der Fähigkeit und Bereitschaft, Konsequenzen aus diesem Wandel zu ziehen. Weithin herrscht immer noch die Vorstellung vor, mit ein paar Korrekturen das

alte System der industriellen Erwerbsgesellschaft und ihrer sozialen Sicherung dauerhaft stabilisieren zu können. Es ist aber sehr fraglich, ob auf diese Weise die wachsende Kluft zwischen sozialen Realitäten einerseits, den Institutionen sozialer Sicherung andererseits noch überbrückt werden kann.

2. Sozialpolitik: Die fragwürdige deutsche Tradition

Das deutsche Modell der Sozialpolitik und des Sozialstaates wurzelt in Traditionen der frühneuzeitlichen Fürsorge und „Policy“ einerseits, der Bismarck'schen Innen- und Gesellschaftspolitik im späten 19. Jahrhundert andererseits. Wir reden heute weithin so – übrigens häufig in erstaunlicher nationaler Verengung und Borniertheit, die Lösungen unserer Nachbarn kaum zur Kenntnis nimmt –, als sei „der Sozialstaat“ in Gefahr. In Wirklichkeit ist ein sehr spezifisch deutsches, auf die Gesellschaft des späten 19. bis mittleren 20. Jahrhunderts zugeschnittenes Modell der Sozialpolitik in die Krise geraten, dem wir in vieler Hinsicht gar nicht nachtrauern müssen: Seine unverkennbaren Ursprünge liegen im kaiserzeitlichen Obrigkeitsstaat; ihm liegt überwiegend ein patriarchalisches Familien- und Erwerbsmodell zugrunde, nämlich die Vorstellung des männlichen „Ernährers“ und Alleinverdieners in der Familie; und es ein wesentlicher Teil, ja Stützpfeiler jener Verbändestrukturen und korporatistischen Vermachtung, die seit der vorletzten Jahrhundertwende ein Merkmal der deutschen Politik ist. Es gibt also einen doppelten Grund, an diesem System zu zweifeln: Erstens, weil es nicht mehr mit der gesellschaftlichen Realität übereinstimmt, und zweitens, weil wir weithin nicht mehr mit seinen zugrundeliegenden Werten übereinstimmen.

3. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses

Seit den 80er Jahren ist das frühere „Normalarbeitsverhältnis“ – die oft lebenslange, rentenversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung – immer mehr erodiert und inzwischen nicht mehr der „Normalfall“. Die Arbeits- und Einkommensverhältnisse sind heute weitaus stärker zerklüftet, sind viel heterogener, als das in der klassischen Industriegesellschaft, z. B. in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik, der Fall war. Wir haben es jetzt

mit einer doppelten Zerklüftung zu tun: Schon immer litt das deutsche System darunter, dass es bestimmte Sondergruppen von Erwerbstätigen bzw. von Einkünften gab, die aus dem Standardmodell der Erwerbstätigkeit und solidarischen sozialen Sicherung ausgeklammert blieben: vor allem die Beamten (früher auch die Angestellten!) und die Selbständigen. Inzwischen unterhöhlt die wachsende Vielfalt von Erwerbsformen und Einkunftsarten – aber auch von Familienformen und „Lebensentwürfen“ – das Standardmodell auch von innen heraus. Wachsender Wohlstand und Vererbung haben dazu geführt, dass Einkünfte jenseits der Erwerbsarbeit – z.B. aus Vermietung – kein Privileg der Reichen mehr sind; der riesige Bereich der Schwarzarbeit ist der sozialen Solidarität entzogen; es gibt aber auch immer mehr staatlich subventionierte Typen von Einkünften, die aus dem Solidarsystem ausgeklammert worden sind: von den 400-Euro-Jobs bis zu steuerfreien Zuschlägen für Nacht- oder Schichtarbeit. Wer solche Art von Einkünften hat oder gar kumulieren kann, der hat Glück – wer dagegen „nur“ einen normalen Arbeitsplatz hat, der hat Pech, denn er zahlt für die anderen mit. Das ist eine der großen Paradoxien unseres gegenwärtigen Systems geworden. Mit anderen Worten: Unsere Sozialversicherungssysteme sind längst nicht mehr gerecht, sondern produzieren inhärent gesellschaftliche Ungerechtigkeit. Wer angesichts der anstehenden Reformen ein „Festhalten“ an der Gerechtigkeit anmahnt, übersieht das zumeist.

4. Individualisierung von Chancen – Kollektivierung von Risiken?

Auf diese Weise hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine wachsende Kluft aufgetan zwischen der Individualisierung von Chancen auf der einen, der Kollektivierung von Risiken auf der anderen Seite. Der Trend zur „Individualisierung“ in unserer Gesellschaft wird seit längerem von Soziologen wie Ulrich Beck beschrieben, und diese Individualisierung – mit so verschiedenen Aspekten wie dem Trend zur „Single-Gesellschaft“, der abnehmenden Bindungsfähigkeit von Großorganisationen oder dem Konsum-Hedonismus – lässt sich auch gar nicht rückgängig machen. Der Individualismus ist aber, und das ist lange Zeit

kaum bemerkt worden, auf gefährliche Weise einseitig geblieben. Individuelle Chancen, die Nutzung individueller Vorteile (bis hin zu dem, was wir kritisch als „Ego-Gesellschaft“ bezeichnen) wurden prämiert, doch dem entsprach keineswegs eine wachsende Bereitschaft zur Übernahme individueller Risiken und individueller Verantwortung. Die Risiken der Lebensführung werden nur zu bereitwillig kollektiviert. Wenn der Vater davonläuft und die alleinerziehende Mutter Sozialhilfe beansprucht; wenn der Risikosport eine kostspielige Behandlung und Rehabilitation zur Folge hat: Der Staat oder die Sozialversicherungssysteme kommen für die Konsequenzen der individualisierten Chancengesellschaft auf. Dem Einzelnen ist daraus nicht unbedingt ein Vorwurf zu machen – wohl aber dem System, das dies zulässt.

5. Der Wandel der „sozial Schwachen“

Der gesellschaftliche Wandel hat nicht zuletzt die Struktur derjenigen Gruppen verändert, die auf die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme temporär oder dauerhaft besonders angewiesen sind: der sozialen Unterschichten, der Armen, der „sozial Schwachen“, wie es heute meistens heißt. Soziale Marginalität hat immer noch viel mit der Erwerbsgesellschaft, bzw. dem Ausschluss von ihr, zu tun – das klassische Problem der Arbeitslosigkeit. Aber andere Ursachen der Randständigkeit und Bedürftigkeit sind hinzugekommen, die unsere Gesellschaft kulturell und politisch noch nicht hinreichend verarbeitet hat. Dazu gehört die partielle Auflösung der klassischen Familie (Stichwort: alleinerziehende Mütter) ebenso wie die Ethnisierung der Unterschichten durch Migration und fehlende (Bildungs-)Integration. Dazu gehören weiterhin periphere Formen zumal der weiblichen Erwerbstätigkeit sowie Bildungsdefizite, die der klassischen Berufsausbildung meist schon vorgelagert sind.

Die selbst erklärten Anwälte der sozial Schwachen im Lager der traditionalistischen Linken, zumal die Gewerkschaften, haben ihr Denken auf diese Verschiebungen immer noch nicht eingestellt; ihre Konzeptionen beruhen weiterhin auf den Risikolagen der klassischen männlichen Arbeitnehmersgesellschaft. Nur vor diesem Hintergrund jedenfalls macht die Ver-

teidigung der bisherigen Sozialstaatslösungen Sinn. Darüber hinaus stellt sich zunehmend die Frage, ob es richtig ist, den „sozial Schwachen“ auch in Zukunft vor allem im Modus der Fürsorge und Betreuung, der Abnahme von Verantwortung, zu begegnen. Die bisherigen Regelungen haben es zugelassen, dass in den Unterschichten Kulturen der Unselbständigkeit und Unmündigkeit entstanden sind, die wir den Betroffenen nicht länger zumuten sollten. Eine Diskussion darüber ist fast überall geführt, in Deutschland jedoch bisher weitgehend verweigert worden. Auch hier könnte es übrigens lohnend sein, auf aktuelle Debatten in der Sozialtheorie und Sozialphilosophie zu blicken, zum Beispiel auf den Disput zwischen Theoretikern der sozialen „Umverteilung“ wie Nancy Fraser und Fürsprechern der sozialen „Anerkennung“ wie Axel Honneth.

6. Gerechtigkeit und Solidarität

An welchen Werten soll sich ein Umbau des Wohlfahrtsstaates, speziell auch die Gesundheitspolitik einschließlich der Reform der Krankenversicherung, orientieren? Die alten Werte der „Gerechtigkeit“ und der „Solidarität“ werden dabei von fast allen Parteien zuerst angeführt. Wir können und sollten in der Tat an diesen Werten festhalten, wenn wir uns darüber im klaren sind, dass sie auf teils radikale Weise neu definiert werden müssen. Es geht nicht darum, Gerechtigkeit im alten Sinne zu „bewahren“, weil die bestehenden Institutionen längst mehr Ungerechtigkeit als Gerechtigkeit produzieren. Ein neues Leitbild der Gerechtigkeit muss dem fundamentalen gesellschaftlichen Wandel ebenso Rechnung tragen wie der inzwischen gewonnenen Einsicht, dass materielle Umverteilung zwar bequem ist, aber oft zu spät kommt: Aktive Bildungsförderung und Integration in gesellschaftliche Teilhabe werden insofern als Instrumente der Gerechtigkeitspolitik wichtiger. – Der Bundeskanzler hat am 14. März einen Schritt „von der Selbstbedienung zur Solidarität“ gefordert und damit eingestanden, dass auch die klassische Solidarität, mit dem Beiklang der alten Arbeiterbewegung oder der katholischen Soziallehre, nicht mehr ohne weiteres funktioniert. Ein neues Leitbild der Solidarität kann deshalb kein einfaches Zurück zur kollektivistischen „Wir-für-dich-Solidarität“ sein, sondern muss eine „Ich-für-euch-Solidari-

tät" einschließen: Der Einzelne muss mit der Gemeinschaft solidarisch sein und rechtfertigen können, warum und inwiefern er dieser Gemeinschaft die Kosten seiner eigenen Risiken aufbürden kann.

7. Verantwortung und Mündigkeit

Um einen solchen Wandel abstützen zu können, reicht der Bezug auf Gerechtigkeit und Solidarität – auch in neu definierter Form – jedoch nicht aus. Eine neue Sozialpolitik, gerade auch Gesundheitspolitik, muss ergänzt werden durch die Leitbilder der Verantwortung und der bürgerlichen Mündigkeit. „Verantwortung“ heißt dabei wesentlich mehr als der gängige Kurzschluss von der Eigenverantwortung zur Zuzahlung des Patienten. Es geht überhaupt um mehr als nur um Geld, obwohl man die Symbolfunktion des Geldes, der Ökonomie für gesellschaftliche Wertvorstellungen nicht unterschätzen sollte. Erstens schließt Verantwortung immer auch Verantwortung für Dritte ein, schlägt also eine Brücke zur Solidarität – das markiert eine Grenze des bloßen neoliberalen Appells an die individuelle Eigenverantwortung. Zweitens ist individuelle Verantwortung ein fundamentales sozialtheoretisches Prinzip: Die Verantwortlichkeit für die eigene Person schließt die „Sorge um sich“ (Michel Foucault) und damit auch die Sorge um den eigenen Körper mit ein. Die Integrität des eigenen Körpers, das gesundheitliche Wohlbefinden liegen heute mehr als jemals zuvor in der Verantwortung des Einzelnen, sind an sein Risikoverhalten gekoppelt. Verantwortung für die eigene Lebensführung zu tragen heißt deshalb auch, diese Risiken zu kennen und gegebenenfalls auch materiell mitzutragen, sie also nicht vollständig oder umstandslos der Solidargemeinschaft aufzubürden.

Die bestehenden Mechanismen unserer Sozialpolitik sind jedoch mit dieser Form der Verantwortung inkompatibel. Zumal die gesetzliche Krankenversicherung fördert die Unverantwortlichkeit, weil sie die Klienten in völliger Unmündigkeit hält. Sie verweigert ihnen zum Beispiel die Rechenschaft über die Kosten von Krankheit und Gesundheit, insbesondere über die Kosten der Arztbehandlung. Erst wenn nicht nur die Privatpatienten, sondern jeder Patient und jede Patientin vom Arzt

eine Rechnung über die Behandlungskosten geschickt bekommen, kann sich mündiges Patientenbewusstsein und verantwortliches Patientenhandeln herausbilden.

8. Das problematische Versicherungsprinzip

Der deutsche Sozialstaat beruht im Kern auf solidargemeinschaftlichen Versicherungsleistungen, die an das Erwerbsverhältnis gekoppelt sind: Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und neuerdings auch Pflegeversicherung. Um eine wirkliche „Versicherung“ hat es sich dabei jedoch, auch dem historischen Ursprung nach, nie gehandelt, und die Merkmale einer echten Versicherung gegen Risikofälle sind in den letzten Jahrzehnten eher zurückgedrängt worden. Daraus resultiert eine Unsicherheit der Klienten über die Art von Leistungen, die sie sozialpolitisch erwarten dürfen. Zum Beispiel ist in einer Versicherung die Versicherungsleistung in der Regel von der Dauer des Vertrages unabhängig: Wenn ich schon vierzig Jahre eine Hausratversicherung habe, bekomme ich den Diebstahl genauso ersetzt wie eine Woche nach Vertragsabschluss. Für die Arbeitslosenversicherung gibt es jedoch eine breite Erwartung, dass sich die Leistungen nach der Dauer der Einzahlung richten, wie in der Rentenversicherung, für die die Bezeichnung „Versicherung“ ohnehin völlig irreführend ist.

Die Kranken- und Unfallversicherung könnte man noch am ehesten als eine „echte“ Versicherung gegen Risikofälle verstehen. Doch sind medizinische Leistungen, anders als im späten 19. Jahrhundert, ein so alltägliches Gut geworden, dass es sich bei der gesetzlichen Krankenversicherung im Grunde um etwas anderes handelt: nämlich um die Kollektivierung einer Grundfunktion der Daseinsvorsorge – in weiten Bereichen der Alltagsmedizin also vergleichbar der Ernährung, Wohnung, oder Bildung. Dabei gibt sich jeder Einzelne der Illusion hin, mehr aus der „Versicherung“ zu erhalten als er selber einzahlt – sonst würde es sich ja nicht „lohnen“, Teil dieser Gemeinschaft zu sein. Auch deshalb gilt wieder: Den Preis für medizinische Leistungen bewusst und wählbar zu machen, kann ein lohnenderes Ziel sein als die ganz und gar unrealistische „Kostendämpfung“, der die Politiker wie einer Chimäre hinterherlaufen.

9. Bürgerversicherung: Plädoyer für einen Systemwechsel

Nach alldem dürfte mein konkretes Plädoyer nicht mehr überraschend sein: Wir brauchen einen wirklichen Systemwechsel in manchen Grundpfeilern unseres Sozialstaates – nicht um diesen abzuschaffen, sondern um ihn auf die fundamental gewandelten gesellschaftlichen Verhältnisse neu auszurichten. Wir brauchen einen Systemwechsel von der historischen Dimension der Bismarck'schen Politik, einen Systemwechsel, der über die bisherigen Zäsuren in der Sozialpolitikgeschichte der Bundesrepublik – die Rentenreform von 1957 oder die Neuordnung der Armenfürsorge als Sozialhilfe 1961 – hinausgeht. Die Kopplung der Krankenversicherung an das Erwerbsverhältnis ist weder länger gerecht noch produktiv. Sie muss vollständig aufgegeben werden; der bisherige Arbeitgeberanteil wird als Lohn ausgezahlt. Die Krankenversicherung sollte statt dessen als eine Bürgerversicherung organisiert werden. Es muss sich um eine Pflichtversicherung handeln, und ihre notwendigen Grundleistungen, ihr „Basispaket“, muss staatlich abgesichert sein. Die Gesundheitskosten für Kinder werden nicht innerhalb der Versicherung als Umlage finanziert, sondern über eine Art staatlichen „Voucher“. Diese Leistungen müssen von der gesamten Bürgergemeinschaft getragen, also steuerfinanziert werden.

Ein solches Konzept sozialer Sicherung nähert sich in mancher Hinsicht den früheren Debatten über eine staatliche „Grundsicherung“ oder ein „Bürgergeld“ an – Konzepte, die in den letzten Jahren und in der gegenwärtigen Reformdebatte, unverdientermaßen wieder in den Hintergrund getreten sind. Diese Debatte müsste wieder aufgenommen werden. Der internationale Vergleich und wissenschaftliche Untersuchungen über verschiedene Grundformen wohlfahrtsstaatlicher Regime zeigen, dass steuerfinanzierte Modelle sozialer Sicherung meist in ihrer Wirkung egalitärer sind als das korporatistische Modell Deutschlands, bei dem Leistungen sehr stark nach sozialer Lage und Einkommen gestaffelt vergeben werden, nicht nach Bedürftigkeit. Dieser Gesichtspunkt ließe sich viel offensiver, als das bisher geschieht, als Argument für einen (Teil-) Ausstieg aus dem deutschen Sozialversicherungssystem alter Provenienz vertreten.

Wenn Verantwortung und Mündigkeit in diesem System eine Chance haben sollen, dann ist Wettbewerb eine unverzichtbare Voraussetzung – außerdem auch aus Gründen der Kostentransparenz und des Kostenwettbewerbes. Die Lösung ist also nicht eine staatliche Einheitsversicherung, wie sie in der Rürup-Kommission und in der Öffentlichkeit besonders von Karl Lauterbach gefordert wird, sondern eine größtmögliche Öffnung; die Lösung ist keine Verdrängung der privaten Krankenversicherungen, sondern im Gegenteil: Die Umstellung des gesamten Systems auf das Modell der privaten Krankenversicherung; gewissermaßen die Privatisierung der AOK unter staatlicher Aufsicht und staatlichen Regularien. Dann entfielen auch der ganze unsinnige Streit darüber, ob der Zahnersatz oder der gemeine Schnupfen zur Krankenversicherung gehört oder nicht: Das muss der Staat nämlich gar nicht vorschreiben. Wenn ich ein Paket mit Zahnersatz will, wähle ich das, oder ein Paket mit Schnupfen, oder „all inclusive“.

Wenn man diesen Ansatz weiterdenkt und ausbaut, lässt er sich auch auf andere Bereiche der sozialen Sicherung, z. B. die Rentenversicherung, übertragen. Auch hier gilt ja: Ein viel zu geringer Teil der tatsächlich erzielten Einkünfte wird in die kollektivierte, solidarische Altersversorgung einbezogen. Das gilt wiederum für die quasi-ständischen Sondergruppen, die in historischer deutscher Tradition aus diesem System immer noch freigestellt sind: vor allem die Beamten. Es gilt aber erneut auch, und in wachsendem Maße, für die ausfransenden „Ränder“ unserer Erwerbsgesellschaft, für Gelegenheitsjobs, Nebeneinkünfte, und nicht zuletzt die Schwarzarbeit. Ein möglicher Weg ist, diese Einkünfte außerhalb der Lohnarbeit in die kollektivierte Altersversorgung einzubeziehen: bei den Beamten ist das überfällig, bei Einkünften aus Vermögen oder Vermietung wird das diskutiert, bei der Schwarzarbeit ist es unmöglich, sonst wäre sie keine Schwarzarbeit mehr. Die Alternative wäre auch hier, die Alterssicherung im klassischen Sinne von der Kopplung an das Lohn Einkommen zu lösen, individuelle Vorsorge verpflichtend zu machen und zu prämiieren, eine Mindestabsicherung vorzuschreiben, und eine Grundsicherung im Alter staatlich zu garantieren. Erneut kann man nur davor warnen, in der Verwirklichung eines solchen Modells das Ende

des Wohlfahrtsstaates überhaupt zu sehen: Das wäre pure nationale Borniertheit, denn die meisten sozialen Sicherungssysteme jenseits der deutschen Grenzen funktionieren nach solchen oder ähnlichen Prinzipien.

Schließlich lässt sich das hier skizzierte Prinzip der Verantwortung und individuellen Absicherung bei staatlich garantierter Grundleistung auch auf andere gesellschaftliche Bereiche jenseits des Wohlfahrtsstaates in einem engeren Sinne ausweiten, etwa auf das Bildungssystem und seine Finanzierung. Auch hier geht es ja ganz zentral um Fragen der Gerechtigkeit, gerade bei den heiß umstrittenen Studiengebühren. Ist es gerecht, dass die Abiturienten, meist nicht die Kinder aus sozial schwachen Familien, eine kostenlose Ausbildung mit dem Ziel eines relativ hohen Einkommens im späteren Beruf genießen? Ist es gerecht, dass alle Steuerzahler den Familien der Mittelschicht das Studium finanzieren? Die Argumente dazu sind seit langem bekannt – z. B. durch Peter Glotz – doch kann das hier nicht weiter ausgeführt werden.

10. Markt oder Staat? Eine falsche Alternative

Die Reform des Sozialstaates darf sich nicht in erster Linie an ideologisch vorgegebenen Alternativen orientieren: Sie muss vor allem von einer klaren Erkenntnis der Dimensionen des gesellschaftlichen Wandels ausgehen und daraus die Bereitschaft zu einem grundlegenden Umbau der sozialen Sicherung, aber auch zu einer Veränderung der spezifischen Mentalitäten, die sich an den deutschen Sozialstaat angelagert haben, ableiten. Auch im internationalen Vergleich gesehen brauchen wir in Deutschland in mancher Hinsicht nicht Markt *oder* Staat, sondern „mehr Markt und mehr Staat zugleich“. Was wir nicht brauchen, ist die Kontinuität der korporatistischen Zwangssysteme aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert mit ihren Lobbyisten und Profiteuren. Wir brauchen mehr Staat, weil elementare soziale Sicherung in der postklassischen Arbeits- und Konsumgesellschaft besser durch unmittelbare staatliche Leistungen zu gewährleisten ist, und weil diese Leistungen steuerfinanziert sein sollten. Wir brauchen mehr Markt, weil Sozialpolitik im allgemeinen, Gesundheitspolitik im besonderen des Wettbewerbs und der Wahlmöglichkeiten bedürfen,

wenn sie Bestandteil einer zugleich offenen und gerechten bürgerlichen Gesellschaft sein sollen.

Schnittstellen der Kunst

Wenn ich heute von den Schnittstellen der Kunst sprechen möchte, so beziehe ich mich vor allem auf einen durch die technologischen Entwicklungen veränderten Kunstbegriff. Der erste Teil beschäftigt sich mit der Schnittstelle Kunst und Wissenschaft und erstellt einen optimistischen Ausblick auf die Möglichkeiten und Chancen, die die neuen Technologien für die Kunst eröffnen. Der zweite Teil beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Folgen, welche diese Technologien mit sich brachten, was natürlich nicht ohne Einfluss auf ein neues Kunst- und Kulturverständnis blieb. Allerdings kann ich nicht verhehlen, dass mich, wenn ich von Schnittstellen spreche, leise Zweifel beschleichen, ob ich Ihnen nicht mit viel radikaleren Schlussfolgerungen aufwarten müsste: nämlich, dass die Kunst – verstanden als autonomes, freies dennoch institutionalisiertes Aktionsfeld – an ihrem Ende angekommen ist. Will sagen, dass die Schnittstellen keine Berührung oder Verklüftung zweier oder mehrerer Gebiete, sondern Todesschwelmen darstellen, bei deren Überschreitung die Kunst verschwindet oder in einer Form marginalisiert wird, dass ihre Eigenständigkeit nicht mehr behauptet werden kann. Aber ich möchte optimistisch beginnen.

1.

Wenn die Kunst mit dem Schein spielt, so basiert dieses Spiel auf bestimmten Techniken, die eigens für dieses Spiel erfunden werden, aber auch stets mit gesellschaftlichen aktuellen Technologien verknüpft bleiben. Kunst steht im Spannungsfeld von Affirmation und Kritik der Technologien. Diese neuen Technologien – in unserer Gesellschaft vornehmlich die der elektronischen Medien – sind Herausforderungen an unsere gewohnten Erfahrungs- und Wahrnehmungsweisen. Dass die elektronischen Medien Resultate der Wissenschaft sind, ändert nichts an der Notwendigkeit, sie ästhetisch zu reflektieren. Sie konfrontieren uns mit der Maschine und damit mit einem

Grundphänomen, das schwer fassbar, aber nichtsdestoweniger spürbar ist: der Energie. J. Lacan hat den entscheidenden Wendepunkt, den die Psychoanalyse Freuds markiert, in der Aufdeckung der libidinösen Energetik erblickt. Dabei ist „die Energie [...] ein Begriff, der erst von dem Moment aus erscheinen kann, wo es Maschinen gibt.“ (*Deleuze, Gilles/Guattari, Felix: Anti-Ödipus, Kapitalismus und Schizophrenie 1, übers. v. Bernd Schwibs, Frankfurt/M. 1977, S.501.*) „Die Maschine [...], das geht sehr viel weiter auf die Seite dessen, was wir wirklich sind, als selbst die es ahnen, die sie konstruieren.“ (*Lacan, Jacques: Das Ich in der Theorie Freuds und in der Technik der Psychoanalyse, übers. v. Hans-Joachim Metzger, Olten/Freiburg 1980, S. 100.*) Um prägnant zu benennen, gegen welche spezifische Entwicklung sich die Kunst wendet, sei der Prozess genannt, der in der „Dialektik der Aufklärung“ als Mathematisierung der Natur namhaft gemacht wurde: „Denken verdinglicht sich zu einem selbsttätig ablaufenden, automatischen Prozess, der Maschine nacheifernd, die er selber hervorbringt, damit sie ihn schließlich ersetzen kann.“ (*Adorno, Theodor W. / Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1988, S. 31.*) „Doch muss die Maschine keineswegs etwas nur Angsteinflößendes sein: Der Negativisierung des ‚Maschinellen‘ in der bürgerlichen Umgangssprache wie im bürgerlichen Denken überhaupt entspricht [...] die Negativisierung der Maschine im kapitalistischen Produktionsprozess. Die Angst des bürgerlichen Menschen [...] entspringe so der Angst des bürgerlichen Ich, mit seinem Unbewussten in Berührung zu kommen; an ‚die Maschinen‘ verdammt zu sein.“ (*Theweleit, Männerphantasien 1, Hamburg 1990, S. 241.*)

Wenn P. Feyerabend mit dem Absolutheitsanspruch der positivistischen Wissenschaften gebrochen hat, um sich für eine Verknüpfung von künstlerischen und wissenschaftlichen Methoden stark zu machen, so sind hierfür zwei Schritte zu vollziehen: einmal die positivistische Wissenschaft als nur einen Stein im Mosaik der Aktualisierungen, als ein mögliches Dispositiv, zu relativieren, indem man sie zum anderen mit ihren eigenen Mitteln einer Dynamik aussetzt, die als deterritorialisierendes Potential in ihr selbst steckt und geeignet ist, Fluchtlinien über die von ihr selbst gesetzten Grenzen hinaus

zu ziehen. Die moderne Wissenschaft mit ihrer Methodologie und ihren Sprachen ist geschichtlich gesehen selbst aus einer deterritorialisierenden Bewegung hervorgegangen, um diese allerdings durch einen Regelkanon wieder zu reterritoralisieren. Sie machte aus dem alten Gott eine Axiomatik. Dieser Prozess scheint irreduzibel und muss nicht als Verlust verbucht werden: eher als Antidot gegen eine falsche Imaginisierung. Es ist in dieser Axiomatik eine Tendenz auszumachen, die einer post-signifikanten Semiotik entspricht, die nicht mehr bezeichnet, also einen Referenten zur Grundlage hat, sondern diesen zuallererst herstellt. Die Wissenschaft ist eine Falte des Wissens, die, als solche erkannt, ein Außen des Viel-Fältigen freilegen kann. Dass Gegenstände Gegenstände sind, versteht sich nicht von selbst. Das heißt nicht, dass die Wissenschaft im luftleeren Raum schwebt, sie bleibt Naturwissenschaft, aber sie betrifft eine Natur, die schöpferisch ist und somit Erkenntnis und Kreativität aneinanderschweißt. Paradox wird es ihr zur Grundbedingung, dass Erkenntnisse niemals wirklich haltbar sind (weder im Sinne der Konservierung noch eines ewig Gültigen, wie schließlich einer Blockade).

Hinsichtlich gesellschaftlicher Produktionstechnik und -mittel bedeutet dies für die Kunst, diese anzuwenden und zu gebrauchen, um gerade drohenden Wahrnehmungsdefiziten entgegenzuwirken. Im Verhältnis der Entwicklung neuer Technologien und der sie gebrauchenden Kunst entdecken „Künstler auf verschiedensten Gebieten [...] immer wieder als erste, wie man ein Medium verwenden kann, um die Kraft eines anderen zur Entfaltung zu bringen.“ So vermag „der Künstler das Verhältnis der Sinne zueinander zu berichtigen, noch ehe ein neuer Anschlag der Technik bewusste Vorgänge betäubt.“ (McLuhan, Marshall H.: *Die magischen Kanäle*, übers. v. Meinrad Ammann, Düsseldorf/Wien 1968, S. 64.)

Eine der Methoden, Wissenschaft und Kunst zu verschwistern, ist die Herstellung virtueller Räume, die nicht mehr abbilden wollen, sondern mit einer zunächst theoretisch erzeugten, dann praktisch umgesetzten Konzeptualisierung von Energie einen neuen Kontinent, eine terra incognita, erforschen, die im Idealfall von vielen und von vielen Verschiedenen generiert wird und diese vielen mit Welten, Formen, Dynamiken als auto-

poetische Prozesse konfrontiert, die zwar nach bestimmten Formierungsregeln hergestellt werden, aber im Sinne einer Subversion offen sind, offen auch in dem Sinne, als sie Erfahrungsweisen eröffnen, die mit anderen Erfahrungsweisen (außerhalb der speziellen virtuellen Realität) verknüpft werden können. Diese virtuelle Realität ist kein Supermarkt der Bilder, der betäubt oder ablenkt, sondern durch die Möglichkeit, am Produktionsprozess teilzunehmen, eine Aktualisierungsweise, die nicht mehr heteronom von außen „verhängt“ wird. Der Produktionsprozess verflüssigt jene scheinbar unverbrüchlich feststehenden Makrostrukturen des „Dies-da“ und „Dort-da“, um zu verdeutlichen, dass wir es von Anfang an mit Territorialisierungs- und Deterritorialisierungsprozessen zu tun haben. Erfahrungen sind nichts Ursprüngliches – sie werden hergestellt und sind stets und im doppelten Wortsinn in einer Herstellung begriffen. Insofern werden die Kunstmaschinerien zu perversen Maschinen, die auszeichnet, „dass sie uns ein ständiges Schwanken zwischen subjektiver Anpassung, der Bestimmungsänderung einer technisch-gesellschaftlichen Maschine und objektiver Errichtung einer Wunschmaschine vor Augen führen.“ (*Deleuze/Guattari, Anti-Ödipus, Frankfurt a.M. 1977, S. 501.*) Sie schaffen einen organlosen Körper, auf dem sich Wunschmaschinen bilden und installieren. Virtuelle Realitäten haben dabei durchaus Anspruch darauf, Natur genannt zu werden, man muss nur die Ordnung wechseln, die immanenten Felder der Mikrologie erschließen, die in sich und gegeneinander heterogen und heterochron sind (d.h., ihre eigenen Entstehungsgeschwindigkeiten abseits einer für sich stehenden Chronometrie besitzen) und dabei wissen, dass die Konstruktion zugleich Erforschung ist und diese nicht weniger Natur ist als die erschlossenen Felder selbst. Wir müssen Natur kreieren, wie sie auch uns kreierte, die Natur wird nicht abgebildet, sondern produziert – sie schwankt zwischen Konsolidierung und Perversion. So knüpfen die in der Kunst konstruierten Wunschmaschinen Netze des Unerwarteten, sie ziehen Schwellenlinien, sie fluten, überfluten, sie zerbrechen, sie sind kreativ, zerstörerisch, von Thanatos und Eros gleichermaßen als Teile eines Immanenzplans modelliert: „Wechselbeziehungen zwischen entfernten Ereignissen können auftreten, lokale Ab-

weichungen pflanzen sich durch das ganze System fort: ein Matrixzustand, in dem sich die Fluktuationen verstärken, und aus dem Dinge geboren werden.“ (Prigogine, I. / Stengers, I. / Pahaut, S: *Die Dynamik von Leibniz zu Lukrez*, in: Serres, Michel: *Anfänge*, a.a.O., S. 58.)

Diese Matrix gehört zu einem Immanenzplan, der eine „einzigste Natur für alle Körper, eine einzige Natur für alle Individuen“ betrifft, „eine Natur, die selbst ein auf unendlich viele Weise variierendes Individuum ist, das ist nicht mehr die Affirmation einer einzigen Substanz, das ist die Aufdeckung eines gemeinsamen Plans der Immanenz, in dem alle Körper, alle Seelen, alle Individuen enthalten sind.“ (Deleuze, Gilles: *Spinoza, Praktische Philosophie*, übers. v. Hedwig Linden, Berlin 1988, S. 162.)

Die elektronische Kunst, die ein Territorium prozesshafter Montage schafft, entspringt einer Deterritorialisierung, die sie reterritorialisiert, in diesem Vorgang aber wieder einer Deterritorialisierung zustrebt – sie konfrontiert uns mit einem Prozess, der sich nicht geradlinig und eindeutig vollzieht und ausschließlich der Mathematisierung unterworfen werden müsste, sondern gerade die Technologie als „subjektive Veranstaltung“ umschlagen lassen kann in ein produktives Naturselfstverhältnis, bestehend aus fragmentierten, sich auflösenden und neu formenden Subjekt-Objekt-Splittern, Verkettungen des Natürlichen und des Künstlichen, die einer Natur zugehören, die man nicht nur finden, sondern erfinden muss. Was die virtuelle Realität erforscht – (und hier trifft sie sich wesentlich mit einer Grundfrage der Ästhetik) – ist eine neue und andere Darstellungsweise, die auch das Verhältnis von Produktion und Rezeption verändert – beide können nicht mehr trennscharf unterschieden werden. Produktion und Rezeption als Vernetzung des Heterogenen bleiben Herstellung, ohne allerdings, dass diese sich im Sinne eines leeren Fortbewegens zum Selbstzweck würde. Was entsteht, sind Plateaus, die interagieren. „Ein Plateau stellt [...] eine immanente Synthese dar [...]. Als solche ist es zunächst Verkopplung zweier Ströme, energetische Stromentnahme, durch die die Potenz der beiden Kräfte gesteigert wird, (spinozistisches) Bewusstsein des Mehr-Seins im Genuss“ (Villani, Arnaud: *Physische Geographie der Tausend Plateaus*, in: *Karten zu Tausend Plateaus*, Berlin 1993, S. 26.)

Diese Form der Darstellung kreiert synästhetisch eine Art Musik als abstrakteste ungreifbarste und doch naheste Kunst. Sie schafft eine Energetik-Partitur, die der spiegelspekulativen Falle entkommen kann, etwas jenseits von Sinn und Bedeutung schafft, insofern sie selbstevident ist, – Zeitkunst, die die Zeit nicht mehr als formalistisches Schema wiederholt, sondern individuiert. Ist das gleichbedeutend damit, den Tod Gottes durch eine Hypertrophierung menschlicher Naturbeherrschung zu kompensieren? Ausdruck eines hybriden Machbarkeitswahns? Handelt es sich hier um ein Ritual, eine Messe, ein Festival und Schauprozess der Selbstherrlichkeit naturbeherrschender Vernunft? Was ist, wenn man den Stecker zieht? Die mediale Kunst würde in sich zusammenbrechen, die Lichter gingen aus, Stunde Null, GAU der Kunst. Anders formuliert, besagt dieses Argument: Weil diese Kunst keinen Bestand hat, es ein Leichtes ist, sie zerplatzen zu lassen, deswegen ist sie wertlos. Sie müsste fundamentaler sein, back to the roots. Doch hat es eine solche Kunst nie gegeben, und ist einer einmal durch die ästhetische Erfahrungslandschaft gegangen, hat er immer eine Stunde Null erlebt. Abgesehen davon, dass die Möglichkeit, den Stecker zu ziehen, eine durchaus sympathische Freiheitsoption darstellt, jede Kunst beginnt bei dieser Stunde, in einer Antarktis der Zeit, und zieht man den Stecker, wird man eine nächste Stunde Null gebären.

2.

Die große technologische Revolution der Erzeugung virtueller Welten, in der sich unsere Gesellschaft heute befindet, stellt die Kunst vor neue Herausforderungen, die sowohl ihre innere Konstitution als auch ihre Position innerhalb der gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse betreffen. Die wesentlichen Veränderungen in unserer Gesellschaft und ihre Folgen lassen sich unter folgenden technologischen, ökonomischen und ästhetischen Gesichtspunkten zusammenfassen.

1) Festzustellen ist die Ablösung einer holistischen Sicht durch eine der Collage von Fragmenten. Dies hat Auswirkung auf Identitätskonzepte, bzw. leistet einer Schizoidisierung der Gesellschaft und des Einzelnen Vorschub. Ebenso wirkt sich dies auf ästhetische Ansprüche aus. Nicht mehr die organi-

schen Formen und ein linearer und hierarchischer Duktus herrschen vor, sondern das Punktuelle, Gestückelte, die „verrückten“ Anschlüsse, eine Ästhetik der „Wunschmaschinen“ und vor allem das Schwinden eines Anspruchs auf Dauerhaftigkeit.

Das Individuum spaltet sich in ein Dividuum unterschiedlicher Teile, und das Bedürfnis nach Spaß weist auf der anderen Seite darauf hin, dass sich die Organisation des zerstückelten Lebens in der postindustriellen Leistungsgesellschaft härter und ausbeuterischer ausnimmt, als es den Anschein hat, dass es – wo noch die Utopien von 68 das Paradies auf Erden nahe sahen – wieder einen veritablen „Kampf ums Überleben“ gibt.

2) Einen weiteren Punkt stellt die Universal-Semiotisierung aller Inhalte in Form von Bits als „digitalem Geld“ dar. Allerdings kommt es bei der Universalcodierung gegenüber dem Geld zu einer weiteren Überspitzung – die Semiotisierung selbst ist rein virtuell, die Zeichen sind – nicht wie das Geld – entmaterialisiert und dem Binärcode unterworfen (0 und 1). Das „digitale Geld“ wird reines Geld.

„Der Austausch von bits verwandelt nicht mehr Produkte in Waren, sondern die Realität in Zeichen.“

Die Ablösung des Geldes durch digitales Geld hat eine letzte Entsinnlichung der Ökonomie zur Folge: „Das schwere Geld und die klingende Münze gehören einer taktilen und auditiven Kultur an. Gold ist in Barrenform sogar Weltgeld. [...] Demgegenüber ist das elektronische Geld analphabetisch und international.“

Wird Geld zum reinen Zeichen, so bedeutet dies in den Zeiten der siegreichen Ökonomisierung eine Tendenz zur Totalsemiotisierung aller gesellschaftlichen, künstlerischen, politischen Inhalte. Alles, was sich dieser Tendenz entzieht, wird dem gesellschaftlichen, eigentlich wertlosen Ornament zugeschlagen, das man sich eben leistet oder aber ignoriert. Ein weiteres gewichtiges Problem, das hierdurch entsteht, ist, dass auch die Kunst wesentlich mit Zeichen arbeitet – was früher mit dem Geld als Material nicht der Fall war –, es wird also schwieriger für die Kunst, ihre Zeichen von den ökonomischen Zeichen abzuheben, bzw. ihre eigene Zeichensprache zu behaupten.

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass über die Technologisierung der Kunst sich die technologische Industrie in künstlerische Prozesse immer massiver einklinkt, dass unter dem technischen Aufwand die eigentliche inhaltliche Arbeit erstickt. Beide Beispiele stellen so etwas wie eine immanente Vereinnahmung der Kunst durch die Ökonomie dar.

Der Tatsache, dass die Kunst zum indirekten Werbeträger der Industrie wird, kann man nur durch eine Unabhängigkeitsgarantie begegnen. Und das scheint durch eine Abkoppelung der Kunst von der öffentlichen Hand und einer Ankoppelung an die Privatwirtschaft nicht gewährleistet, da diese – bei allen guten Absichten, die es hier und da geben mag und gibt – wohl oder übel in eine Abhängigkeit gerät, die über kurz oder lang Inhalte und Formen beeinflussen und die Unterwerfung unter eine krude Kosten-Nutzenrechnung vorantreiben wird.

3) Zusätzlich ist eine Verdampfung der Realität in virtuellen Bildern zu erwarten.

„In der historischen Kette der Abstraktionsmuster [...] ist ein Gipfel der Macht erreicht: die Bildabstraktion, in der anstelle der Dinge und Menschen Bilder von Dingen und Menschen grassieren. Sie ist die wirksamste, da sie nicht unterdrückt, sondern entfesselt. Das heißt: übervolle Bildflächen und Bildschirme, zugleich leere, tote Räume. Aber die Hochwertung der Bilder und Zeichen ist unabdingbar eine Verachtung der Dinge. Der triumphale Sieg über das, was ist, erweist sich als schlimmste Niederlage. Bildermachen ist zuletzt Körpertöten – ein perfektes Verbrechen. Die wichtigste Frage der Zeit lautet: Was wird mit den Leichen?“

Die hochkomplexe Subtilität der technischen Neuerungen (und damit einhergehend eine gesteigerte Störanfälligkeit – nach dem Motto: „Die Katastrophe lauert überall“) geht mit dem Bedürfnis der Menschen nach elementaren Basiserfahrungen einher. („Was ist nach der Katastrophe?“) Dem gegenüber steht ein alberner Körperkult, der sich in body-building, Fitness-Urlaube oder sich in, in ihrer Beliebtheit steigenden, Schönheitsoperationen manifestiert. Ja sogar Piercing und Tätowierung scheinen ein archaischer Rückgriff, um noch einmal zu spüren bzw. zu markieren, dass es da noch so etwas wie Fleisch gibt.

Die zunehmende Anonymität des einzelnen wird durch ein medial-virtuelles Persönlichkeitsdesign ersetzt. Dieser Umstand macht es schwierig, ein Publikum zu definieren. Spricht man die Masken an? Spricht man den Anonymen dahinter an, – und kann man das überhaupt? Oder heißt es nicht vielmehr für die Kunst, dass sie hinter den Masken den Anonymen suchen muss? Und würde das „werbetechnisch“ nicht bedeuten, dass man nicht jemanden einfangen muss, sondern erst einmal überhaupt wieder finden und immer wieder neu finden bzw. erfinden muss? Und ist dies nicht das, was die Kulturinstitute im Moment beschäftigt – die Suche nach diesem neuen undefinierten Publikum?

4) Als letzter Punkt wäre die Ersetzung einer eher lokalen durch eine globale Kultur zu nennen. Allerdings steht zu befürchten, dass das „globale Dorf“ Provinz bleibt.

„Das, was Immanuel Kant noch als Substanz von Kultur begriff, gerät dabei aus dem Blick: die Selbst-Kultivierung und Moralisierung der Menschheit, die vernünftige Zielbestimmung gesellschaftlichen Handelns aller selbstbestimmten Subjekte. Kultur als regulative Idee scheint heute diskreditiert, denn diese Idee lebt vom Unterscheiden und Bewerten. Das verträgt sich nicht mit kultur-relativistischer Beliebigkeit. Mehr noch: In der ‚Weltkultur‘ selbst steckt auch ihre virtuelle Selbstzerstörung. Denn die Neutralisierung des Kulturbegriffs, der alles gleich gilt, und die ‚globale Kulturindustrie‘ (Scott Lash) ebnen die Differenz ein, die Kultur vom entfremdeten Reproduktionsprozess der Gesellschaft immer auch getrennt hatte.“

Politik wird in einer Mischung aus Management und Entertainment betrieben. Dies ergibt sich aus der Tatsache, dass mit der steigenden Komplexität der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen innerhalb des „globalen Dorfes“ weniger Gestaltungswille als eine möglichst pragmatische Erledigung anfallender Probleme gefragt ist – kurz man reagiert mehr als man agiert und steht dabei innerhalb einer medienträchtigen Demokratiemechanik unter dem Zwang, dies möglichst populär zu verkaufen. Man kann sich vorstellen, welchen Anpassungszwängen einer solcherart gestrickte Kulturpolitik ausgesetzt ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich hier ein ganzer gesellschaftlicher Zustand verändert, ja ein neues Menschenbild entsteht:

Ein anonymer Maskenmensch mit verwaistem Körper sucht in einer delokalisierten Welt, deren Globalität sich hauptsächlich über elektronische Daten herstellt und unter dem Diktat einer immer härter werdenden Praxis der Profitmaximierung steht, Andockstellen. Klar ist auch, dass die Kunst hier mit neuen und anderen Voraussetzungen umgehen muss. Zwar muss Kunst weiterhin kritisch bleiben, weiterhin in ausgegrenzte Bereiche vordringen, weiterhin Fragen stellen, experimentieren, unser Wahrnehmungsvermögen steigern, weiterhin gesellschaftliche Entwicklungen reflektieren oder antizipieren, weiterhin minoritär, außenseiterisch oder speziell sein dürfen. Aber alle diese Intentionen sind – was die Formen, die Orte, die Funktion von Kunst und die Definition ihres Publikums betrifft – mit neuen Inhalten zu füllen. Das Zusammenrücken von Kunst, Ökonomie und Gesellschaft lässt Schnittstellen entstehen, die die Frage nach einer möglichen zukünftigen Programmatik der Kunst eröffnen.

5. Kunst/Konsum

Kunst hat damit umzugehen, dass sie – vom Klobürstendesign bis zu den Blumenarrangements in einer Sparkassenhalle – von aller Welt für sich reklamiert wird. Auch die Werbung entwickelt sich zur Kunstsparte. Kunst wird zum positiven Reizwort für den Verkauf von Produkten. Das berühmte E (des Ernstes) verschwimmt sich mit dem nicht minder berühmten U (der Unterhaltung). Lebensformen erheben den Anspruch darauf, künstlerisch zu sein. Der übergeordnete Kulturbegriff erlebt eine Inflation (Esskultur, Gesprächskultur, Reisekultur, Managerkultur, Beziehungskultur usw.). Kunst und Kultur werden hier zur Banalität verwässert, einem vulgärdemokratischen Anspruch ausgesetzt, der in Wirklichkeit ein vulgärkonsumistischer ist. Die Nachfrage bestimmt auch hier das Angebot, wobei dieses Gesetz selbst schon in hohem Maße „gemacht“ wird, sprich, eine Sache geschickter, dennoch massiver Manipulation geworden ist. Während die Politik die Ökonomisierung aller Lebensbereiche und darin auch der Kunst fordert, und die Wirt-

schaft von ihrer Seite her die Kunst und die Kunstvermittler erpresst oder zumindest für sich nutzt, bleibt womöglich die Kunst auf der Strecke. Die Kunst wird hier von zwei Seiten in die Zange genommen. Der ökonomische Anspruch auf Verkauf lässt die Kunst zum Kollaborateur des eigenen Niveauverfalls werden. Ihre Erpressbarkeit stellt sich nicht mehr als „Friss oder stirb“, sondern als „Friss *und* stirb“ dar. In die Enge getrieben ist vielleicht die gerade dadurch geforderte Gratwanderung – der riskante Weg zwischen Reflexion und Event – die neue Dimension, in der Kunst sich entfaltet. Dass alles Kunst geworden ist oder wird – sogar die computeranimierten Bombardierungs-Bilder aus dem Irakkrieg – mögen Optimisten als Sieg der Kunst bezeichnen, nur ist dieser Sieg ein Synonym für den der Ökonomie. Lassen sich die Gesetze der Ökonomie mit den Bedürfnissen der Kunst auf lange Sicht vereinbaren? Oder ist es gerade die Differenz, die beide in ein zumindest produktives Wechselverhältnis stellen kann? Kann man mit Kunstmogelpackungen auf Dauer Neugierde, Reflexionsbedürfnis und Erkenntnisdrang der Menschen wirklich aufrechterhalten bzw. befriedigen? Es liegt daher nahe, dass man alte Formen nicht einfach suspendieren, sondern modifizieren und erweitern sollte, d.h. der besondere Diskurs, den die Kunst unterhält, nicht gekappt, sondern aufrecht erhalten werden muss mit allen Unverständlichkeiten und Verrücktheiten, aus denen doch neue Entdeckungen und Entwicklungen hervorgehen können.

Es sollte nicht vergessen werden, dass qualitätsvolle Kunst immer elitär gewesen ist und zwangsläufig sein musste. In keiner historischen Epoche gab es Kunst für die breite Masse. Dennoch hat sie oft Nutzen gebracht, indem sie a posteriori Bewusstseinsänderungen bewirkte und Allgemeingut wurde. Solche „schwierige“ Kunst durch indirekte Zensur zu verunmöglichen, würde sich der Kunstpolitik des Faschismus nähern. „Entartete Kunst“ wurde ausgesondert, eine populistische „Volkskunst“ als Monumentalkitsch verordnet. Zwar stellt sich dies heute unter dem Deckmantel des „ökonomischen Sachzwangs“ anders dar, im Resultat jedoch bleibt wenig Unterschied.

6. Kunst/Ort

Die klassischen Orte der Kunst wie Museen, Theater oder große Konzertsäle verlieren zunehmend ihre Bedeutung als Mittelpunkte des Kulturlebens. Das liegt zum Teil an der Verknappung öffentlicher Mittel, in deren Folge sich die Privatwirtschaft künstlerischer Projekte annimmt, sie aber an für sie werbe-technisch nützliche Orte verpflanzt, zum anderen aber auch an der Veränderung von Kunstformen und -praktiken. BMW oder Prada schaffen zum Zwecke der Promotion ihrer Waren kulturelle Zentren, Räume, die schnellstens in Museen oder Theater-räume umfunktioniert werden können, in denen das *shopping* mit Galerien und theatralen *performances* garniert wird. Demgegenüber kommen die eigentlichen Museen und Festivals ohne das Angebot von Festen und Partys finanziell nicht mehr über die Runden. Teils aus der Not geboren, teils bewusst konzipiert, scheint Kunst heute überall blühen zu können. Auch dies ist zweischneidig „Kunst am Bau“ ist meist schuldbewusstes Dekorationsmittel, das zur Verschönerung hässlicher Bau-stellen dient, selten integriertes Bestandteil, das etwas darüber aussagt, wer für wen zu welchem Zweck hier baut.

Kunst als integrativer Bestandteil des Alltags wird immer mehr zur Kunst „in Anwendung“, zynisch gesagt – eine Sparte des Dienstleistungsgewerbes.

Es verschiebt sich damit die Frage nach dem Ort auch zu der nach dem Nicht-Ort. Sind das Internet oder andere virtuelle Medien als Errungenschaft der großen technischen Industrie noch ein wirklicher Veranstaltungsort oder eher ein Nicht-Ort, ein- und abschaltbar, auf empfindlicher Datenbasis gebaut, immateriell und flüchtig, dabei aber auch unendlich flexibel und verwandlungsfähig, große Distanzen überwindend und fähig zu ungeahnter Simultaneität, also fähig, an vielen Orten zu gleicher Zeit zu sein? Allerdings lässt diese Entwicklung auch die Frage nach dem Verschwinden akut werden. Gibt es Orte, wo man sein kann, indem man nicht da ist, sprich – nicht wahr-genommen, nicht registriert, aber dennoch gegenwärtig ist? Gibt es Orte, an denen man clandestin werden kann? Gibt es Orte, an denen eine Ästhetik der Abwesenheit möglich ist?

Nach all diesen Fragen scheint es obsolet, Orte zu schaffen, an denen sich so etwas wie eine kulturelle Identität herausbil-

det, es reicht schon, Orte zu schaffen, die Durchgangshäfen sind. Rangierbahnhöfe für verschiedenste künstlerische Ansätze, ein Forum als Kreuzungspunkt experimenteller Formen, kritischer Reflexion und riskanter Grenzgänge, ein verbindendes und verbindliches Terrain, das durch die verschiedenen künstlerischen und intellektuellen Zusammenflüsse erst geschaffen wird. Orte, die Synapsen bilden zu Netzwerken, die erst durch solche Synapsen entstehen.

7. Kunst/Zeit

Zeit ist wahrscheinlich zur größten Produktivkraft der großen Industrie geworden. Je schneller produziert, verkauft und reproduziert werden kann, um so besser die Profitchancen. Man kann dies jeden Tag am hektischen Theater der Börse beobachten. Zeit zu haben, ist wahrscheinlich der größte Luxus, den man sich leisten kann, es sei denn, er ist ein erzwungener. Die Computertechnologie ist vor allem ein Zeitraffer, ein Superkatalysator für die Mehrwertproduktion. Diese Zeit ist – wie Virilio sagt – eine Kriegsmaschine. Dies schlägt sich auch in Ansprüchen und Erwartungen an die künstlerischen Darbietungen nieder. Kunst soll möglichst schnell gehen, d.h., vor allem zude gehen, in kleinen hastig verschlingbaren Happen portioniert sein, rasch Platz machen für wichtigeres, kurzum der Rezeptionsweise des „zapping“ angepasst sein. Es entwickelt sich ein „Kult der Flüchtigkeit“, der das längere Verweilen an einem Ort, die Versenkung in ein Bild, in einen Text, in eine Musik nicht mehr erlaubt. Keinen schnellen Anschluss an etwas anderes als „jetzt gerade“ zu bekommen, scheint die akuteste Metapher für Einsamkeit zu sein. Demgegenüber steht „die Entdeckung der Langsamkeit“, die die Kunst für sich nutzt, um in ihren Projekten Geduld zu fordern, die Möglichkeit eines – frei nach Kleist – allmählichen Verfertigens von Gedanken beim Zuschauen und Zuhören zu fördern oder ein Spiel zwischen verschiedenen Zeiten zu ersinnen, wo das Bewusstsein dafür geschärft wird, dass Zeit eine Erlebnisqualität ist und keine ein-sinnige Umrechnungstabelle für Mehrwert. Auch dies wird möglich mit Techniken der Virtualität. Die Zeit als etwas Fließendes, Tragendes und Qualitatives und nicht Quantitatives wahrzunehmen, als etwas, was zehren und nähren kann, und

vor allem was eine Zeitindustrie mit uns anrichtet, erkennen zu können, dürfte eine wichtige Angelegenheit der Kunst sein – zu lernen, dass es gerade nicht darum geht, Zeit zu haben oder nicht, sondern Zeit zu sein.

8. Kunst/Kunde

In der stets wachsenden Kulturindustrie ist es längst nicht mehr unschicklich, von Kundschaft zu sprechen, wenn man Publikum meint. Ob Theater oder Museum – es werden auch hier Marktanalyse, Zielgruppendefinition und Verkaufsstrategie betrieben. Das bürgerliche Bildungspublikum hätte es wohl schlecht vertragen, sich als Kulturkonsumenten bezeichnet zu sehen. Der Tatsache, dass es das Bildungsbürgertum mit seinen ästhetischen Vorgaben und Erwartungen bald nicht mehr geben wird, gibt jedoch kein Anlass zur Trauer. Weder hat Kunst vornehmlich ein moralisches Anliegen, noch steht sie für das „Schöne, Wahre und Gute“. Letzteres übernimmt eher – ironisch – die Werbung. Die heute grassierende Spaßkultur ist auch keineswegs ein Gegenprogramm, sondern nur die Kehrseite ein und derselben Medaille. In einer Tiefenschicht ist der bürgerliche Bildungsgedanke autoritär und führt am anderen Ende – wie Herbert Marcuse gesagt hat – zu einer repressiven Entsublimierung – d.h. zum verordneten Spaß, der schnell in Gewalt umschlagen kann. Erbauung, Rührung, Belehrung weichen dem Spaß – allen gemeinsam ist, dass sie wirkungslos bleiben. Er ist sozusagen Ergebnis einer Dekonstruktion, ohne dass eine Rekonstruktion in etwas Neues geschehen wäre.

In Zukunft wird man es mit einem Publikum zu tun haben, das sich tatsächlich als Kunde und Konsument versteht, dies durchaus souverän und nicht passiv. Dies Publikum ist vielfältiger, bunter und offener, doch ohne Garantie auf Kontinuität. Es wird sich schneller wandeln und mit ihm werden sich auch die Bedürfnisse wandeln. Kunst bemüht sich im Zuge dessen, aus den tradierten, elitären Bereichen herauszutreten und an dieses Publikum heranzukommen, indem sie mit dieser Schnittstelle arbeitet, sich der Ökonomisierung aussetzt. Damit Kunst aber wirksam wird und die Eingriffe deutlicher wahrnehmbar werden, muss das Zwiegespräch zwischen Kunst und Kunde notwendiger Bestandteil eines lebendigen, streitbaren und fle-

xiblen Diskurses werden. Kunst garantiert den kontinuierlichen Diskurs, ist aber nicht mehr identitätstragende oder -stiftende Instanz.

Bedenkt man die Komplexität, die die beschriebenen Schnittstellen mit sich bringen, und wie viel Raffinesse, Wachheit, Beweglichkeit und List vonnöten sind, um diesen zu begegnen, liegt es nahe, dass Kunst hier nicht „einfach“, schon gar nicht einfältig sein kann. Doch kann die Verflechtung der Kunst mit den ökonomischen Vorgaben auch nicht mehr nur mit einer kritischen Attitüde pariert werden. Vielmehr bietet sich eine Strategie an, die die Gegebenheiten nicht von außen attackiert sondern *mit* ihnen arbeitet, um sie zu verändern, umzuformen und die Zweckentfremdung rückgängig zu machen. Nicht ein Großangriff in Form einer verallgemeinernden Ökonomisierungskritik ist gefragt, sondern der Einsatz kleiner trojanischer Pferde, die an der Schnittstelle von Kunst und Ökonomie neue Anschlüsse schaffen könnten, sozusagen eine Rhizomatik als Gegenentwurf.

Die Zeitlichkeit der Bilder

Zum Wandbild von Jerry Zeniuk

„Man spricht nur gut über Kunst vor Bildern“ (P. Cézanne).

Malen ist das allmähliche Verwandeln eines Bildes in der Zeit.

Was ist Betrachtung?

Das Wandbild von Jerry Zeniuk ist vorhanden. Ich kann mich vor ihm bewegen, ich kann sehen und erinnern. Gemeinsames Betrachten ist ein zusammenfinden verschiedenen Sehens festlicher Divergenz. Das Bild schreibt also nicht zwingend vor, wie wir es zu sehen haben, zeigt keine Wege, denen wir unbedingt folgen müssen.

Doch es ist ja deutlich vorhanden, ist ausformuliert, zeigt aber in seiner Struktur ein nichthierarchisches Hier und Dort, ein räumliches Nebeneinander und lädt dadurch ein zu Lektüre und Sprung. Ich werde mich vor dem Bild auf- und abbewegen.

Zeit ist das Vorher und Nacheinander. Wir unterscheiden grundsätzlich das Nacheinander der Bildentwicklung von dem Nacheinander der Bildlektüre.

Kunst ist nicht die direkte Mitteilung der Bildgedanken eines Autors an ein Publikum.

Wie auch immer.

Mit täglichen Phasenfotos hätte man die Bildentwicklung dokumentieren können. Ich nutze ein vorhandenes Schwarzweiß-Foto, um den Ort des Beginns zu belegen und etwas über die Konzeption zu zeigen. Zeniuk hat im linken Bildfeld begonnen. Wir finden verschiedenartige Pinselzüge, das eigenartige Permantrosa schon im Beginnen irreguläre Kopplungen. Das früh auftauchende intensive Rot wird sogar schon von Grün begleitet. Das wiederkehrende Gelb hat strukturgebende Funktion und bestimmt die Ikonographie des Ganzen.

Wir finden in der Eröffnungsphase schon Übermalungen.

Besonders erhellend und einleuchtend ist die Verwendung des Weiß in dieser Phase, das den hellen Bildträgern nicht als Untergrund für die Intensitäten belässt, sondern das Bild als



Jerry Zeniuk, Galerie Rabus, Bremen

ein schwingendes Raumfeld bestimmt. Wir sehen, das ist keine puristische Farbkonzeption. Das wird deutlich, wenn wir die ausschließliche Verwendung primärer Grundfarben bei Piet Mondrian zum Vergleich heranziehen.

Konzeption und Wirkungsweisen lassen sich natürlich nicht trennen. Es wirkt die schwebende Rhythmik im linken Teil des Bildes wie ein Rücklauf in der Zeit, solche Konnotationen sind erlaubt, es gibt ja solche Vorstellungen in der Physik.

Damit sind wir schon in die Lektüre des Bildes, in die Zeit der Betrachtung eingetreten. Sie hat die Tendenz die Augenblicke zu dehnen.

Wir sehen Farbkombinationen, Motivgruppen, konkurrierende Elemente, Markierungen. Es zeigen sich Formrelationen, Zonen. Wir sehen Entwicklungen, Wiederkehr, Wege und Rhythmen. Kein Bildort ist gleich. Dem korrespondiert die Zeitlichkeit des Bewusstseins, eine Zeit differenter Augenblicke; man kann gar nicht lange das Gleiche sehen. Einfälle und Fragen sind jetzt willkommen, auch Fragen, die nicht auf Begründungen aus sind.

„Dort wo nichts steht, kann etwas hingeschrieben werden. Dort wo etwas steht, könnte auch nichts stehen“. Das Gefühl, dass alles anders sein könnte und das Gefühl einer malerischen Logik erfreuen sich einer Gleichzeitigkeit.

Der Bildraum scheint durchweg expansiv gebildet, die Frage ist selbstreferentiell. Rot will dieses Rot sein, hat sich selbst zum Thema. Die Eigenwilligkeit der Farbe bestimmt den Raum mit und ist Moment im Diskontinuum des Bildganzen.



Was diese Malerei alles nicht will, ist bekannt. Sie möchte keine Innenwelt und keine Außenwelt, keine Expression und vor allem keine Darstellung.

„An der Null, dem Zeichen für die Leere (für die Abwesenheit eines Zeichens) konnte der Schriftaspekt aller Operationen untersucht werden, der für moderne Logiken so wichtig ist.“ (Dirk Baecker)

Die Abwesenheit des Darstellerischen macht den operationalen Aspekt des Malens zum Thema.

Man kann leicht erkennen, wie die Ränder der Farbsetzungen unregelmäßig geformt sind und ihre Expansionen und Bildung nachvollziehen, ihr zeitliches Werden im Raum.

Man kann darüber nachdenken, ob und in welcher Weise das Prinzip Schrift für die Zeitlichkeit des Raumes, sowie für die Zeitlichkeit der Lektüre jeweils bestimmend ist.

Wie kommt Zeniuk zu dieser Konzeption?

In einer Einzelausstellung in der Bremer Kunsthalle 1980 konnte man seine Entwicklung verfolgen. Der Weg von einer Nullposition der Monochromie zu einer Entfaltung der Farbe führt über verschiedenen Stadien. Man kann diesen Weg auch als Fragen an die Malerei beschreiben. Vielleicht als Suche nach einem Anfang, einem Fundament oder auch nach einer Negation. Die Aufhebung aller Differenzen des Bunten zum monochromen Grau ergibt aber nicht Nichts, sondern ein positives Etwas. Die Tafel wird der Gegenstand.

Aus europäischer Sicht ist diese Differenzen aufhebende Monochromie ein radikalisiertes Informell. Ein zum Schweigen

gebrachtes Bild, ein grauer, vielleicht geschundener oder auch glänzender Gegenstand.

Brice Marden hatte im schichtenden Malen bis zur Unterscheidungslosigkeit eine Bildstelle unbearbeitet gelassen und dadurch die Zeitlichkeit der Schichtungen (ihre Geschichte) spürbar werden lassen. Ist das entstehende Loch wiederum ein Gegenstand, durch Abwesenheit malerischer Aktion?

Der sichtbare Dialog mit dem Bildträger bedeutet eine Darstellung von Bildmaterie als Zeitlichkeit.

Ich denke man kann Folgendes erkennen: Zeitlichkeit in der Malerei ist ohne Räumlichkeit nicht sichtbar zu machen und Räumlichkeit arbeitet zumeist mit Methoden der Entgegenständlichung. So kann man die monochrome Malerei als Definition eines Nullpunktes beschreiben, denn die Null definiert sich als eine Relation zu Etwas.

Die Entwicklung von Jerry Zeniuk ist in der Folge durch zunehmende Differenzierung gekennzeichnet, Farbe unterscheidet sich, es treten Verteilungsmuster auf, Zuständlichkeiten, klangbildend, raumbildend. Mit dem Abnehmen der Unentschiedenheit wird die Farbe zunehmend eigensinnig, richtet Räume auf oder durchquert sie.

Interludium.

Ich hatte in den letzten 3 Monaten einen Arbeitsaufenthalt in Paris, und ich hatte auch die schöne Gelegenheit, dort meine Gedanken in die vielbesuchte und großartige Ausstellung von Picasso und Matisse hineinzutragen. Die Konzeption dieser Ausstellung war, beide Meister dialogisch zu vereinen. Durch gute Hängung nach optisch ästhetischen Gesichtspunkten entfaltete sich ein „Theorieraum“ in welchem jeder der beiden Maler neu aussah. Wir wollen jetzt an Matisse und Picasso denken und etwas Allgemeines formulieren: Durch Umformung beginnt die Malerei sich selbst zu erkunden. Die Daseinsfreude, die aus den Motiven und aus der Sinnlichkeit der Malerei spricht, teilt sich auch in den Wandlungen mit. Die Farbmaterie bezieht sich auf die Oberfläche ohne flach zu werden. Sie wird präsentisch als Paste, Stoff und Klang. Die Gegenstandsbegriffe vervielfältigen sich durch ein ununterbrochene gegenständliche Tätigkeit der systematisch topologischen Grenzverschiebungen. Diese gegenständlich-räumliche Arbeit durchdringt die

Gleichung aus Figur und Geometrie als ein Wiederholungsprinzip. Man kann auch sagen als ein landschaftliches Prinzip.

Ich denke, ich kann jetzt wiederum auf das Wandbild von Zeniuk blicken, von dem wir uns ja nicht abgewandt haben.

Ich stelle die Frage nach der Ikonographie des Ganzen, intuitiv hat sie sich eingestellt und sie bleibt bestehen wie eine folgerichtige Entdeckung und bietet sich zu einem Vergleich an. Ich denke an das letzte vollendete Werk von Piet Mondrian, das „Broadway-Boogie-Woogie“ heißt. Ich habe dieses Werk oft aufgesucht und sehr oft untersucht. Seine Bahnen bildende, erregende, zeitliche Kinetik ist konzipiert als Besetzung eines Raumgitters.

Wiederholung und Differenz sind auch in dem Wandbild Zeniuks das raumschaffende Prinzip. Durch ästhetische Rückbezüge, durch Öffnen und Schließen, wird der offene Raum bei Zeniuk expandierend entwickelt. Das durchlaufende Gelb gibt dem Weiß seine Helligkeit. Es gibt Diffusionen und Engführungen.

Ich schließe mit der Feststellung, daß die zeitliche Formung der Farbe nicht nur als Varianz angesprochen werden sollte, sondern dass sie auch in den Bereich des Imaginativen und Ideographischen vordringt.

Heterogene Singularitäten, ohne schon einer Alphabetisierung zu gehorchen, schaffen ein „Oberhalb“ und ein „Dazwischen“, schaffen Durchwanderungen und Interpretationen. Es beginnt eine Ideogrammatik der Zeit. Das alles sind Entdeckungen im Felde der Malerei als Malerei, die hiermit nicht erklärend abgeschlossen sein sollen.

Das Unbehagen im Postfeminismus

Was immer von der Postmoderne geblieben ist: Die Gender Studies waren mit Sicherheit ihr erfolgreichstes Projekt. Kein Curriculum einer modernen Universität, von Bochum bis Berkely, kommt heute ohne sie aus. In den USA hat sich das Gender-Konzept längst bis in die Rechtsprechung durchgesetzt, und nicht nur die EU, auch die Heinrich Böll Stiftung bekennt sich mittlerweile zum sogenannten Gender-Mainstreaming, auf das ich noch zurückkommen werde. Keine andere Idee der siebziger und achtziger Jahre war so konsensfähig wie die vom Geschlecht als sozialer Konstruktion.

Auf den ersten Blick hätte man diese Idee für eine konsequente Fortführung der sexuellen Befreiung betrachten können: Wenn das Geschlecht nicht biologisches Schicksal ist, sondern eine Vereinbarung zwischen den Menschen, bin ich frei, mich als Frau oder als Mann, vielleicht sogar als keins von beidem, oder vielleicht abhängig von der Tagesform oder dem jeweiligen Liebespartner zu definieren. Aber so war es nicht gemeint. Im Gegenteil. Gender, wie die Gender Studies es sahen, war nicht einfach das Geschlecht, sondern, mit Foucault gesprochen, ein Dispositiv der Macht: ein sozialer Zusammenhang aus Zuschreibungen, in den man hineingeboren wird und dessen Zwängen man hilflos ausgeliefert ist. Diese Zwänge sind gerade deshalb wirksam, weil sie nicht mit den klassischen Machtmitteln tradierter Unterdrückungsapparate arbeiten, sondern sich zuallererst im Individuum selbst abspielen.

„Gender“ wurde zum Leitmotiv, als die theoretisierende Linke nach 1968 einen Begriff suchte, mit dem sich der ganze Machtzusammenhang zwischen Sexualität und Patriarchat umreißen ließ. In den depressiven siebziger Jahren, als viele Aktivisten die ursprünglichen politischen Absichten der Protestbewegungen von 1968 aufgegeben hatten, setzte sich in weiten Kreisen die Vorstellung durch, die sexuellen Verhältnisse seien eigentlich Basis und Überbau zugleich. Vor allem die Frauen- und die Schwulenbewegung spitzten die Idee von der Politisie-

rung des Privaten dahin gehend zu, dass auch nur noch das Private eine Politisierung wirklich lohne. Zur Beschreibung sexueller Unterdrückungsverhältnisse wurden Vergleiche herangezogen, die bis dahin immer den großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts vorbehalten waren. Während der Schwulen-Aktivist Larry Kramer im Zusammenhang mit der medizinischen Versorgung Aids-Kranker von einem Holocaust an den Schwulen sprach, verglich Alice Schwarzer die Lage der Frauen mit der der Juden in den Konzentrationslagern – alle waren sie Opfer des patriarchalen Machtwahns.

Die Theoretisierung der Sexualität unter dem Aspekt der Macht- und Gewaltfrage, die in den siebziger und achtziger Jahren vor sich ging, verdrängte jede Rhetorik von der sexuellen Befreiung. Von „Sex“ ist kaum noch die Rede, jedenfalls was den akademischen Diskurs betrifft. Auch von Trieb, Bisexualität oder orgiastischer Potenz – von all dem also, was die Psychoanalyse einmal in den sozialwissenschaftlichen Diskurs eingebracht hat, und was von den Pionieren der sexuellen Revolution, wie Alfred Kinsey, in den Vordergrund gestellt wurde – spricht kaum noch jemand außerhalb der Sexualberatungsstellen. Der Psychoanalytiker Reimut Reiche hat herausgefunden, dass der Begriff „Gender“ das erste Mal 1955 von dem verhaltenwissenschaftlich orientierten Sexologen John Money verwendet wurde, als dieser beschreiben wollte, wie zum Beispiel Hermaphroditen mit unklaren Merkmalen des Körpergeschlechts trotzdem eine eindeutige Geschlechtidentität ausbilden können. Das Credo der gegenwärtigen Gender Studies besagt genau das Gegenteil: Wer behauptet, sich seiner geschlechtlichen Identität ganz sicher zu sein, ist bestenfalls naiv und schlimmstenfalls brutal – letzteres gilt natürlich vor allem für männliche Identität.

In den USA fand der Einzug der Gender Studies in die Alltagskultur in jenen Jahren unter dem Etikett der „Identity Politics“ statt. Die Berufung auf die eigene geschlechtliche oder ethnische Identität in politischen Auseinandersetzungen war im Einwanderungsland USA natürlich viel gängiger als in Deutschland, zumal sie dort auch an die Traditionen der Bürgerrechtsbewegung und den Kampf gegen Diskriminierung anknüpfen konnte. Die amerikanische Linke, von der wir das

Konzept der „Gender Studies“ geerbt haben, wurde durch diese Entwicklung in den sechziger, siebziger Jahren vor einer ideologischen Einbahnstraße bewahrt, hat aber zugleich auch erheblich an Wirkungskraft verloren. In seinem Buch „Achieving Our Country“ beschreibt der Philosoph Richard Rorty den Weg der alten, ökonomistischen Linken zur neuen, kulturalistischen, an Identität orientierten Linken als Perspektivenwechsel: War früher der Egoismus der Reichen das Angriffsziel, widmete sie nun dem Sadismus ihre ganze Aufmerksamkeit. Von Marx zu Freud, von öffentlichen Angelegenheiten zu privaten Dispositionen verschob sich der Blickpunkt. Unterdrückung war nicht länger ein Nebenprodukt der Ausbeutung, sondern Teil einer gesellschaftlichen Psychodynamik. „Die kulturalistische Linke“, so schrieb Rorty, „denkt mehr über Stigmatisierung nach als über Geld, mehr über tiefe und versteckte psychosexuelle Motive als über schlichte und offensichtliche öffentliche Gier“. Das Band zwischen der alten Linken und den Studenten, die vielleicht als einzige noch in der Lage gewesen wären, eine Regenbogenkoalition zwischen Organisationen der Schwarzen und den traditionell weiß dominierten Organisationen der Arbeiterbewegung zu erreichen, war zerrissen während des Vietnamkriegs, den Teile der alten Linken unterstützt oder zumindest ohne Proteste hingenommen hatten.

Die Reaktion auf diese Entwicklung – und das ist für die Wirkung der Gender Studies bis heute entscheidend – war, dass man ein Bündnis all derjenigen suchte, die sich keines imperialistischen Verbrechens schuldig gemacht hatten, und die irgend ein historisches Leid geltend machen konnten: die Sklaverei der Schwarzen, die patriarchale Unterdrückung der Frau, die Stigmatisierung der Homosexuellen und der Einwanderer aller Provenienzen. In der Gesellschaftsversion der Identity Politics ist Demokratie eine Angelegenheit von Gemeinschaften, die sich über ihre Kultur definieren. Kritik an den kulturellen Äußerungen eines anderen bedeutete deshalb immer die Infragestellung der Rechte und der Würde einer ganzen Bevölkerungsgruppe. Es ging nicht um die Durchsetzung irgendwelcher konkreten Rechte, sondern um den Respekt, der dem Leiden der jeweiligen Gruppe entgegengebracht wird. Damit war unter anderem die klassische Strategie der braven Schwulenbewe-

gung der fünfziger Jahre, auf höflichem Wege rechtliche Verbesserungen der Lage der Homosexuellen durchzusetzen, diskreditiert. Die Militanz der Bewegung nahm zu. Man ging dazu über, schwule Mitglieder der Bush-Administration zu outen, denn es ging um Identität als Politikum, die damit keine Privatsache mehr war.

Ihr akademisches Echo fanden die Identity Politics also in den Gender Studies, den Queer Studies, Black Studies, Asian Studies, Jewish Studies und so weiter. Es spricht für die Rationalität des deutschen Universitätsbetriebs, dass die letztgenannten bei uns noch immer in den ethnologischen oder theologischen Fakultäten untergebracht sind und bislang noch nicht notwendigerweise mit Loyalitätsgefühlen gegenüber bestimmten ethnischen Gruppen verbunden wurden.

Aber die Gender Studies, die gibt es bekanntlich, ebenso wie Frauenstudien, die gelegentlich auch hierzulande „woman's studies“ heißen. Wer sich beispielsweise das aktuelle Curriculum des Studienganges „Kulturwissenschaften“ an der Berliner Humboldt-Universität anschaut, findet Hauptseminare zu Themen wie „Perverse Pathologien“, „Primaten und das Weib“, in dem es um „King Kong und die weiße Frau“ und den Diskurs der Affenforscher geht, oder um die „Dynamik von Religion, Geschlecht und Sinnlichkeit“, bei dem Jeanne d'Arc und der Kindermörder Gilles de Rais als Prototypen moderner Geschlechtlichkeit und Lust behandelt werden.

Die Erfolgsgeschichte der Gender Studies ist bei genauerem Hinsehen eine große Überraschung. Meine eigene ursprüngliche Begeisterung beim Lesen der kanonischen Texte – Michel Foucaults „Der Wille zum Wissen“, seiner Geschichte der Sexualität, Jacques Lacans „Die Bedeutung des Phallus“ oder Judith Butlers „Gender trouble“ kann ich mir heute nur noch schwer begreiflich machen. Die Texte sind nicht nur, gelinde gesagt, etwas spröde um Umgang. Ihr Studium lässt den Leser mit einem Gefühl der Hoffnungslosigkeit zurück, eine diffuse Bedrohung und etwas wie Reue nach empfangener Strafe bleibt nach der Lektüre; man fühlt sich zurechtgestutzt, wie nach aufwühlendem Kirchgang. Eine der Lieblingsmetaphern der Gender Studies, die ja aus den literatur- und sprachwissenschaftlichen Abteilungen hervorgegangen sind, stammt aus

Kafkas „Die Strafkolonie“. Darin ist bekanntlich von einer Hinrichtungsmethode die Rede, bei der dem Verurteilten das von ihm übertretene Gebot mittels einer maschinell betriebenen Egge auf den Leib geschrieben wird. Er kann es erst lesen, als es schon zu spät ist, er schon zuviel Blut verloren hat. Sterbend erfasst er nur noch den „Schein dieser endlich erreichten und schon vergehenden Gerechtigkeit“. So ähnlich sehen die Gender Studies die soziale Konstruktion des Geschlechts: Eine anonyme Macht, deren Motive man nicht kennt, schreibt etwas in die Körper „ein“. Dieser Einschreibungsprozess ist ein mehr oder weniger subtil ausgeführter Gewaltakt, der einen paradisischen Zustand des geschlechtlichen Undefiniertseins beendet. Wer die entsprechenden Curricula studiert, wird einen erstaunlichen Hang zu sadomasochistischen Szenarien feststellen. Ein Kurs über Pornographie an der prestigeträchtigen Wesleyan University beispielsweise, der die Studenten 4000 Dollar kostet, ermutigt die Teilnehmer, beim Drehen eigener Pornofilme bis an die eigenen Grenzen und darüber hinaus zu gehen, was eine Studentin dazu veranlasst hat, sich von verlegen kichernden Kommilitonen mit einer neunschwänzigen Katze auspeitschen zu lassen.

Der Zustand, in dem das Kind lebt, bevor es eine geschlechtliche Identität erwirbt, war für Herbert Marcuse, den Lieblings-theoretiker der sexuellen Befreiung von 1968, noch ein Revolutionsziel, die zaghaft verheißene Perspektive einer möglichen Befreiung der Libido. Für die Nachfahren in den Gender Studies ist sie allenfalls der ferne Widerschein eines längst Verlorenen. Melancholisch war der Gestus, mit dem Michel Foucault die Tagebücher Herculine Barbins herausgab, eines französischen Hermaphroditen des 19. Jahrhunderts, der zunächst als weiblich im Geburtenregister verzeichnet und später, nach der verbotenen Liebesbeziehung mit einer Frau, als Zwanzigjähriger gezwungen wurde, sich einer Geschlechtsumwandlung zum Mann zu unterziehen. In Foucaults Darstellung, hinter der man tragische autobiographische Motive vermuten darf, erscheint Herculines durch Selbstmord beendetes Leben unterteilt in zwei Phasen: die Zeit vor und die Zeit nach der Machtübernahme des Zwangs zur (Hetero-)Sexualität. Man muss schon ziemlich mutwillig vorgehen, um, wie Foucault, aus den

gequälten Schilderungen Herculines über das ewige Anderssein als die anderen Mädchen im Kloster ein bukolisches Idyll frei flottierender Erregbarkeiten und ungeahnter Lüste herauszuphantasieren.

In seiner Geschichte der Sexualität versagt Foucault sich solche rousseauistischen Impulse fast gänzlich. Hier gibt es kein „vor dem Gesetz“ mehr, hier gibt es eigentlich überhaupt keinen Sex mehr, hier herrscht nur noch das „Sexualitätsdispositiv“, das die Körper bemisst, beobachtet, befragt und sich untertan macht. Geschickt ist es dieser Macht gelungen, die Dinge spiegelverkehrt aussehen zu lassen: Der Sex erscheint nicht als ihr Effekt, sondern als ihr Anderes, ihr Gegner, ihr Opfer. Es sieht so aus, als werde er von ihr unterdrückt, dabei bringt sie den Sex überhaupt erst hervor. Das Ziel dieser sogenannten „Biomacht“ ist die Nutzbarmachung, Erhaltung und Ertüchtigung der Körper und der ganzen Art. Auch und gerade der Diskurs der Linken von 1968, demzufolge die Repression der Sexualität zeitgleich mit dem Aufstieg des Kapitalismus ihren Lauf nahm, arbeitet diesem Ziel zu. Foucault warf der Linken vor, diesen Zusammenhang zu verschleiern, wenn sie an der Utopie der sexuellen Befreiung festhielt, so als könnte es eine „gute Sexualität“ geben. Dabei ist die Sexualität, ja schon immer vorgeprägt. Damit hatte Foucault, gerade im Frankreich der siebziger Jahre, als die Originalfassung des Buches erschien, ins Schwarze getroffen. Schockiert begann eine aus dem Flirt mit dem Maoismus und dem Stalinismus gerade erst erwachende Linke, die Gefahren des utopischen Denkens ins Auge zu fassen. Foucault hielt ihnen vor, dass es, was die Sexualität betrifft, keine Herrscher und Beherrschte gibt, dass das aus der Gesellschaftskritik gewohnte David-und-Goliath-Schema beim Sex nicht greift und dass keineswegs ein Beschweigen der Sexualität herrscht, sondern genau das Gegenteil. Es wird ständig geredet, Sex ist ein Problem, das man im Darüber-Reden überhaupt erst hervorbringt. Es gibt kein „Außerhalb“ dieses Diskurses mehr, keine Privatsphäre; auch und gerade die Masturbation ist so viel besprochen worden, dass niemand mehr mit sich allein ist dabei.

Mit seiner Darstellung der Körper und der Sexualität, die von den Diskursen hervorgebracht und zugerichtet werden, hatte

Foucault nebenbei sein Schweigen über die eigene Homosexualität geadelt. Unter der Hand wird ihm und der Homosexualität selbst der Nimbus der Subversion zuteil, weil sie sich dem Wahn des Plapperns, der zwanghaften Arterhaltung, wie die „Biomacht“ sie anstrebt, entgegenstemmt.

Foucault hat ein Geschichtsbild entworfen, in dem es über die Jahrhunderte keinen Fortschritt, sondern nur eine stetige Verfeinerung der Kontrollmechanismen gibt. Ob es um Sexualität, um Strafvollzug oder um die Psychiatrie geht – überall lässt sich nur feststellen, wie die Schlinge enger gezurrt wird. Was uns als „Befreiung“ verkauft werden soll, ist nichts als eine effizientere Form der Beherrschung. Im Vergleich mit einer modernen Tagesklinik nehmen sich – so könnte man Foucault lesen – die Asyle der mittelalterlichen Fürstentümer wie die humanere Lösung aus, bei der immerhin alle wussten, wo oben und unten ist. Die Verminderung archaischer Grausamkeiten findet Foucault mit den Kontrollmechanismen der liberalen Gesellschaft zu teuer erkaufte. Einen Gewinn an Freiheit durch mehr Subjektivität kann Foucault nicht entdecken, weil die Subjektivität eben auch nur ein phantasmatisches Produkt der herrschenden Diskurse ist. Immer subtiler arbeitet die Macht.

Ihre Dispositive formieren alles, von der Gentechnologie über die scheinbar idiosynkratische Wahl der Liebespartner bis hin zum wütenden Protest der Ausgegrenzten. Die Macht steckt hinter allem, nirgendwo kann man mehr auf den Grund sehen. Der amerikanische Kulturkritiker Mark Edmundson sieht hinter diesem Weltbild Motive der Schauerromantik auftauchen. „Für Foucault gibt es einen Spuk, der überall und nirgends ist, nicht zu greifen, aber hartnäckig und mit allen Wassern gewaschen, und das ist die Macht. Die Macht drängt uns klar umschriebene Identitäten auf und lässt uns arbeiten, bis auch das letzte bisschen Kraft noch ausgepresst ist. [...] Das tut sie nicht durch Konfrontation und Zwang, sondern durch kontinuierliche Überwachung. Sie nutzt die institutionellen Mittel, Individuen zu beobachten und zu evaluieren. Anders als die Bourgeoisie, die Marx noch als unterdrückerische und zugleich zivilisatorische Kraft im Auge hatte, existiert Foucaults Macht nicht an einem fest umschriebenen Ort. [...] Wie der Nebel in John Carpenters gleichnamigem Horrorfilm ist die Macht ein

Komplex bösartiger Energien, die in unser Leben eindringt, die gesamte Gesellschaft und alle Individuen auf molekularer Ebene penetriert und vor der es kein Entrinnen gibt. Widerstand ist zwecklos. Er würde doch nur von den Diskursen der Macht verschluckt, und spurlos im Nebel verschwinden.“ Entscheidend ist aber eben, dass bei Foucault auch die sexuelle Lust nur ein Produkt des Diskurses ist, alles sexuelle Erleben ist immer schon Kultur und damit außengeleitet, entfremdet – da gibt es für Foucault nichts zu verteidigen. In seinen Texten gibt es keine Paare, nur Vereinsamte, Hingerichtete, Verfolgte, die dem Dispositiv der Macht gegenüberstehen, in das sie zugleich selbst heillos verstrickt sind.

Den Gender Studies wuchs die Aufgabe zu, die Modi dieser Machtergreifung der Biomacht zu beschreiben, nachzuzeichnen, wie sich, beispielsweise in einem Roman, die Konstruktion des Geschlechts vollzieht. Da wundert es einen nicht, dass die bevorzugten literarischen Stoffe der Gender Studies häufig Erzählungen wie Edgar Allen Poes „Der entwendete Brief“, oder eben Figuren wie Gilles de Rais sind, deren Protagonisten von dunklen, oft erotischen Geheimnissen umgetrieben werden, die ihnen den Weg zum Glück verbauen.

Der Kampf gegen Freud ist, auch wenn die Gender Studies ihn tausendmal totgesagt haben, noch immer nicht gewonnen. Aber als „Diskursführerin“ beim Thema Sexualität ist die Psychoanalyse verdrängt worden. Nachdem die sexuelle Revolution der sechziger Jahre noch ihre kulturkritische Munition von ihr bezogen und ihre Utopien auf sie gestützt hatte, kommen seit einigen Jahren auch in den Theorien über Sexualität die Enttäuschungen zum Vorschein, die sich im Laufe der Zeit darüber angesammelt hatten, dass Befreiung und Glück nicht einfach in eins fallen. Eine Denkschule, deren innere Legitimation sich aus solchen verkappten Enttäuschungen speist, ist die école freudienne des Jacques Lacan .

Die Freud'schen Begriffe, mit denen er hantierte, ließ er ausbluten. Das Unbewusste war ein leerer Ort, aber die Symbole waren realer als das, was sie symbolisierten. Es war die Sprache, die sich der Individuen bediente, nicht umgekehrt. Mit dem Eintritt in die Sprache ist eigentlich schon alles aus. Wem die anderen einen Namen gegeben haben, der ist sich

selbst für immer verloren. Sinnbild des Menschenschicksals ist für Lacan der Bote der griechischen Mythologie, dem man eine Botschaft unter die Stirnlocken geschrieben hat, die er selbst nicht lesen kann – ein Bild, das wieder an Kafkas „Strafkolonie“ erinnert.

Wie Foucault den Machtbegriff immaterialisiert, verlegt Lacan alle psychischen Konflikte weg vom Geschehen zwischen den Akteuren ins Reich der Sprache und ihrer Strukturen. Wir werden vom Gespräch geführt. Mit der Sprache, dem Reich des Symbolischen, kommt der Mangel, denn ein artikuliertes Begehren ist sich selbst schon entfremdet, ist schon nicht mehr unmittelbar. Der Mangel, der Verlust des pränatalen Einsseins mit sich und der Umgebung, treibt die Individuen immer weiter in die Sprache hinein, auf die anderen zu und damit von der Erfüllung ihrer Wünsche weg. Das begehrte Einssein darf sich nämlich nie wirklich einstellen, denn dann wäre es ja keine Vereinigung mehr, sondern einfach eine Identität. So pendeln die Menschen hoffnungslos zwischen unerfülltem Begehren nach Einssein und dem nach Differenz hin und her. Der entscheidende, für die miese Stimmung in den Gender Studies verantwortliche Unterschied zu Freud besteht vielleicht in dieser gänzlichen Aussichtslosigkeit; es gibt keine Entwicklung. Wer sich in die Kultur begibt, kommt darin um. Da hatte Freud noch hoffnungsvoller geklungen.

Mit Lacan begann, was wohl die erstaunlichste Erfindung der Gender Studies ist, nämlich die Ausstattung der Geschlechtsorgane mit eigenen Bedeutungen – und das, obwohl die Biologie ja eigentlich gar keine Rolle mehr spielen sollte. Weil sich aber an den Phallus alle Phantasmen und Imaginationen heften, die auf dem Weg zur Geschlechtsidentität stehen, ist er der große Repräsentator schlechthin. Er hat sozusagen das Marxssche „Allgemeine Äquivalent“, das Geld, abgelöst. Weil die Frau ihn nicht hat, gibt es sie eigentlich nicht: *La femme n'existe pas*. Lacans feministische Erbinnen – allen voran Hélène Cixous, Luce Irigaray oder Julia Kristeva – mochten es dabei nicht bewenden lassen. Sie dachten sich ein binäres System von Zuschreibungen aus, dessen langanhaltende Wirksamkeit man beispielsweise in den Reaktionen auf Viagra, das Medikament gegen Impotenz aus Amerika feststellen

konnte. Der Penis, das ist Logos, Repräsentation, Identitätszwang, Einheitsdenken, Gewalt, Subjekt, Schaulust während Vagina, Klitoris und Schamlippen für Phantasie, Unmittelbarkeit, Nicht-Identität, Vielheit, Solidarität, Zärtlichkeit, Berührung „stehen“.

Hier ist in einer Nusschale das ganze ideologische Material zum Thema Geschlechterkampf enthalten, mit dem wir seit zwanzig Jahren leben: Das prägenitale, weibliche Leben als antikapitalistische Ursuppe, in der man sich noch selbst begatete; die Kindheit der Menschheit, wie sie hätte sein können, ohne narzistische Kränkungen, aus dem Übervollen schöpfend. Näher an der Natur als an der Kultur. Der Penis ist dem gegenüber das Insignium der Unterdrückung, eine Art Pürrierstab, der nicht anders kann als brutal. Schließlich die Vergewaltigung als Metapher für Sex schlechthin.

Es ist schon erstaunlich, wie selbstverständlich die Männerphantasie von der Erektion als Waffe in der Kulturgeschichte des Penis Platz genommen hat. Von Klaus Theweleits „Männerphantasien“, in denen die Verbindung zwischen „soldatischem Körper“ und „weißem Terror“ der Freikorpsoldaten und der SS untersucht wurde, ist ein Schlagwort geblieben, das rasch den Zusammenhang zwischen Führerprinzip, Erektion und verkrüppeltem Seelenleben anreißt. Theweleits inzwischen auf mehrere tausend Seiten angeschwollenes Oeuvre spürt detektivisch den immer gleichen Täter-Opferzusammenhang zwischen Männern und Frauen auf. Männerkörper sind gepanzert, betäubt, gefroren, Frauenkörper strömen, fließen und wärmen. Das männlich-faschistische Fühlen hat sich über die Generationen in den Körpern der deutschen Männer transzendiert, so dass es dann zum Beispiel bei Joschka Fischers Verhalten im Balkankrieg wieder als Vollbild zu beobachten war. Die „Männerfantasien“, 1977 erschienen, waren für die „Nach-Achtundsechziger“-Studenten mit einer Auflage von 200 000 Exemplaren wohl ähnlich prägend wie Marcuses „Eros and Civilization“ für die Generation davor. Für viele war es eine Art Lebenshilfe, was auf den ersten Blick überrascht, denn Theweleit hat nichts Ermutigendes über die Beziehungen zwischen Männern und Frauen zu sagen. „Ermutigend“, so sagte mir Theweleit in einem Gespräch, „ermutigend sollte es auch nicht sein. Einige Männer

haben mich natürlich verflucht und hundertfach zur Hölle gewünscht, weil ihre Frauen ihnen gesagt haben, siehst du, das nehme nicht nur ich so wahr, das kann auch ein Mann so beschreiben. Das hat manche Beziehungen und manche Leute zerstört. Aber ich denke, die wären sowieso kaputtgegangen.“¹ Wieder scheint hinter dem großen historischen Sittengemälde dieser Gender Studies die Vision einer konflikt- und aggressionsfreien Sexualität auf, die möglich wäre, wenn nur die Männer endlich aus ihrem Körperpanzer treten könnten.

Wenn also das Verhältnis der Geschlechter durch die Gender Studies weder klarer noch irgendwie einfacher geworden ist, sondern im Gegenteil gänzlich obskur bis unheimlich, wenn der Sex erfolgreich aus dem Gender vertrieben ist, und wenn auch der Literaturtheorie durch die Gender Studies höchstens ein paar Schauermärchen und eine Menge ungenießbaren Quarks zuteil geworden sind, und wenn schließlich alle auch nur noch mehr oder weniger lustlos vor sich hin dekonstruieren – was sollte es dann?

Die Gender Studies sind die Philosophie einer sexuellen Präferenz. Sie sollen zeigen, dass es nicht nur OK ist, lesbisch oder schwul zu sein, sondern ein Akt der Subversion, ein Aufbegehren gegen die Biomacht, ein Triumph über die Zwangsheterosexualität. Sie sollen sagen: Seht ihr, Sexualität ist nichts als die stupide Wiederholung einer einstudierten Rolle, die en suite-Inszenierung des immer gleichen „normativen Phantasmas“ von Männern und Frauen, eine Maskerade. Sie ist das Resultat des immer und überall wirksamen Zwangs zur Heterosexualität, des heterosexuellen Regimes, der Hetero-Normativität.

Vage zeichnet sich hinter den rhetorischen Nebelschwaden der Gender Studies ein Gesellschaftsbild ab, das nicht mehr aus Individuen, sondern nur noch aus Gruppen besteht. Eine stratifizierte, freudlos ineinander verkeilte Gesellschaft, in der diejenigen, die historisch einen Opferstatus für sich geltend machen können, denen gegenüberstehen, die das nicht können, weil sie weiß, heterosexuell, männlich und nicht „körperlich herausgefordert“ sind. Vor dem Gesetz stehen nicht mehr freie und

¹ Gespräch mit Klaus Theweleit am 27. November 1999 in Freiburg.

gleiche bürgerliche Subjekte, sondern wieder die schwarzen, weißen, braunen, gelben Männer, Frauen, Schwule und Lesben, Transvestiten voraufgeklärter Zeiten. Die große Resonanz, die die Gender Studies aber über die Universitäten hinaus im Alltagsleben hatten, lassen darauf schließen, dass hier mehr Wünsche erfüllt werden als nur die nach „Akzeptanz“ neuer sexueller Minderheiten. Tief im Innern der Erzählungen von den zerstückelten Körpern, der bösen Biomacht und dem perversen Normalen wohnt der Wunsch nach einer konfliktfreien Sexualität. Liberale Gesellschaften können ihn nicht erfüllen.

Frauen, Körper, Karriere

Einleitung

Die deutsche Sprache lässt beim Wort Geschlecht keinen Unterschied zwischen dem biologischen und sozialen Geschlecht, Geschlecht und Geschlechtsidentität zu, wie dies die englische Sprache mit der Unterscheidung von sex und gender erlaubt. Die folgenden Überlegungen gehen zunächst der Semantik dieser Unterscheidung nach und machen sich dabei die angelsächsische Diskussion und Literatur darüber zunutze. Angeregt dazu wurde ich aufgrund von Erfahrungen und Beobachtungen, die ich als Psychoanalytikerin in psychotherapeutischen und anderen Settings machen konnte. Ihr Resultat lässt sich auf die Frage zuspitzen, warum herkömmliches und überkommenes Rollenverhalten so langlebig und zäh ist, dass politisch verordnete Frauenförderung, Gesetze zur Gleichstellung von Mann und Frau, Quotenpläne etc. nur schwer und langsam Verhaltensänderungen bewirken können. Nach einer Information der FAZ sind heute 11 % Frauen an der Spitze großer Industrieunternehmen in Deutschland. In anderen europäischen Ländern sind es bis zu 14 %. Eine andere Zahl: In Hessen sind 5,5 % aller Direktoren an Gymnasien Frauen (mündl. Mitteilung, OSTDir K. Hechler).

Dies legt die Vermutung nahe, dass wir es nicht nur mit der bewussten Prägung von Verhalten und Einstellungen zu tun haben, sondern auch mit dem Wirken des Unbewussten. Von unbewussten Motiven gesteuertes Verhalten ist, so zeigt die Psychoanalyse, schwer veränderbar, weil es aus guten Gründen unbewusst gemacht und gehalten wurde, und darum gegen seine Veränderung heftige, tief im menschlichen Gefühlsleben verankerte Widerstände wirksam sind.

Weiterhin möchte ich zeigen, dass, was wir als männliches bzw. weibliches Verhalten an uns und anderen identifizieren und als nützlich und situativ angemessen erleben oder nicht, nicht nur einmal im Laufe unseres Lebens angelegt wird und dann für immer so bleibt, sondern dass es im Lebensverlauf im

Rahmen unseres Gemeinwesens immer wieder Verstärkung erfährt und neu produziert wird und zwar in unseren intimen und sozialen Beziehungen, in Gruppen und Institutionen.

Zunächst möchte ich die klassischen Weiblichkeitstheorien von Freud und besonders seinen Nachfolgerinnen kurz zu Wort kommen lassen, vor allem um den Zusammenhang zwischen körperlich und relationaler (sozialer) Bedingtheit der Geschlechtsidentität zu beleuchten, die m. E. die Grenzen der Konstruktion von Verhalten, aber auch der Sozialisierbarkeit des Menschen markieren.

1. Vom Sex zum Gender

1.1. Freud

Freud, der sich Ende des 19. Jahrhunderts der Erforschung des Unbewussten verschrieb und damit die Psychoanalyse begründete, widmete der menschlichen Sexualität besondere Aufmerksamkeit. Er ging davon aus, dass Menschen mit Trieben ausgestattet sind, die zu ihrer Durchsetzung der Libido bedürfen. Unter Libido verstehen wir eine Antriebskraft, deren Quellen im Somatischen liegen, die aber der Repräsentation im Psychischen bedürfen, um zur Geltung, d.h. zur Durchsetzung zu gelangen. Der Trieb selbst kann nie zum Bewusstsein gelangen, nur in seinen Manifestationen, seinen sogenannten Abkömmlingen. Freuds klinischen Beobachtungen zufolge ergibt die aufgrund von befürchteter oder realer Ablehnung oder negativen Konsequenzen von außen hervorgerufene Abwehr von Triebregungen den Ausschlag zur Bildung des Unbewussten. Analog zu den anatomisch-biologischen Gegebenheiten postulierte er die bisexuelle psychische Veranlagung beider Geschlechter, die erst durch die Entwicklung zur Geschlechtsreife in der Pubertät entscheidend in die eine bzw. die andere Richtung gedrängt und gefestigt wird. Er merkte aber bereits an, dass die jeweils andere Strebung bestehen bleibt und – oft unbewusst – weiterhin nach Verwirklichung strebt. Im glücklichen Fall wird sie von der genitalen Befriedigung ausgeschlossen, auf dem Wege der Sublimierung aber vielfältigen sozial verträglichen und erwünschten Aktivitäten zugeführt. Beispiele für diesen Vorgang finden sich in der Kunst, im Sport oder in der Politik. Wegen der sogenannten „Klebrigkeit der

Libido“ wird an einmal gefundenen Wegen, sozial geächtete aber auf dem Wege der Sublimierung hoffähig gemachte sexuelle Strebungen zu befriedigen, festgehalten. Zudem steht der Veränderung eines einmal erprobten und erfolgreichen Verhaltensmusters die Unbewusstheit entgegen, die nur unter besonderen Umständen aufgehoben wird. Exemplarisch auf die Verteilung gesellschaftlicher Macht in Bezug auf das Geschlechterverhältnis übertragen heißt dies: Hätten Frauen ungehindert Zugang zu allen Aktivitäten und Zentren gesellschaftlicher Macht, schwänden diejenigen Männerbünde, die einen Hort sublimierter Homosexualität bereitstellen können.

Für die Zeit vor der Pubertät ging Freud vom phallischen Monismus aus, d.h. er nahm an, dass aufgrund der anatomischen Verhältnisse nur der Penis als Sexualorgan sichtbar ist und darum zum Symbol der sexuellen Entwicklung wird. Aufgrund seines Fehlens entwickelt das Mädchen den Kastrationskomplex; es fühlt sich minderwertig und körperlich schlechter ausgestattet als der Junge. Enttäuscht von dieser phantasierten Benachteiligung durch die Mutter wendet es sich dem Vater in der Hoffnung auf ein Kind als Kompensation des Mangels zu. Der Junge bildet hingegen die Kastrationsangst aus, die Angst vor dem Verlust des Genitales durch die Rache des ödipalen Rivalen (Freud, 1925). Sie treibt die Loslösung von der Mutter voran und ermöglicht den Übergang zu einem außerfamiliären Liebesobjekt zur Befriedigung seiner sexuellen Wünsche.

Freuds Ansicht zufolge kommt den biologischen Fakten zwar eine entscheidende aber doch begrenzte Funktion zu: der des Taktgebers für die weitere Entwicklung, die in diesem Sinne vor allem psychosexuell ist. Die biologischen Gegebenheiten wirken sich insofern aus, als sie den Anlass für die Ausbildung eines weiblichen bzw. männlichen Körperschemas bieten, welches mit bewussten und unbewussten Bedeutungen versehen wird. Dieses bildet den Kern der späteren Geschlechtsidentität (Freud, 1925). So gesehen ist „Anatomie Schicksal“ ein Satz, den Freud prägte und der ihn damals wie heute heftiger Kritik von Frauen aussetzt, die darin eine Überbetonung des Biologischen und seiner determinierenden Kraft zum Zwecke der Verhärtung der bestehenden Machtstrukturen zuungunsten der Frauen sahen. (Dabei wird oft übersehen, dass die Betonung

auf dem Psychischen liegt, welches über die Liebesobjekte Zufluss sowohl aus der sozialen Umwelt als auch aus individuellen Erfahrungen bekommt.) Wie fortschrittlich seine Annahmen einer frühkindlichen Sexualität und der Bisexualität zu seiner Zeit andererseits auch gewesen sein müssen, zeigt die Empörung, die sie auslösten. Dass er gleichzeitig auch in den patriarchalischen Vorstellungen seiner Zeit gefangen war, zeigt sich in einigen seiner klinischen Arbeiten, in denen männliches Verhalten bei Frauen und umgekehrt in die pathologische Ecke verwiesen wird (ebd.). Dies führte bereits in der nächsten Analytikergeneration zu bedeutenden Revisionen seiner Theorien zur Entstehung der Geschlechtsidentität.

1.2. Weiblichkeitsdebatte in den 30ern

Bereits in den 30er Jahren entstand unter seinen Nachfolgern und besonders seinen Nachfolgerinnen Kritik an seinen Theorien zur Entwicklung der Geschlechtsidentität. Ihnen wurde augenfällig, dass „der Mann [...] als Norm begriffen [wurde], die Frau als die schlechtere Abweichung davon“ (Kollreuter 2000, S. 47). Den Analytikerinnen Josine Müller (1931), Jeanne Lampl-de-Groot (1927), Karen Horney (1923) und Ruth Mack Brunswick (1928), aber auch ihren männlichen Kollegen Carl Müller-Braunschweig (1959) und Ernest Jones (1928) geht es um die Frage, ob man als Frau geboren oder zu ihr gemacht wird, die von Simone de Beauvoir (1949) mit der lapidaren Feststellung, „Man wird nicht zur Frau geboren, man wird es“, beantwortet wurde. Die Freud'sche Hypothese, nach der sich die weibliche Entwicklung durch ein Gefühl der Minderwertigkeit und des Mangels vollzieht, wird in dieser Diskussion durch wesentliche Aspekte erweitert und in Frage gestellt. Sie soll hier kurz skizziert werden. Lampl-de-Groot (1927) dachte über die Bedeutung der Tatsache nach, dass die Mutter das erste Liebesobjekt sowohl des Jungen als auch des Mädchens ist. Während der Junge bei der Wahl eines Sexualobjektes dem Geschlecht seines ersten Liebesobjektes treu bleiben kann, muss das Mädchen einen Wechsel im Geschlecht des Liebesobjektes vornehmen, zumindest wenn es Kinder gebären möchte. Danach entsteht für Lampl-de-Groot der Kastrationskomplex beim kleinen Mädchen nicht durch die Erfahrung seiner Penis-

losigkeit, wie Freud es nahelegt, sondern durch den Objektverlust, den es durch die Hinwendung zum Vater erleidet, wenn es sich zu seinen weiblichen Wünschen und Aufgaben bekennt. (Beide Geschlechter müssen ja ein Liebesobjekt außerhalb der Familie besetzen, um den Inzest zu vermeiden.) In dieser Version der Kritik an Freud lässt bereits die Betonung der Bedeutung der frühen Objektbeziehungen (Beziehung zu den Eltern) mit ihren Identifizierungen grüßen, die die heutige Psychoanalyse prägt.

1.3. Später: Chasseguet-Smirgel und andere

Auf weitere Einzelheiten dieser frühen Diskussion über die Freud'schen Hypothesen zur Erlangung der Geschlechtsidentität soll hier verzichtet werden. Hervorheben möchte ich jedoch, dass in den referierten Positionen die Freud'sche Annahme eines „sexuellen Monismus bei beiden Geschlechtern bis zur Pubertät“ (Chasseguet-Smirgel, 1974, S. 11) noch nicht angegriffen wird. D.h. der Auffassung, das Mädchen nehme aufgrund der Unsichtbarkeit vor der Pubertät keine Notiz vom eigenen Geschlecht (Freud, 1933). Es blieb einer noch späteren Generation weiblicher Analytikerinnen vorbehalten, die Tabuisierung der frühkindlichen Onanie zur Zeit Freuds zu durchbrechen. In Analysen und Behandlungen erwachsener Frauen konnten sie das Wiederauftauchen orgasmischer Erfahrungen aus dem Unbewussten erkennen und erforschen (Torok, 1974, S. 202 f.) Damit konnte die These von der Unentdecktheit der Vagina vor der Pubertät widerlegt werden und der Annahme einer genuin weiblichen Entwicklung durch das Erfahren und im wörtlichen Sinne Begreifen (Masturbation) des eigenen Körpers stand nichts mehr im Wege. Die Freud'sche Auffassung von der Rolle der somatischen und biologischen Grundlagen des Körperselbst und seiner Repräsentanzen bleibt also bestehen und wird für die Entwicklung der Frau auf die Zeit vor der Pubertät ausgeweitet.

1.4. Konstruktion des Geschlechts

In Frankreich, Deutschland, Italien und USA hatte die feministische Bewegung soziologische Theorien zum Verständnis der Weiblichkeit hervorgebracht, deren Vertreterinnen der Psycho-

analyse Freuds zunächst kritisch gegenüberstanden (Vgl. Kollreuter, 2000, S. 59–75). Nach ihrer Revision durch die orthodox-freudianischen Analytikerinnen um Janine Chasseguet-Smirgel hat sich die in den Anfängen stecken gebliebene Weiblichkeitstheorie innerhalb der Psychoanalyse weiterentwickelt und so eine Brücke zum Feminismus schlagen können. Dies ist neben dem Einfluss der kritischen Theorie, die ab den 70er Jahren in Frankfurt gelehrt wurde, entscheidend für ihre neue Aufgeschlossenheit gegenüber der Psychoanalyse. Stellvertretend für viele dieser feministischen Soziologinnen, die heute als Analytikerinnen praktizieren und publizieren, sei Jessica Benjamin (1993) genannt, die in Frankfurt bei Theodor W. Adorno studierte. Sie brachte die Thesen der Kritischen Theorie in den Weiblichkeitsdiskurs innerhalb des amerikanischen Feminismus ein.

Simone de Beauvoirs Satz, „Man wird nicht als Frau geboren, man wird es“ (zit. nach: Kollreuter, 2000, S. 60) verdeutlicht das feministische Credo, welches den sozialen (heute im Zeitalter konstruktivistischer Philosophie und Soziologie: konstruierten) Charakter des Geschlechts betont. In den 90er Jahren wurde von der New Yorker Analytikerin Muriel Dimen der sogenannte Differenzdiskurs angestoßen, an dem sich alsbald andere Theoretikerinnen wie Nancy Chodorow und Jessica Benjamin beteiligten (vgl. Kollreuter, 2000, S. 68 ff.). Hier wird die These vertreten, dass durch die Geschlechterdifferenz vor allem eine Erfahrung von Unterschiedlichkeit bereitgestellt wird, die für die psychosexuelle Entwicklung des Kindes und seine Loslösung von den Eltern unabdingbar sei. (Später auch in der französischen philosophischen Schule und Psychoanalyse aufgegriffen: Derrida und Lacan.)

Die genannten sozialen „Gender“-Theorien sehen „Mann“ bzw. „Frau“ allein als kulturelles Konstrukt an, das seinen Trägern per Zuschreibung oktroyiert wird, prinzipiell also auch dekonstruierbar ist. Für einige Theoretikerinnen wie z. B. Judith Butler trifft dies nicht nur für „gender“, also die Geschlechtsidentität, sondern auch für „sex“, also die körperlichen Merkmale der Geschlechtsrolle, zu. Anja Heldmann (1998, S. 57 ff.) stellt in einer Untersuchung dar, wie Hermaphroditen wegen ihres uneindeutigen Geschlechtes im Kindesalter quälenden

Behandlungen ausgesetzt wurden und im Namen einer die gesellschaftliche Ordnung verteidigenden Medizin verstümmelt und solange umoperiert wurden, bis ihr körperliches Geschlecht in die herrschende binäre Ordnung passte. Die körperliche Uneindeutigkeit der Verteilung der primären und sekundären Geschlechtsmerkmale wurde mit organisch krank und behandlungsbedürftig gleichgesetzt. Was durch die körperlichen Schmerzen der so behandelten Hermaphroditen noch augenfällig wird, vollzieht sich im psychischen unbewusst und hinterlässt seelische Verstümmelungen. Erinnern wir uns: Freud hatte die bisexuelle Veranlagung des Menschen betont und die Herstellung der Geschlechtsidentität durch Verzicht auf den omnipotenten Anspruch, beiden Geschlechtern angehören und beide Geschlechter begehren zu können, in den Stand einer Entwicklungsleistung erhoben, die psychische Kompensation verspricht. Unter der Annahme der binären Verteilung psychischer Merkmale zwischen den Geschlechtern erscheint aber jedes Vorkommen von Charakterzügen des anderen Geschlechts als pathologische Abweichung, die ihren Träger oder ihre Trägerin von der Norm des wünschens- respektive begehrenswerten ausschließt (z.B. „phallische Frau“).

Hier setzt die Unterscheidung zwischen sex und gender an als dem Unterschied zwischen dem biologischen Geschlecht (sex), bei dem zumindest fraglich ist, inwieweit es noch dekonstruierbar ist und dem gender, welches intersubjektiv entsteht und so in hohem Maße als Konstruktion imponiert. Im System der Geschlechtsidentität (Gender) finden wir die dem biologischen Geschlecht abgelauschte binäre Zuschreibung psychischer Gegebenheiten zu den Geschlechtern, wie sie auch Freud an einigen Stellen entgegen seiner Behauptung der psychischen Bisexualität aller Menschen benutzte, wie passiv-aktiv, rezeptiv-phallisch, Natur-Kultur, öffentlich-privat etc. (s. Hauser-Schäublin/Röttger-Rössler, 1998, S. 12/13). Sie erscheinen geeignet, Unterschiede im Verhalten der Geschlechter hinreichend zu erklären, wobei jeweils eine Kategorie eindeutig einem Geschlecht zugeschrieben wird. Die Abweichung davon geht mit Stigmatisierung und Pathologisierung einher, so dass das „binäre System“ bald auch als Naturkonstante des Psychischen imponiert.

Mit der Kritik an diesem System der Geschlechtsidentität und der Entdeckung seiner gesellschaftlichen Konstruktion rückte die Annahme einer allgemeinen „Vielgeschlechtlichkeit“ (Multisexualität) jenseits von Sex und Gender (Heldmann, 1998, S. 71) in den Blick. Allerdings übersieht diese Theorie meines Erachtens die Unhintergebarkeit des Leiblichen, welches eben nicht mehr als zwei Geschlechtsanlagen vorsieht, wenn auch wie im Falle der Hermaphroditen Mischungsverhältnisse vorkommen. Beim biologischen Geschlecht bleiben sie die Ausnahme, während sie im Psychischen, d.h. auf der „gender-Ebene“ gang und gäbe sind. Freud bemerkt, dass „die Reaktionen der menschlichen Individuen beiderlei Geschlechts [...] aus männlichen und weiblichen Zügen gemengt“ (Freud, 1925) sind, so dass jeder Mensch mit einem eindeutigen körperlichen Geschlecht dennoch ein vielgeschlechtliches Selbst hat. So wird die scheinbar ontologische Kategorie männlich-weiblich aufgelöst und der Blick auf die relationale (beziehungsgeschichtliche) Entstehungsweise der Gesamtidentität gelenkt.

Nach heutigen psychoanalytischen Erkenntnissen entsteht Identität immer aus der Identifizierung mit und Verinnerlichung (Repräsentation) von Aspekten affektiv hoch besetzter Personen, resp. Objekten. Dadurch werden die Objektbeziehungen zu beiden Eltern in psychische Repräsentanzen umgewandelt, also in Anteile der eigenen Identität (z.B. Jacobson, 1964, Kernberg, 1976). So entsteht ein Repertoire von Verhaltensweisen, die zwar männlich oder weiblich attribuiert werden, jedoch bei beiden Geschlechtern auftreten und von Mutter oder Vater übernommen worden sein können. Ein Junge kann sich demzufolge mit einem männlichen Aspekt der Mutter identifizieren, oder mit einem weiblichen Aspekt des Vaters. Das Mädchen natürlich ebenso. Dieser Prozess setzt sich lebenslänglich fort, später mit bedeutsamen anderen wie z. B. Lehrern, Vorgesetzten, bewunderten Vorbildern etc. Gleichwohl kommt natürlich der frühen Kindheit mit der Beziehung zu den primären Liebes- und Hassobjekten eine besondere Bedeutung zu.

Bevor ich nun zum Organisationsteil meines Vortrages komme, möchte ich kurz zusammenfassen, worauf es mir beim Gang durch die psychoanalytische Literatur ankam. Insbeson-

dere wollte ich die enge Verknüpfung von körperlichen Gegebenheiten und psychischer Entwicklung der Geschlechtsidentität, und deren libidinöse Absicherung durch triebhafte Vorgänge betonen.

2. Geschlecht und Führung in Organisationen

Nachdem nun Männlichkeit bzw. Weiblichkeit in ihren psychischen Erscheinungsformen als „Gender“ erkannt sind, als soziale Konstrukte, die als Eigenschaften unabhängig vom biologischen Geschlecht seiner Eigner auftreten, können wir fragen, welche Mechanismen in Organisationen wirken, nach denen jene für unsere soziale und wirtschaftliche Landschaft typische Verteilung entsteht, in der Männer die Eigenschaften, die geeignet erscheinen, Führung zu übernehmen, akkumulieren, während Frauen davon immer enteigneter werden. In vielen gängigen Modellen von Führung wird betont, dass sowohl weibliche (Einfühlungsvermögen) als auch männliche Qualitäten (Durchsetzungskraft) vonnöten sind, um wirkungsvoll führen zu können.

2.1. Theorien zur interpersonellen Abwehr in Organisationen

Der Psychoanalytiker und Organisationsentwickler Larry Hirshhorn (1988, S. 10) geht davon aus, dass jede Gruppe bzw. jede Organisation einem primären Zweck dient, der von den Gruppenmitgliedern bewusst verfolgt wird. Mit der Erfüllung des primären Zwecks (Aufgabe) einer Organisation entstehen typische Spannungen und Stress, die im Dienste des Wohlbefindens der Gruppenmitglieder unbewusst gehalten werden. Nach einer Weile mutiert die Abwehr von unangenehmen Affektzuständen zum Selbstzweck der Gruppe und setzt sich gewissermaßen an die Stelle der primären Aufgabe. Dabei kommt es nach Bion (1961) zur Bildung von Grundannahmen, die diesen Vorgang erleichtern sollen. Er nennt mehrere solcher Grundannahmen, die dem Zweck dienen, unangenehme, mit der Aufgabe verbundene Gefühle abzuwehren, aber mit der Gefahr verbunden sind, dass die Gruppe ihre primäre Aufgabe verfehlt. Das Konzept der Grundannahmegruppe geht von einem Überschreiten der intrapsychischen Grenzen innerhalb der Gruppe im Dienste der Regression aus, die die Gruppen-

mitglieder in einen undifferenzierteren psychischen Zustand versetzt. In diesem Zustand dienen sie vorrangig der Aufrechterhaltung der Grundannahmengruppe, während die primäre Aufgabe der ursprünglichen Arbeitsgruppe vernachlässigt wird.

Auch Mentzos (1976) beschreibt in seiner Theorie der interpersonellen Abwehr, bzw. der institutionellen Abwehr Vorgänge, die die intrapsychischen Grenzen zur Regulierung des seelischen Gleichgewichtes sprengen und interpersonellen Charakter annehmen. Dies ist z. B. in einem Familiensystem der Fall, in dem ein Kind oder Partner an einer Angststörung erkrankt und Mutter oder Partner ihn betreut. Letztere sind gegen die Gewährleistung eigener Ängste geschützt, da sie zugunsten des Partners auf eigene Herausforderungen verzichten können. Mentzos geht davon aus, dass die interpersonelle Abwehr dem „Schutz des Ichs vor der bewussten Wahrnehmung von Unlust, seelischen Schmerz, Depression, Schuldgefühlen, Scham und – insbesondere – Angst (dient) [...] und darüber hinaus häufig kompromisshafte oder regressive Teilbefriedigungen oder wenigstens Entspannungen implizieren“ (a.a.O., S. 31). In Gruppen und Institutionen sind sie daher aufgrund der unvermeidlichen Anwesenheit von Konkurrenz, Neid, Angst vor Arbeitsplatzverlust oder Überforderung, regelmäßig anzutreffen.

Freud legte 1925 in seiner Abhandlung über „Massenpsychologie und Ich-Analyse“ eine detaillierte Untersuchung über die Wirkungen der Gruppendynamik in Kirche und Heer auf die Ich-Struktur des Einzelnen vor und begründete damit die psychoanalytische Sozialpsychologie. Er weist nach, dass der Einfluss der Gruppe eine Regression zu undifferenzierten Zuständen und Funktionsniveaus beim Einzelnen fast zwangsläufig bewirkt. Nach Mentzos weisen Unternehmen, Gruppen aber auch Recht, Ehe und Familie eine „besondere Affinität“ (a.a.O., S. 79) dazu auf, als Träger psychosozialer Abwehr genutzt und gelegentlich auch missbraucht zu werden. Da es sich bei den genannten Einrichtungen um unverzichtbare Bestandteile eines Gemeinwesens handelt, kann es nur darum gehen, die bewussten und noch wichtiger die unbewussten Bedeutungen von Gruppenprozessen zu verstehen und damit den unvermeid-

lichen destruktiven Tendenzen entgegensteuern zu können und die entwicklungsfördernden zu unterstützen. In diesem Sinne ist m.E. auch „Leadership“ im psychoanalytisch orientierten Sinne zu verstehen. Während die herkömmlichen Theorien der Leadership, die Subjektivität des Leaders eher als Störfaktor auszuschalten versuchen, sieht psychoanalytisches Denken gerade die störenden Einflüsse, denen der Führer von innen und außen ausgesetzt ist, bei entsprechender Verarbeitung als nutzbringende Daten über die Organisation und ihre Dynamik an.

Mentzos betont „dass diese interpersonalen Abwehrkonstellationen neurotische Überformungen von eigentlich normalen und lebensnotwendigen zwischenmenschlichen Interaktionen sind. Sie stellen die pathologischen Formen, der „psychischen Abhängigkeit des Menschen vom Menschen dar“ (1976, S. 110), die sich aus der basalen lebenserhaltenden Abhängigkeit des Säuglings von seinen Pflegepersonen ergibt. Das heißt: „Institutionen erfüllen vital wichtige Funktionen und sind für das Überleben und die differenzierte Entwicklung einer Gesellschaft unerlässlich. Sie garantieren seelische ‚Entlastung‘ und sichern eine konstante Regelung komplizierter interaktioneller Vorgänge. Gerade dadurch sind sie aber auch besonders geeignet, in den Dienst einer neurotischen Abwehr gestellt zu werden“ (a.a.O., S. 111).

Im Lichte dieser Auffassungen lautet meine Annahme, dass Führung nicht die Folge von bestimmten, der Person des Führers inhärenten Eigenschaften ist, sondern die Folge von sozialen und interpersonalen Prozessen, in denen eine Person zum Führer gemacht wird. Und zwar nicht nur in dem Sinne, dass ihr bestimmte Führungsqualitäten zugeschrieben werden und die Geführten sich diesen anpassen, sondern, indem dem Führer diese Qualitäten gewissermaßen quasi-materiell per Projektion und projektiver Identifizierung (Melanie Klein, 1962/Bion, 1962) von den Geführten übertragen werden. Während die Geführten an den entsprechenden Qualitäten verarmen, sind die Führer, erst einmal eingesetzt, in der Lage, immer mehr davon zu inkorporieren und auszubilden. Es entsteht eine Schere zwischen den Führern und den Geführten, da diejenigen, die nicht in Führungsrollen kommen, auch nicht in

der Lage sind, mit den entsprechenden Qualitäten von den Geführten „versorgt“ zu werden. (In dieser Annahme steckt der oben ausgeführte interpersonelle Mechanismus, der nur in Gruppen oder Paaren auftreten kann.)

2.2. Die Wirkung von „sex“ und „gender“ auf Führung

Was hat nun dieser Vorgang mit der Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen zu tun? Sehr viel. An einem bestimmten Punkt der weiblichen Entwicklung gerät das biologische Geschlecht der Frau mit ihrem multigeschlechtlichen Selbst in Konflikt. Das über die Entwicklung des Körperselbst und der Triebe libidinös besetzte biologische Geschlecht verlangt die Übernahme der Frauen- und Mutterrolle, die die Aufrechterhaltung der frühen Mutter-Kind-Dyade sichert. Die unabdingbar mit dieser Aufgabe verbundene räumliche und zeitliche Verfügbarkeit der Mutter (Betreuungsperson) ist mit der Einnahme einer Führungsrolle nicht vereinbar. Damit ist der Rückzug aus dem beruflichen Kontext vorprogrammiert und damit der Verzicht auf die Verwirklichung eines Selbstanteils. Dieser Verzicht muss – wie weiter oben ausgeführt – durch etwas anderes kompensiert werden. Die Beobachtung zeigt, dass es viel häufiger die Frau ist, die diesen Verzicht bereit ist zu leisten, als der Vater. Es stellt sich die Frage, in was die Gratifikation besteht, die genügt, diesen Verzicht auf Macht, berufliche Anerkennung, Status, Geld zu kompensieren. Meine Vermutung ist, dass hier die Beschaffenheit des Sex also der nicht dekonstruierbaren Bestandteile der Geschlechtsidentität eine Rolle spielt. Dabei kommt vor allem dem Körper die Funktion der Befriedigung von Bedürfnissen zu, die libidinös besetzt sind. Dazu zählen die Befriedigung der weiblichen Objektbeziehungswünsche, sich als Frau begehrt und damit bestätigt zu fühlen, und in der Befriedigung der weiblichen Sexualität, die ihrerseits auf Empfängnis ausgerichtet ist, sowie der Kinderwunsch selbst. Sie ist auch in der Funktionslust zu suchen, die sich aus dem biologischen Geschlecht in der Schwangerschaft und beim Stillen des Kindes ergibt. Man könnte also sagen, die Befriedigung ergibt sich aus der Möglichkeit, in der Mutterrolle „Sex“ und „Gender“ in optimale Übereinstimmung zu bringen. Allerdings müssen als Preis dafür

andere Anteile des vielgeschlechtlichen Selbst zumindest zeitweise geopfert werden, was einer psychischen Verletzung gleichkommt. Beim Mann liegen die Verhältnisse anders. Seine Geschlechtsidentität befindet sich im Gegensatz zu derjenigen der Frau nicht im Konflikt mit seinem biologischen Geschlecht, da die Vaterrolle die Zeugung des Kindes und den Schutz der Mutter-Kind-Dyade vorsieht. Letzteres heißt heute, sich der Versorgung des Nachwuchses außerhalb der Familie zu widmen. Der in einer Organisation oder im Unternehmen designierte Führer kann also guten Gebrauch von den ihm von der sich in die Mutterrolle zurückziehenden Frau per Projektion und Delegation zugeschriebenen „männlichen“ Eigenschaften in der Führungsrolle machen. Neben dem Gewinn, sich ihren Reproduktionsaufgaben uneingeschränkt widmen zu können, kann die Frau identifikatorisch im oben von Mentzos entwickelten Sinne an den Führungseigenschaften des Mannes Teil haben. Häufig erweist sich diese Rollenaufteilung als nicht nur vorübergehend, etwa solange bis andere Optionen möglich sind, sondern unumkehrbar, so dass sie als ontologische psychische Konstante des biologischen Geschlechts erscheint. Dies wird durch die Besonderheit der Formung des Verhaltens durch Projektion und Delegation erleichtert, da ihr Empfänger tatsächlich die übertragenen Eigenschaften entwickelt. Mit Bion (1962) könnte man sagen: der Führer verhält sich zu den Führungseigenschaften der Geführten wie ein Container. Diejenigen die sich per Projektion ihrer Führungsfähigkeiten entledigt haben, können sie nicht mehr zurückholen und haben also keine Möglichkeit, diese Fähigkeiten auszubauen und zu verfeinern. Für die Mutter-Kind-Dyade wurde dieser Vorgang der Projektion und Introjektion als Metabolisierungsfunktion beschrieben, bei der der Säugling Teile seines Selbst, die er bei sich nicht gebrauchen kann, in die Mutter hineinprojiziert, die ihm diese in geeigneter, d.h. erträglicher Form wieder „zurückgibt“. Ich greife auf diese Formulierungen Melanie Kleins (1962) zurück, um einen Vorgang in Institutionen zu beschreiben, den man die binäre Verteilung von Führungseigenschaften nennen könnte. Meine Vermutung ist, dass dabei Reintrojektion der projizierten Eigenschaften sehr viel seltener als in der Mutter-Kind-Dyade vorkommt, wenn überhaupt.

2.3. Fallbeispiel

Zur Illustration des Vorganges, der zur binären Verteilung von Führungseigenschaften führt, möchte ich eine kurze Fallstudie anfügen. Besonderes Augenmerk habe ich bei der Untersuchung des Materials der Frage gewidmet, welche seelischen Mechanismen unbewusst eingesetzt werden, um die Übernahme der Mutterrolle vorzubereiten und den Verzicht auf die Berufsrolle möglich, d.h. seelisch erträglich zu machen. Frau Z., wie ich meine Patientin nennen möchte, verlegt die Gründe für diesen Verzicht gewissermaßen in sich selbst hinein. Lieber sieht sie sich als unfähig an, die Anforderungen ihrer Karriere zu erfüllen, als die Unmöglichkeit anzuerkennen, „Sex“ und „Gender“ unter einen Hut zu bringen. Nach meiner Beobachtung ist dies eine bei Frauen sehr beliebte Lösung, weil sie niemanden außer sich selbst weh tut und sie somit auch ihr häufig unbewusstes Ich-Ideal nach geräuschloser Anpassung an die Anforderungen der Umwelt erfüllt. Das vorgelegte Material soll dazu dienen, den bei der Frau auftretenden Konflikt zwischen „Sex“ und „Gender“ zu veranschaulichen und von seiner Unvermeidlichkeit zu zeugen. Seine Lösung hängt von der Persönlichkeit der einzelnen Frau ab und ist von ihrer psychosexuellen Entwicklung geprägt.

Das Fallbeispiel entstammt einem niederfrequenten psychoanalytischen Setting, in dem der „beraterische“ Anteil so groß ist, dass die Betrachtung und Interpretation der den Patienten oder Klienten umgebenden Umwelt und seiner bewussten und unbewussten Interaktion mit ihr großen Raum einnimmt. Die Beachtung von Übertragungs- und Gegenübertragungsprozessen durch die Therapeutin erlauben es aber auch, Daten aus Prozessen zu nutzen, die Interaktion unbewusst beeinflussen.

Frau Z. kommt wegen einer mittelschweren Allergie, die sich in zeitweise heftigen Hautauschlägen manifestiert und ihr ohnehin geringes Selbstwertgefühl stark beeinträchtigen. In letzter Zeit kamen Atembeschwerden, besonders nachts hinzu. Die Anamnese ergibt, dass Frau Z. die Erkrankung als ein Eingeständnis von Schwäche empfindet, was sie so beschämt, dass sie keine Kosten und Mühen scheut, dieser mit allen Mitteln zu begegnen. Auch eine von der Patientin vor einigen

Jahren vorgenommene Brustvergrößerung ließ sie vornehmen, in der Meinung, eine zu kleine Brust bringe beruflich wie privat Nachteile.

Als jüngstes Kind in einer norddeutschen Kleinstadt geboren, wurde sie von Geburt an als kränklich und lebensuntüchtig eingestuft, so dass sie unter stetiger Überwachung durch die Mutter stand, die auf diese Weise den eigenen Verzicht auf eine Berufstätigkeit kompensierte und die Abhängigkeit des Kindes verlängerte. Sie professionalisierte gewissermaßen ihren Mutterjob und wurde zur Pflegerin ihrer Tochter, bei der der Arzt aus- und einging. Unschwer ist der Wiederholungscharakter zu erkennen, den die heutigen Eingriffe, sowie die „Medizinalisierung“ aller Körpervorgänge darstellen. Auch in meine Sprechstunde kam Frau Z. ja mit medizinisch vorgetragenen Problemen und zwar erst, nachdem sie lange Zeit jeden Zusammenhang ihrer Symptome mit der Psyche verleugnet hatte. Man kann sagen, Frau Z. war auf der Ebene der „Körpersprache“ stehengeblieben.

In der Schule war sie eine gute Schülerin, machte Abitur und absolvierte voller Ehrgeiz ein betriebswirtschaftliches Studium. Sofort nach dem erfolgreichen Abschluss fand sie eine Stelle, die ihrer Qualifikation entsprach, deren Probezeit sie jedoch nicht überstand. Hierfür war offenkundig die Ambivalenz zwischen ihrem Wunsch gesund und kompetent und damit der Mutter entwachsen zu sein, bzw. krank und abhängig und damit den Schutz der Mutter zu genießen, verantwortlich. Das Scheitern der Konfliktbewältigung brachte die Patientin in schwere Selbstzweifel, Gefühle von Kleinheit und Unfähigkeit, die sich auch in verschiedenen psychosomatischen Symptomen äußerten. Diese erste Krise meisterte Frau Z. ohne fremde Hilfe, was sie unermüdlich betont. Sie stieg in eine kleine Beratungsfirma ein, wo sie mit großem Erfolg als „Researcherin“ arbeitete. Hier konnte sie im Team ihre Fähigkeiten einsetzen, so dass sie bald als Vertretung des Geschäftsführers Führungsaufgaben übernahm. Schließlich wurde ihr die Rolle der Geschäftsführerin des mittelständischen Unternehmens angeboten.

Jetzt entwickelte sie große Ängste, den Aufgaben nicht gewachsen zu sein. Andererseits zweifelte sie, ob dieses Unter-

nehmen ihr überhaupt eine angemessene Karriere ermöglichen könne. Es erschien ihr zu unbekannt, zu klein und nicht in Lage, ihr Ansehen zu heben. Auch fürchtete sie, es sei keine Referenz, hier tätig gewesen zu sein, falls sie sich einmal verändern wolle. Körpersymptome, sowie zwanghafte Gedanken verstärkten die Versagensängste, die es ihr unmöglich machten, sich für die Führungsposition zu entscheiden.

In dieser Situation brachte sie in Erfahrung, dass in einem angesehenen, international tätigen Dienstleistungsunternehmen neue Mitarbeiter für ihren Bereich gesucht würden. Alle Bedenken über Bord werfend, alle körperlichen Symptome, Ängste und Misstimmungen ignorierend, warf sich Frau Z. ins Zeug, um zum Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden. Dabei inszenierte sie unbewusst ihre Ambivalenz. In ungefähr jedem zweiten Gespräch war sie durch allergische Symptome und Zwangsgedanken dermaßen gehemmt, dass sie subjektiv sicher war, diesmal ihre Chance vertan zu haben und „sicher nicht genommen“ zu werden. Bis zum nächsten Gespräch. Nach längerer Berg- und Talfahrt auch in der Therapie und mehreren Einstellungsgesprächen, die sie als katastrophal erlebte, erhielt sie schließlich die Stelle. Kaum war dies sicher, brach sie sich ein Bein, wodurch in Frage gestellt wurde, ob sie diesen Job pünktlich würde antreten können. Da sie fürchtete, ihre Einstellung zu gefährden, wenn sie nicht erschiene, begann sie ihre Stelle, wiederum beschämt über ihre Schwäche mit Gipsbein.

Seither ist sie zwischen Selbstzweifel und Größenphantasien hin und her gerissen. Manchmal fühlt sie sich aufgrund ihrer größeren Erfahrung ihren Kolleginnen überlegen, doch kaum hat sich ein solches Gefühl gerührt, wird es durch Kleinheitsgefühle und Selbstzweifel zunichte gemacht. Auch Lob von Vorgesetzten hilft nicht, ihre Minderwertigkeitsgefühle zu besänftigen.

Soweit die äußeren Daten und Fakten zum Zeitpunkt des Beginns der Behandlung bei mir. Das aktuelle Problem imponiert auf den ersten Blick als Schwierigkeit, eine Berufspassage zu meistern. Dieser Blickwinkel wird, durch die begleitende Beziehungsgeschichte von Frau Z., die ich nun ergänzen möchte, entscheidend erweitert. Während ihres Studiums lebte sie

mit einem Mann zusammen, bei dem sie sich geborgen fühlte, mit dem die sexuelle Beziehung jedoch alsbald erlosch. Dieser Mann hatte immer auch sexuelle Beziehungen zu anderen Frauen, gab Frau Z. aber das Gefühl, sie „nie zu verlassen“. Sie selbst verließ ihn, nachdem sie einen viele Jahre älteren Mann kennengelernt hatte, der ihr intellektuell überlegen schien, was sie sehr faszinierte. Dieser Mann deutete ihr sein Bedauern darüber an, noch nicht die richtige Frau für Ehe und Familie gefunden zu haben. Auch ein Kind schien nicht ausgeschlossen. Frau Z. verliebte sich in ihn und wünschte sich, diese Frau zu sein. Bald sah sie sich durch sein entwertendes Verhalten ihr gegenüber und seine beständige Untreue in ihren Hoffnungen enttäuscht. Als ein früherer Schulfreund um sie warb, nahm sie seine Werbung an und begann mit ihm eine Beziehung. Dabei zählte besonders das Gefühl, dies sei auf längere Sicht der passende Mann für sie. Es ging ihr um Sicherheit und darum, diffusen Ängsten vor dem Alleinsein zu begegnen. Beide Partner stürzten sich auf den Beruf und schienen darin zu wetteifern, Karriere zu machen. Bei Frau Z. allerdings stellten sich schnell ein Gefühl der Leere und des Zweifels ein. Insbesondere anlässlich der zeit- und geldaufwendigen Weiterbildung, die ihr Freund in seiner Freizeit absolvierte, reagierte Frau Z. mit Ärger und Verstärkung ihrer Hautsymptome. Sie selbst wünschte sich in der gemeinsamen Freizeit mehr Nähe und Intimität und fühlte sich vernachlässigt, wenn er lernen musste. Sie äußerte die Befürchtung, ihr Freund benutze sie zum Aufbau seiner Karriere, auch weil sie finanziell auf eigenen Füßen stehe und er so „sparen“ könne. Später werde er eine Jüngere heiraten und mit dieser Kinder haben. Insgeheim neidete sie ihm sein Engagement und Interesse für den Beruf, fand es aber auch beschämend, ihm etwas darüber mitzuteilen. Eher stellte sie die Beziehung insgesamt in Frage und dachte über Trennung nach.

In diese Situation kam das Angebot der Firma, Frau Z. entschloss sich zum Wechsel. Ihr Freund war an dem Wechsel sehr interessiert gewesen, da der Glanz der neuen Firma sie in seinen Augen zu einer „Statusfrau“ machte. Dies war von großer Bedeutung für Frau Z.'s Entscheidung gewesen, obgleich sie weniger Gehalt und beträchtlichen Statusverlust hinnehmen

musste. Insgeheim glaubte sie damit, ihre höhere akademische Qualifikation ausgleichen zu können, da sie fürchtete, der Freund werde sie verlassen, wenn sie sich nicht „einholen“ lasse. Gleichwohl nahm sie ihm seinen Ehrgeiz und den damit verbundenen Verlust an Zuwendung übel, ihre Verlustangst ist jedoch so groß, dass sie letztlich deswegen auf die Stelle als Geschäftsführerin in ihrer alten Firma verzichtete. Diesen Verzicht sich selbst und mir als ihrem externalisierten Über-Ich „verkaufte“ sie als „Unfähigkeit“ und Schwäche. Dahinter, so stellte sich in der Therapie heraus, steckte die Angst, sie werde nicht mehr geliebt, wenn sie sich als kompetent erwiese. Damit würde sie die Chance auf eine dauerhafte befriedigende Beziehung zu einem Mann mit der Möglichkeit eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, verschlechtern.

Im hier dargestellten Fall liegt ein pathologischer Lösungsversuch vor, der Frau Z. psychotherapeutische Hilfe in Anspruch nehmen ließ. Die Pathologie ist in unaufgelösten Größenphantasien zu suchen, die es nicht erlauben, die durch die Eindeutigkeit des biologischen Geschlechtes gegebenen Grenzen zu ertragen. Mit Freud gesprochen, ist es ihr nicht gelungen, durch die Ermäßigung ihres Männlichkeitskomplexes ihre weibliche Identität zu finden. Aus heutiger psychoanalytischer Sicht könnten wir sagen, dass die Anerkennung des eindeutigen biologischen Geschlechts bei beiden Geschlechtern die Aufgabe von Größenphantasien, wie die, beide Geschlechter zu sein und beide Geschlechter lieben zu können, zur Folge hat. Erst dieses ermöglicht die Ausbildung einer psychischen Geschlechtsidentität mit ihrem Anteil an einem vielgeschlechtlichen Selbst.

2.4. Schlussfolgerungen

Ich habe diese Falldarstellung gewählt, weil sie exemplarisch ist für die Anfälligkeit von Frauen für neurotische Entwicklungen im Bereich der Geschlechtsidentität. Wie ausgeführt setzt diese sich zusammen aus einem biologisch determinierten, auf das Überleben der Gattung gerichteten Anteil, dessen Durchsetzung durch im Somatischen verankerte libidinöse Wünsche abgesichert ist (sex). Dieser Anteil widersteht der gesellschaftlichen Konstruktion und ist daher auch nicht dekon-

struierbar, wie dies für die Geschlechtsidentität (gender) der Fall ist. Letztere umfasst sowohl die frühen relational erworbenen Identifizierungen als auch die später wirksamen Zuschreibungen und Projektionen. Die Geschlechtsidentität der Frau hat hier eine Sollbruchstelle, die, wie ich am Fall von Frau Z. nachzuweisen versuchte, mit einer Selbstbeschränkung einhergehen kann, die zwar die Chancen der Frau auf dem „Beziehungsmarkt“ zum Zwecke der Fortpflanzung erhöht, aber mit einer fortgesetzten narzisstischen Kränkung einhergeht; für viele Frauen ein Dilemma, aus dem es keinen Ausweg gibt. Depression, psychosomatische Beschwerden, wie im vorliegenden Fall und Beziehungsabbrüche sind die Folge.

Zusammenfassung

Eine der revolutionären Annahmen Freuds betrifft die grundsätzliche Bisexualität des Menschen. Analog zum binären Vorkommen des biologischen Geschlechts bildete er die psychische Bisexualität. Teilweise geht die aktuelle feministische Diskussion davon aus, dass nicht nur das psychische Geschlecht, also die Geschlechtidentität oder im Folgenden (gender) erworben und also gesellschaftlich konstruiert ist, sondern auch das biologische (sex). So zeigt Heldmann am Beispiel von Diagnostik und Behandlung von Hermaphroditen, also Fällen der Abweichung vom binären Geschlecht (sex), dessen Ausgrenzungs- und Ordnungsfunktion und kommt so auf die Annahme einer biologisch anzutreffenden aber gesellschaftlich unterbundenen Multigeschlechtlichkeit (Heldmann, 1998). Für mich stellt sich hier allerdings die Frage, ob dies nicht eine zu weitgehende Vermutung ist und ob diese Eins-zu-eins-Gleichsetzung von biologischer und psychischer Entwicklung ihrerseits wichtige psychische, d.h. menschliche Möglichkeiten verschenkt, die dadurch zustande kommen, dass der Mensch nur in Beziehungen lebens- und besonders zu Beginn überlebensfähig ist und daher von Anfang an sozial und nicht rein biologisch gedacht werden muss. Im Gegensatz zum biologischen Geschlecht ermöglicht die Geschlechtsidentität vielfältige Möglichkeiten zur Realisierung sowohl männlicher als auch weiblicher Bedürfnisse und Phantasien, wie sie jenseits herkömmlicher Rollenzuschreibungen entstehen und im Alltag zur

Verwirklichung drängen. Sublimierungen tragen wesentlich zur Kreativität und zum Reichtum einer Person bei, die durch Tabuisierung oder Pathologisierung in ihrer Entfaltung behindert oder blockiert wird, was zu Verarmung und Krankheit führt.

Es ließ sich feststellen, dass durch die Anlage zur Mutterschaft bei der Frau eine „Sollbruchstelle“ entsteht, die sie von Führungsfunktionen dauerhaft ausschließen kann, wenn sie sich im Interesse einer ungestörten Mutter-Kind-Dyade ihrer Führungseigenschaften entledigt, bzw. diese an den Mann delegiert.

Die Autoren

Warnfried Dettling

lebt als Publizist in Berlin und schreibt vor allem über die Entwicklung des Sozialstaates und der Parteien. Zuletzt ist von ihm erschienen „Die Stadt und ihre Bürger. Neue Wege in der kommunalen Sozialpolitik“.

Adalbert Evers

Professor für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik an der Universität Gießen, bis 2001 hat er am Institut für Sozialforschung der Universität Frankfurt mit dem Schwerpunkt „Politische Kultur“ gearbeitet.

Karl Heinrich Greune

geb. 1933, Maler und Grafiker, von 1966 bis 1998 Professor an der Hochschule für Künste in Bremen.

Mariam Lau

Journalistin aus Berlin, in Teheran geboren und aufgewachsen in Berlin. Bis 1998 arbeitete sie als Kulturredakteurin bei der tageszeitung, seither ist sie als freie Journalistin tätig.

Paul Nolte

geb. 1963, Professor für Neuere Geschichte an der Internationalen Universität Bremen. Zuletzt erschien sein Buch „Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert“.

Elisabeth Schweeger

Intendantin des Frankfurter Schauspiels. Sie lehrte an der Wiener Hochschule für angewandte Kunst und an der Akademie der bildenden Künste, war künstlerische Leiterin des Marstalls in München und Chefdramaturgin am Bayrischen Staatsschauspiel.

Christa Sturfels

Psychoanalytikerin in Frankfurt, arbeitet in der Beratung und Supervision. Sie war bis 2000 Vorstandsmitglied am Frankfurter Psychoanalytischen Institut.

„Politik und Moderne“

Die Schriftenreihe der Heinrich Böll Stiftung • Bremen

Band I

**Debatte mit Beiträgen u. a. von
Andrej Markovits, Claude Lefort, Lorenz Wilkens
und Christina Thürmer-Rohr**

Band II

Niedriglöhne statt Arbeitslosigkeit?

Band III

Kunst in der Gegenwart

Band IV

**Debatte mit Beiträgen u. a. von
Albrecht Göschel, Hannah Arendt, Dick Howard
und Heidrun Friese/Peter Wagner**

Band V

Kunst und Wissenschaft

Band VI

**Debatte mit Beiträgen u. a. von
Warnfried Dettling, Paul Nolte, Elisabeth Schweeger
und Mariam Lau**

